

AM 230

ZA 356

BEITRÄGE ZUR HOCHSCHULFORSCHUNG

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

Projektgruppe
Hochschulforschung
Bibliothek -
Arztstrassesteig 4
10318 Berlin

3-1991

Herausgeber: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung
8 München 81, Arabellastr. 1, Tel. (089) 92 14 – 21 88 od. 31 24

Erscheinungsweise vierteljährlich

ISSN 0171 – 645 X

Gedruckt im Zentrum für Bildungsforschung

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder.

BEITRÄGE ZUR HOCHSCHULFORSCHUNG

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

Wagemann, Carl-Hellmut

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst - Zur Geschichte einer "Auf"-Wicklung 179

Burkhardt, Anke / Scherer, Doris

Personal an Hochschulen in den neuen Bundesländern - Ausgangspunkte und Perspektiven - 185

Adler, Henri / Lischka, Irene

Vorausschätzungen zu den Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern 227

Aulerich, Gudrun / Döbbling, Karin

Studienberatung im Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung 251

Beiträge zur Hochschulforschung 3-1991

Buck-Bechler, Gertraude / Jahn, Heidrun

DDR-Hochschulabschlüsse - anerkannt oder
nicht anerkannt?

277

Last, Bärbel / Schaefer, Hans-Dieter

Ausländer- und Auslandsstudium unter be-
sonderer Berücksichtigung der Wissenschafts-
beziehungen zu Osteuropa.

Aktuelle Probleme und Handlungsbedarf in den
neuen Bundesländern

305

Stein, Ruth Heidi

Probleme von Absolventen der Wirtschaftswissen-
schaften 1991 beim Übergang von der Hochschule
in den Beruf.

Ergebnisse der Grundausswertung einer Orientierungs-
befragung

321

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Zur Geschichte einer "Auf"-Wicklung

Carl-Hellmut Wagemann

Beiträge zur Hochschulforschung 3-1991

Die Geschichtsschreibung kann mit dem 3. Dezember 1990 beginnen. An diesem Tage ging ein offener Brief an den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Herrn Dr. Jürgen W. Möllemann zur Post. 19 Hochschulforscher wandten sich in diesem Brief gegen die ersatzlose "Abwicklung" des Zentralinstituts für Hochschulbildung in Berlin-Karlshorst. (Für jeden, der diesen Fachterminus nicht kennt: die ersatzlose Auflösung des Instituts und die Entlassung aller Mitarbeiter.)

Das Zentralinstitut für Hochschulbildung hatte eine besondere Bedeutung innerhalb des Systems der zentralen Leitung und Steuerung des Hochschulwesens in der DDR, seine Geschichte muß gesondert geschrieben werden, interessant und lehrreich genug ist sie. Auch ohne eingehende Diskussion war klar, daß die Aufgaben eines solchen Instituts in einem vereinigten Deutschland mit seiner föderativen Struktur des Wissenschaftsbereichs entfielen. Die Hochschulforscher wandten sich daher auch nicht prinzipiell gegen die Auflösung des Instituts. Sie gaben aber zu bedenken, daß die wissenschaftliche Bearbeitung der Fragen im Hochschulbereich - also Hochschulforschung - bei der Integration des Hochschulwesens der DDR in das vereinte Deutschland notwendig und insbesondere für die Regierungen in den neuen Ländern und für den Bund hilfreich wäre. Gerade für solche wissenschaftliche Arbeit wären Mitarbeiter dieses Instituts besonders geeignet, weil sie nicht nur im wissenschaftlichen Handwerkszeug erfahren und ausgewiesen sind, sondern weil sie auch eine intime Kenntnis des Bildungssystems der DDR besitzen, um realitätsnahe Ergebnisse zu formulieren. Die 19 Wissenschaftler regten in ihrem Brief an den Minister eine genaue Prüfung der Arbeit des bisherigen Instituts an, die Bereitstellung einer Übergangsförderung, den Aufbau von Forschungsgruppen zur Beratung der Regierungen der neuen Länder und insbesondere Aktivitäten zum Erhalt der in Karlshorst vorhandenen Bibliothek.

Die Bibliothek war schon vorher in das öffentliche Interesse gerückt. Der Leiter des Informationszentrums des Zentralinstituts wandte sich am 22.1.1990 mit einem Brief an verschiedene einschlägige Institute in Westdeutschland. Er schilderte neben den Möglichkeiten der verschiedenen Forschungsabteilungen des Zentralinstituts insbesondere das "Automatisierte Dokumentations- und Recherchesystem" mit seinem Speicher von etwa 55.000 Nachweisen, die "Forschungsinformation" mit ihrer Fähigkeit zur Beschaffung und Auswertung vielfältiger Literatur im Bereich der Hochschulbildung und die Bibliothek mit ihren etwa 25.000 Monographien und 600 Periodika.

Am 25. Juli 1990 wandten sich die beiden verantwortlichen Fachleiter in einem Brief noch einmal an die Öffentlichkeit: "Die Sorge ist groß, das hohe

Tempo der Vereinigung der beiden deutschen Staaten könnte manches unter die Räder kommen lassen, das zu erhalten Vernunft und Verantwortung gebieten." Dieser Hilferuf, das Informationssystem und die Bibliothek zu erhalten, erreichte die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Kultusministerkonferenz. Bei beiden erzeugte er Resonanz und auch Vorstellungen, wie zu helfen sei. Es wurde der Plan entwickelt, acht Stellen zur Pflege des Informationsdienstes und der Bibliothek zu schaffen, die Kultusministerkonferenz bemühte sich um die Finanzierung. So schnell, wie das Jahr voranschritt und mithin der Termin der "Abwicklung" näher rückte, ließ er sich allerdings nicht realisieren. Am 3. Dezember, dem Datum des offenen Briefes an den Bundesminister, war noch kein Schritt verwirklicht.

Am 7. Dezember gab die Berliner Wissenschaftskommission - ein zur Beratung der Senatorin für Wissenschaft und Forschung in Fragen der Integration des Hochschulbereichs von Berlin gebildetes Gremium - eine Stellungnahme ab. Sie empfahl die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Forschungsprojekten, die Anbindung dieser Mittel als "Mittel Dritter" an die Technische Universität Berlin, die Bildung eines Beirats und die Verortung der so entstehenden Projektgruppe in Räumen des - bald - ehemaligen Zentralinstituts. Auf Initiative von Ulrich Teichler - Mitglied der Wissenschaftskommission - entstand aus dieser Empfehlung eine Anregung an den Bundeswissenschaftsminister, sich zu engagieren. Der offene Brief war damit durch ein realisierbares Konzept ergänzt.

Die Anregung erreichte beim Bundesminister ein offenes Ohr und eine zahlungsbereite Hand. Dann ging alles sehr schnell:

Kurz vor Weihnachten kam das "grüne Licht" aus Bonn. Beim Kanzler der Technischen Universität fand ein kurzfristig anberaumtes Gespräch statt. Ich wurde um die Leitung der aufzubauenden Projektgruppe gebeten und sagte ohne weitere Überlegungen zu. Das Land Berlin stellte das Haus in Karlshorst - das zentrale Gebäude des vorherigen Zentralinstituts - mit zwei Geschossen zur Verfügung. Als Rechtskonstruktion für die Projektgruppe ergab sich die denkbar einfachste als einzig mögliche: Privatverträge mit dem Leiter, alle anderen Konstruktionen waren in der Kürze der Zeit und mit den begrenzten Mitteln nicht zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten, Verträge abzuschließen und die Mittel ordnungsgemäß zu verwalten, waren trotzdem erheblich. Die Probleme, das Haus bewohnbar zu erhalten - Reinigung, Telefon, Post, Reparatur - waren es auch. Die ersten Monate im Jahr 1991 waren der Lage des Matrosen Robinson auf seiner einsamen Insel nicht ganz unähnlich - aber davon soll jetzt nicht die Rede sein.

Für die zu bearbeitenden Projekte waren die Themen schnell formuliert:

- 1) Pflege der Spezialbibliothek und Fortführung der Literaturdatenbank
- 2) Sicherung und Auswertung der Daten zu Hochschulstruktur und Hochschulpersonal
- 3) Äquivalenzuntersuchungen zu Studiengängen zwischen Hochschulen der alten und neuen Länder
- 4) Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen, insbesondere von Frauen
- 5) Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte
- 6) Ermittlung/ Quantifizierung der Hochschulzugänger nach den einzelnen Hochschulzugangswegen
- 7) Auswärtige Wissenschaftspolitik mit dem Schwerpunkt auf osteuropäische Entwicklungen

Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde die Mitarbeit an diesen sieben Projekten für die Mitarbeiter im abzuwickelnden Zentralinstitut für Hochschulbildung ausgeschrieben. Die ersten Januartage dienten einer Vorauswahl unter den etwa 100 Bewerbern. Am 16. und 23. Januar gab es eine Anhörung, die zur Auswahl der 20 Mitarbeiter führte, 18 traten dann ihre Arbeit am 1. Februar tatsächlich an.

Noch zum Jahreswechsel konnten neben Dr. Wolfgang Mönikes als Vertreter des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und Dr. Wieland Hempel als Vertreter des Landes Berlin Kollegen aus der Hochschulforschung für die Mitarbeit in einem Beirat gewonnen werden:

- Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Berlin
- Dr. Stefan Lullies, München
- Prof. Dr. Ulrich Teichler, Kassel, und später noch
- Dr. Heinz Griesbach, Hannover.

Der Beirat traf sich im Januar vor dem Start des Projekts zweimal, um Einzelheiten der Bestimmung der Projektthemen zu klären und einen Arbeitszeitplan zu beraten. Im Juni und im Juli traf er sich erneut, beriet die Arbeitsergebnisse und die Perspektive über 1991 hinaus.

Die Mittel waren vom Bundesminister zunächst nur für 1991 zur Verfügung gestellt. Aber es gibt die Absicht, die Projektarbeit über das Ende des Jahres hinaus fortzuführen.

Der Plan, in Berlin-Karlshorst eine Projektgruppe für Hochschulforschung einzurichten und die Mitarbeiter aus dem Kreis der Wissenschaftler des ehemaligen Zentralinstituts für Hochschulbildung zu gewinnen, folgte nicht nur einfach dem Interesse an der Bearbeitung der oben genannten Themen für den Bereich der neuen Länder - die in den alten Bundesländern vorhandenen Institute für Hochschulforschung hätten entsprechende Aufgaben auch erledigen können. Die Gründung der Projektgruppe war dagegen stark durch die Überlegung bestimmt, daß die Innenansicht der DDR und ihrer Geschichte im Bildungsbereich notwendig ist, damit das durch Forschungen gezeichnete Bild der Wirklichkeit in den neuen Ländern realistisch wird. Die konkrete Arbeit hat die Richtigkeit dieser Annahme gezeigt: Die Kenntnis vieler Details und das Wissen über die gegenüber unserem westlichen Sprachgebrauch andere Bedeutung vieler Wörter ist notwendig, um Angemessenes auszusagen. Die einfache Übernahme westlicher Systeme im Hochschulbereich ist nicht möglich, 40 Jahre der Geschichte können weder vergessen, noch einfach beiseite gelegt werden.

Inzwischen liegen die ersten Ergebnisse der Arbeit vor. Sie sind in den für die Hochschulpolitik in den neuen Bundesländern verantwortlichen Kreisen zur Kenntnis genommen worden, werden diskutiert, dienen als Begründungsvorrat für die Planungen und Entscheidungen.

Die Bibliothek kann dank eines Zuschusses des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft im Jahr 1991 Monographien neu beschaffen und auch die Kontinuität der Periodika sichern. Der Materialaustausch mit weltweit etwa 400 Partnern wird weitergeführt. Besonders interessant und viel genutzt ist ein Archiv mit Dokumenten aus dem Hochschulbereich der DDR, das in diesem Umfang an anderen Orten nicht vorhanden ist. Die Literaturdatenbank, wertvolles Erbe des Zentralinstituts, ist in dem 1989 vorhandenen Bestand auf "Zettelkarteien", Teile auch auf Magnetbändern (für deren Lektüre allerdings sowohl die hardware als auch die software nicht unmittelbar greifbar ist) gesichert. Der Speicher auf der Platte des Rechners in Magdeburg ist allerdings verloren. Der Rechner ist abgebaut und eine software zum Umspeichern der Daten nicht vorhanden. Einige Rechercheaufträge konnten noch ausgeführt werden. An Versuchen, die Magdeburger Daten zu sichern, hat es nicht gefehlt. Schließlich haben wir uns mit der Einsicht zu trösten versucht, daß in Magdeburg nur der Nachweis der Literatur lag (einschließlich Angabe des Standorts und einem abstract), nicht aber die

Literatur selbst. Diese ist nun zwar schwerer zu finden, aber im Prinzip ist sie genauso vorhanden wie mit dem Speicher.

Daß die Arbeit in diesem halben Jahr möglich war, ist der Bereitschaft zur Zusammenarbeit vieler Menschen zu danken: Der Bundesminister hat nicht nur die Finanzierung unkompliziert und schnell gesichert, er hat auch bei der Verwaltung des Projekts durch Mitarbeiterinnen in seiner Außenstelle in Berlin geholfen. Die Kollegen im Beirat haben viel Zeit hergegeben und sich mit Reisen nach Berlin engagiert. Der Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin sichert die Grundausrüstung, die Technische Universität stellt einiges an technischer Hilfe zur Verfügung. Wir danken besonders dem Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, daß es uns Gelegenheit gibt, die ersten Arbeitsergebnisse in einem Heft seiner Reihe zu schildern und damit in der Fachwelt zu verbreiten. Wir hoffen auf kritisch-positive Resonanz.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr.-Ing. Carl-Hellmut Wagemann
Technische Universität Berlin
Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik
Franklinstraße 28/29, Sekr Fr 4-8

Personal an Hochschulen in den neuen Bundesländern

- Ausgangspunkte und Perspektiven -

Anke Burkhardt
Doris Scherer

Im Mittelpunkt des Beitrages steht die leistungsbezogene Analyse des Personalbestandes an den Hochschulen der neuen Bundesländer im Kontext von bisheriger Entwicklung und Zukunftserwartung. Das besondere Augenmerk der Autorinnen gilt der Problematik des bildungsökonomischen Vergleichs BRD - DDR in methodisch-statistischer und inhaltlich-struktureller Hinsicht. Auf eine Objektivierung der hochschulpolitischen Diskussion zielend, wird das Datenmaterial durch eine Vielzahl deskriptiver Informationen ergänzt, die die Spezifik des Hochschulwesens im Ostteil Deutschlands beleuchten.

I Ausgangspunkte und Bestand

1 Problemfelder bei bildungsökonomischen Vergleichen des Hochschulwesens der BRD und der DDR

Die Hochschulsysteme der BRD und der DDR haben sich qualitativ und quantitativ unterschiedlich entwickelt, so auch ihre Leistungen und die dazu notwendigen Ressourcen. Sowohl die Interpretation der Personalbestände an den DDR-Hochschulen als auch ihr Vergleich mit entsprechenden Statistiken der alten Bundesländer ist sehr problembehaftet. Die Gewinnung realistischer Aussagen - speziell im Bereich abgeleiteter Kennzahlen - bedarf der Kenntnis und Akzeptanz wesentlicher Unterschiede im Vergleich der Hochschulen beider Staaten, die historisch gewachsen sind und in einer zeitlich begrenzten Übergangsphase noch nachwirken werden.

Erstens ist das Leistungsspektrum der DDR-Hochschulen nur bedingt mit dem der Hochschulen in den alten Bundesländern vergleichbar. Im Hinblick auf den Personalbestand wirken sich besonders folgende Aspekte aus:

- Eine Überschreitung der Regelstudienzeiten hat es de facto in der DDR nicht gegeben. Die Zahl der eingeschriebenen Studenten entsprach im wesentlichen der Zahl der anwesenden Studenten. Daraus resultiert, daß Studierendenbestände an DDR-Hochschulen anders - und zwar höher - als in den alten Bundesländern zu bewerten sind.
- Die Weiterbildung hatte an DDR-Hochschulen in den 80er Jahren einen hohen Stellenwert erreicht. 1989 wurden bei einer Setzung der Ausbildungsleistungen gleich 100 Prozent außerdem 25 Prozent Leistungen in der Weiterbildung erbracht. Weiterbildungslehveranstaltungen wurden fast ausschließlich vom hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen Personal durchgeführt. Weiterbildungsaufgaben in diesem Umfang werden von den Hochschulen in den alten Bundesländern nicht wahrgenommen.
- Die Forschungsarbeit beanspruchte in den 80er Jahren im Durchschnitt mehr als ein Viertel des Zeitbudgets der hauptberuflich tätigen Wissen-

schaftler an wissenschaftlichen DDR-Hochschulen¹. Personelle Aufstockungen aus hochschulexternen Finanzierungsquellen, wie sie im Rahmen der Drittmittelforschung in den alten Bundesländern seit langem praktiziert werden, gab es nicht. Eine Ausnahme bildeten in den letzten Jahren die Technika an einer Reihe von Hochschulen, in denen sich in Einzelfällen neue Formen der Arbeitsteilung und des Personaltransfers mit Forschungszentren der Industrie abzuzeichnen begannen².

- Im Rahmen der Leitung und Verwaltung der Hochschulen sowie der sozialen Betreuung der Studierenden und der Mitarbeiter hatte das Personal - insbesondere das nichtwissenschaftliche Personal - Aufgaben wahrzunehmen, die in den alten Bundesländern hochschulextern realisiert werden (Bauhöfe, Mensen, Internate, Kindereinrichtungen usw.).

Zweitens lag im Vergleich zu den alten Bundesländern eine andere Struktur des wissenschaftlichen Personals nach

- haupt- und nebenberuflich Beschäftigten,
- Beschäftigtenkategorien einschließlich der ihnen obliegenden Dienstaufgaben sowie nach
- Dauer- und Zeitstellen

vor. Einen Überblick hierzu vermittelt die nachfolgende Tabelle.

¹ Vogel, E., Krause, S., Scherer, D.: Zur Messung und Bewertung der inneren bildungsökonomischen Effektivität im Hochschulwesen/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Wissenschaftliche Arbeitsberichte Nr. 45, 1985.

² Gansen, J., Haupt, B., Honsek, A., Scherer, D.: Analytische Untersuchungen zur Effektivität von Technika/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Forschung über das Hochschulwesen, Studie 14, 1987.

Tabelle 1: Struktur des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen in der BRD und in der DDR (in Prozent)

Beschäftigungs-kategorie	BRD (1988)	DDR (1989)
Hochschullehrer	30	19
Assistenten auf Zeit	2	14
wiss. Mitarbeiter auf Zeit	45	0
wiss. Mitarbeiter auf Dauer	23	67

Quelle: Berechnet aus den Grund- und Strukturdaten 1990/91, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, S. 208, sowie den Berichterstattungen der Hochschulen an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR.

Bei Berücksichtigung der o.g. leistungsrelevanten Unterschiede im Vergleich der alten und der neuen Bundesländer relativiert sich die höhere Besetzung mit wissenschaftlichem Personal an DDR-Hochschulen erheblich. Hinzu kommt eine starke Differenzierung nach Ländern und Fächergruppen, die einer Pauschalbewertung der Betreuungsrelation entgegensteht. So betrug der Anteil der Direktstudenten in den Ingenieurwissenschaften an der Gesamtheit der Studierenden 1989 rd. 35 Prozent, der des wissenschaftlichen Personals aber nur rd. 11 Prozent. Die überdurchschnittliche Betreuungsrelation in dieser Fächergruppe wirkt sich vor allem im Land Sachsen aus, in dem ein Großteil der Ingenieurausbildung angesiedelt ist.

2 Zur Kompatibilität der Hochschulstatistiken

Um den Personalbestand und die Betreuungsrelationen vergleichend zu analysieren, gesamtdeutsche Zeitreihen aufzubauen und Entwicklungen zu prognostizieren, ist es erforderlich, Kompatibilität zwischen den statistischen Systemen der alten und neuen Bundesländer herzustellen. Die endgültige Umstellung der statistischen Berichterstattung der Hochschulen in den neuen Bundesländern wird nicht vor 1992 erreicht sein.

Vor diesem Hintergrund wurden Untersuchungen zur Konkordanz folgender Merkmale durchgeführt:

- Struktureinheiten / Lehr- und Forschungsbereiche bzw. Wissenschaftszweige, Fachrichtungsgruppen / Fächergruppen, Studienbereiche, Studienfächer,
- Beschäftigtenkategorien und
- Hochschularten.

Das als internes Arbeitsmaterial vorliegende Konkordanzverzeichnis wurde unter Verwendung des offiziellen Schlüsselverzeichnisses des Statistischen Bundesamtes (Stand Juli 1990) bzw. des Signierschlüssels des ehemaligen Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Ausgabe 1986, aktualisiert) erstellt.

Die Hochschulstatistik der DDR weist für den Studien- und den Personalbereich eine unterschiedliche Gliederung auf. Bezogen auf das Studiengeschehen wurde statistisch nach 10 Wissenschaftszweigen, 86 Fachrichtungsgruppen und ca. 430 Fachrichtungen differenziert.

Der personelle Ausweis erfolgte in der Gliederung nach Struktureinheiten. In beiden Fällen orientiert sich die Umschlüsselung am Aufbau der BRD-Hochschulstatistik, die zwischen 9 Fächergruppen, 53 Studienbereichen und 208 Studienfächern unterscheidet. Ausschlaggebend für die Zuordnung war die genaue Bezeichnung. Nachfolgend wird die der Personalanalyse zugrunde liegende Umschlüsselung für den Bereich der Struktureinheiten vorgestellt. 1989 wurden von den DDR-Hochschulen 158 wissenschaftliche **Struktureinheiten** (entspricht den Lehr- und Forschungsbereichen in der BRD) gemeldet.

Bei der Zuordnung auf Studienfachebene ergaben sich drei Kategorien:

1. Die erste umfaßt 72 wissenschaftliche Struktureinheiten, zu denen ein direktes Studienfachpendant existiert. Dazu zählen z. B. die Sektionen Psychologie, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Pflanzenproduktion, Tierproduk-

tion, Gartenbau, Architektur, Bauingenieurwesen, Mathematik, Chemie, Physik, Biologie, Pharmazie und Informatik.

2. Die zweite - und mit 83 wissenschaftlichen Struktureinheiten größte Kategorie - enthält Problemfälle, die nur bedingt zuordenbar sind. Schwierigkeiten resultieren aus
 - a) Fachkombinationen, die in der BRD-Statistik nicht vertreten sind, z. B. die Sektionen Germanistik/Slawistik, Slawistik/Anglistik, Anglistik/Amerikanistik, Chemie/Biologie. Hier erfolgte die Zuordnung nach dem erstgenannten Fach.
 - b) DDR-Spezialisierungen, die in der BRD-Statistik in einem übergreifenden Fach angesiedelt sind. Das betrifft z. B. die Sektion Ökonomie der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, das Institut für Tropische Landwirtschaft und die Sektion Landtechnik.
 - c) BRD-Spezialisierungen, die in der Hochschulstatistik der DDR in einer übergeordneten Struktureinheit zusammengefaßt sind. So gibt es lediglich eine Sektion Theologie, d. h. die Trennung nach Evangelischer und Katholischer Theologie, -Religionslehre, wie sie in den alten Bundesländern üblich ist, kann nicht nachvollzogen werden. Ähnlich sieht es im Bereich Medizin aus, der in der DDR nach Kliniken und Instituten gegliedert war, ohne daß zwischen Human- und Zahnmedizin unterschieden wurde.
3. Die dritte und kleinste Kategorie umfaßt drei wissenschaftliche Struktureinheiten, für die ohne weitere Informationen eine Zuordnung zu einem Studienfach nicht sinnvoll erschien. Für die Sektion Fremdsprachen (zuständig für die obligatorische Fremdsprachenausbildung der Studenten), das Institut für Weiterbildung von Sprachmittlern und die Sektion Asienwissenschaften, Afrika- und Nahostwissenschaften wurde auf die umfassendere Studienbereichsebene zurückgegriffen.

Die zentralen Einrichtungen wurden in einer gesonderten Gruppe mit zwei Untergruppen zusammengefaßt.

Die Untergruppe "Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen" beinhaltet zentrale Struktureinheiten, die einen direkten Bezug zu Lehre und Forschung haben.

Hierzu zählen z. B. Museen, Technika, Wissenschaftlicher Gerätebau, das Weiterbildungszentrum des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, das Institut für Film, Bild und Ton in Lehre und Forschung und die Sektion Vorkurse/ABF/Abteilung Vorbereitungsstudium.

Die zweite Untergruppe bilden "Sonstige zentrale Einrichtungen", die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben erfüllen, wie z. B. Rektorate, Prorektorate, Direktorate, Rechenzentren, Mensen, Bibliotheken, Zentrale Werkstätten und Laboratorien, Projektierungsbüros und Studentische Ausbildungslager.

In Bezug auf den zweiten Konkordanzkomplex **Beschäftigtenkategorien** geht es um die Anpassung der durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR regelmäßig erhobenen Daten zum Hochschulpersonal. Einbezogen waren alle Hochschulen mit Ausnahme der militärischen und kirchlichen Hochschulen. Die Erfassung erfolgte in

- Personen am 31. 12. des Jahres,
- Vollbeschäftigteneinheiten im Jahresdurchschnitt.

Eine Berichterstattung war gegliedert nach Struktureinheiten innerhalb der Hochschule (Personen am 31. 12. d. J.), alle anderen Statistiken endeten auf Ebene der Hochschule insgesamt.

Die Gliederung des Personals nach Beschäftigtenkategorien war im nichtmedizinischen und im medizinischen Bereich unterschiedlich geregelt. Diese Situation führt jetzt dazu, daß befristete Assistenten in der Medizin retrospektiv nicht erfaßt werden können.

Nebenberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal wurde zentral nicht ausgewiesen, jedoch waren Honorarkosten berichterstattungspflichtig.

Bei der Gliederung nach **Beschäftigtenkategorien** erweist sich die Zuordnung der Beschäftigten zu den beiden Hauptgruppen wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal als problemlos. Innerhalb des wissenschaftlichen Personals entsprach die Gliederung der DDR-Hochschulstatistik nicht völlig der Gliederung nach dem Hochschulstatistikgesetz der alten Bundesländer (vgl. Punkt 3). Für die Untersuchungen der Projektgruppe wurde gegliedert nach: Hochschul-lehrer (dar. o. Professoren und HS-Dozenten), wissenschaftliche Assistenten auf Zeit und wissenschaftliche Mitarbeiter auf Dauer. Innerhalb des nichtwissen-

schaftlichen Personals wurden die Beschäftigtenkategorien Verwaltungspersonal, Bibliothekspersonal, technisches und sonstiges Personal sowie Pflegepersonal gebildet.

Für das Verwaltungs-, Bibliotheks-, technische und sonstige Personal kann die Differenzierung der BRD-Hochschulstatistik nach höherem sowie nach gehobenerem, mittlerem und einfachem Dienst nicht nachvollzogen werden. Arbeiter und Praktikanten wurden an DDR-Hochschulen nicht gesondert ausgewiesen.

Bei der Gruppierung der DDR-Hochschulen nach Hochschularten werden gegenwärtig unterschiedliche Tendenzen sichtbar. Im folgenden wird nach wissenschaftlichen Hochschulen, Fachhochschulen (Pilotprojekte), Kunst- und Musikhochschulen und abgewickelten Hochschulen gruppiert.

Kriterien für die Zuordnung der Gruppe der wissenschaftlichen Hochschulen waren: Promotionsrecht, Hochschulreife als Zugangsvoraussetzung, Studiendauer und Forschungstätigkeit.

3 Beschäftigtenkategorien des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals im Vergleich BRD - DDR

Die nachfolgende Übersicht stützt sich - soweit es die BRD betrifft - auf das Hochschulrahmengesetz in der Fassung vom 15. Dezember 1990.

Bezogen auf die DDR liegen die Hochschullehrerberufungsverordnung und die Mitarbeiterverordnung von 1968 zugrunde¹. Verwendung fand weiterhin eine am Zentralinstitut für Hochschulbildung 1990 erarbeitete Gegenüberstellung der Beschäftigtenkategorien Ost und West²

¹ Vgl. Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen - Hochschullehrerberufungsverordnung (HBVO). In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 13. Dez. 1968, Teil II, Nr. 127, S. 997-1003 und Verordnung über die wissenschaftlichen Mitarbeiter an den wissenschaftlichen Hochschulen - Mitarbeiterverordnung (MVO). In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 13. Dez. 1968, Teil II, Nr. 127, S. 1007-1012.

² Blankenburg, K.-H.; Deregoski, A.; Scherer, D., Wissenschaftliches Personal im Hochschulwesen der BRD und der DDR. Beschäftigte, Tarife und ausgewählte Kennzahlen/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Beiträge zur Hochschulentwicklung, 1990.

1. Gliederung des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals

BRD

DDR

- Professoren

- ordentliche Professoren
- außerordentliche Professoren

- Hochschuldozenten
(Kann-Bestimmung)

- Hochschuldozenten
- außerordentliche Hochschuldozenten

- Oberassistenten,
Oberingenieure

- Oberassistenten

- wissenschaftliche und
künstlerische Assistenten

- befristete Assistenten

- wissenschaftliche und
künstlerische Mitarbeiter

- unbefristete Assistenten
- wissenschaftliche Sekretäre

- Lehrkräfte für besondere
Aufgaben

- Lektoren
- Lehrer im Hochschuldienst

2. Aufgaben, Voraussetzungen und Dienststellung der Beschäftigten

BRD

DDR

Professoren/Hochschul- dozenten

Professoren/Hochschul- dozenten

Aufgaben:
selbständige Wahrnehmung der Aufgaben in
Wissenschaft, Kunst, Forschung und Lehre;
Abnahme von Prüfungen; Aufgaben der Stu-
dienreform und Studienberatung;
Mitwirkung an der Hochschulverwaltung

Aufgaben:
Erbringen von Spitzenleistungen in
Forschung und medizinischer Betreuung;
Durchführung einer auf hohem Niveau
stehenden Lehre; aktive Teilnahme an der
Leitung und Planung gesellschaftlicher
Entwicklungsprozesse; inhaltliche und
methodische Gestaltung von Ausbildung,
Erziehung und Weiterbildung; Abnahme
von Prüfungen

Voraussetzung:
abgeschlossenes Hochschulstudium,
pädagogische Eignung, Promotion sowie
Habilitation, bei Fachhochschulprofessoren,
fünfjährige berufliche Praxis (davon drei
Jahre außerhalb des Hochschulbereiches)

Voraussetzung:
Bereitschaft und Fähigkeit, den Aufgaben
eines Hochschullehrers nachzukommen;
erworbene *Facultas docendi*
(Lehrbefähigung); in der Regel Habilitation

Dienststellung:

Professoren werden, soweit eine Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgte, zu Beamten auf Lebenszeit ernannt; durch Gesetz kann eine Probezeit bestimmt werden
Hochschuldozenten werden für die Dauer von sechs Jahren zu Beamten auf Zeit ernannt;
in der Medizin kann diese Frist um vier Jahre verlängert werden;

bei vorherigem Dienstverhältnis als Oberassistent verkürzt sich die Dienstzeit als Hochschuldozent um diese Zeit; in begründeten Fällen ist eine Stellung auf Lebenszeit möglich

Oberassistenten/Oberingenieure

Aufgaben:

Durchführung von Lehrveranstaltungen auf Anordnung; Erbringung wissenschaftlicher Dienstleistungen

Voraussetzung:

für Oberassistenten Habilitation; für Oberingenieure Promotion oder zweite Staatsprüfung sowie zweijährige praktische Tätigkeit außerhalb des Hochschulbereiches (Kann-Bestimmung lt. Landesrecht)

Dienststellung:

Berufung auf eine(n) Lehrstuhl/Dozentur auf Lebenszeit bzw. bis zur Höherberufung von Hochschuldozenten auf einen Lehrstuhl

Oberassistenten

Aufgaben:

Leistungen in Ausbildung, Erziehung, Weiterbildung, Forschung und medizinischer Betreuung

Voraussetzung:

Promotion und mehrjährige Bewährung als wissenschaftlicher Assistent oder in der Praxis bzw. Hochschulabschluß und mehrjährige Bewährung in der Praxis in verantwortlicher Funktion; falls keine Promotion erworben wurde, ist ein Qualifizierungsvertrag abzuschließen

Dienststellung:

Oberassistenten werden für die Dauer von vier Jahren, Obergeringenieure von sechs Jahren zu Beamten auf Zeit ernannt; im Bereich Medizin beträgt die Dauer sechs Jahre

wissenschaftliche und künstlerische Assistenten

Aufgaben:

Erbringung von wissenschaftlichen Dienstleistungen in Forschung und Lehre, die einer weiteren wissenschaftlichen Qualifikation förderlich sind

Voraussetzung:

Promotion oder zweite Staatsprüfung; in der Medizin Approbation oder Erlaubnis zur Berufsausübung

Dienststellung:

Ernennung zu Beamten auf Zeit für die Dauer von drei Jahren; vier Monate vor Ablauf soll dieses Verhältnis - bei erfolgreicher wissenschaftlicher Qualifikation - um drei Jahre verlängert werden, in der Medizin um vier Jahre; es gelten die Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit; es kann auch ein Angestelltenverhältnis begründet werden

Dienststellung:

unbefristete Einstellung

befristete Assistenten

Aufgaben:

Durchführung von Seminaren, Übungen, Praktika; Betreuung von Diplomarbeiten; Vertiefung und Entwicklung eigener Kenntnisse und Fähigkeiten in Forschung, Ausbildung, Erziehung, Weiterbildung und medizinischer Betreuung

Voraussetzung:

in der Regel Promotion oder Hochschulabschluß und praktische Erfahrungen auf dem Fachgebiet; falls keine Promotion erworben wurde, ist ein Qualifikationsvertrag abzuschließen (= Regelfall in der Praxis)

Dienststellung:

befristete Einstellung für die Dauer von bis zu vier Jahren; mögliche Verlängerung um ein Jahr; nach erfolgreicher Promotion ist die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsrechtsverhältnis möglich

wissenschaftliche und künstlerische
Mitarbeiter

Aufgaben:
Wahrnehmung wissenschaftlicher
Dienstleistungen einschließlich der
Vermittlung von Fachwissen, praktischen
Fertigkeiten und wissenschaftlichen
Methoden bzw. Tätigkeiten in der
Krankenversorgung

Voraussetzung:
in der Regel abgeschlossenes
Hochschulstudium

Dienststellung:
Einstellung kann sowohl unbefristet als
auch befristet erfolgen

unbefristete Assistenten

Aufgaben:
wie Oberassistenten

Voraussetzung:
Promotion und Bewährung als befristeter
Assistent oder Hochschulabschluß und
mehrjährige Tätigkeit in der Praxis

Dienststellung:
unbefristete Einstellung

wissenschaftliche Sekretäre

Aufgaben:
wissenschaftliche Mitarbeiter für die
Wissenschaftsorganisation;
Unterstützung der Hochschullehrer bei der
Planung, Leitung und Organisation der
wissenschaftlichen Arbeit; Erfüllung von
Forschungsaufträgen;
Durchführung von Vorlesungen und
anderen Lehrveranstaltungen

Voraussetzung:
Hochschulabschluß und
praktische/wissenschaftliche Erfahrungen; in
der Regel Promotion;

falls keine Promotion erworben wurde, ist ein Qualifizierungsvertrag abzuschließen

Dienststellung:
unbefristete Einstellung

Lehrkräfte für besondere Aufgaben

Aufgaben:
Vermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse, die nicht die Einstellungsvoraussetzungen für Professoren erfordern

Dienststellung:
Einstellung kann sowohl unbefristet als auch befristet erfolgen

Lektoren:

Aufgaben:
Durchführung von Seminaren, Praktika u.ä. Lehrveranstaltungen, überwiegend im Fachstudium und in allen Studienformen; die Erteilung von Forschungsaufträgen ist möglich

Voraussetzung:
Promotion und Bewährung als wissenschaftlicher Assistent oder Lehrer im Hochschuldienst bzw. außerordentliche pädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten

Dienststellung:
unbefristete Einstellung

Lehrer im Hochschuldienst

Aufgaben:

Durchführung von Übungen, Praktika u.ä.
Lehrveranstaltungen, in der Regel im
Grundstudium und in allen Studienformen;
die Erteilung von Forschungsaufträgen ist
möglich

Voraussetzung:

Hochschulabschluß und pädagogische
Fähigkeiten und Erfahrungen

Dienstleistung:

unbefristete Einstellung

4 Entwicklungstendenzen im Hochschulwesen der DDR in den beiden letzten Jahrzehnten

Die stark expansive Phase des Hochschulwesens der DDR bis Mitte der 70er Jahre ging mit einer erheblichen Erweiterung der personellen Kapazitäten einher. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 1965 bis 1975 um nahezu zwei Drittel des Bestandes. Diese beträchtliche quantitative Erweiterung des Personalbestandes war gleichzeitig mit einer Erhöhung seines Qualifikationsniveaus verbunden. Während der Bestand an wissenschaftlichem Personal um 80 Prozent erweitert wurde, wuchs der Bestand an nichtwissenschaftlichem Personal nur um knapp 50 Prozent. Aus diesem Ungleichgewicht resultierte eine Tätigkeitsverlagerung vom nichtwissenschaftlichen zum wissenschaftlichen Personal.

In den folgenden zehn Jahren bis 1985 war mit 13 Prozent eine wesentlich geringere Bestandserweiterung zu verzeichnen. Die Arbeitskräftezuwachsrate sind in diesem Zeitraum durch fallende Tendenz gekennzeichnet. Die durchschnittliche jährliche Steigerung betrug im Zeitraum 1976/1980 noch 1,6 Prozent. Im Zeitraum 1981/1985 ging sie auf 1,0 Prozent zurück. In diesem Zehn-Jahres-Zeitraum konnte in etwa eine gleich große relative Entwicklung im Vergleich von wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal erreicht werden. Das Qualifikationsniveau des wissenschaftlichen Personals wurde weiter erhöht, denn der Hochschullehrerbestand wurde um ein Drittel erweitert, der der wissenschaftlichen Mitarbeiter um 10 Prozent.

Sowohl die Relation von Hochschullehrern zu Oberassistenten und unbefristeten Assistenten als auch die Relation der Oberassistenten und unbefristeten Assistenten zu den befristeten Assistenten entwickelte sich dahingehend, daß die Reproduktionsbasis für die Gruppe der Hochschullehrer stetig schmaler wurde¹. Tabelle 2 verdeutlicht diese Entwicklung.

¹ Deregowski, A.; Scherer, D.; Wardezki, S., Standpunkte zur Entwicklung des Hochschullehrerbestandes/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Beiträge zur Hochschulentwicklung, 1990.

Tabelle 2: Relationen zwischen ausgewählten Beschäftigtenkategorien des wissenschaftlichen Personals (MHF - Hochschulen, ohne Medizin, in Vollbeschäftigteneinheiten im Jahresdurchschnitt)

Jahr	Hochschullehrer zu Oberassistenten und unbefristeten Assistenten	Hochschullehrer zu Oberassistenten und unbefristeten und befristeten Assistenten	Oberassistenten und unbefristete Assistenten zu befristeten Assistenten
1970	1 : 1,91	1 : 3,28	1 : 0,71
1975	1 : 2,15	1 : 3,37	1 : 0,57
1980	1 : 2,07	1 : 3,05	1 : 0,47
1985	1 : 1,85	1 : 2,70	1 : 0,46
1988	1 : 1,78	1 : 2,64	1 : 0,46

5 Personalbestand 1989/90

Den nachstehend genannten statistischen Angaben liegen die Berichterstattungen der Hochschulen an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen bzw. später an das Ministerium für Bildung zugrunde. Sie sind je Hochschule in der Gliederung nach Beschäftigtenkategorien und Lehr- und Forschungsbereichen in einer Computerdatei bei der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst gespeichert¹.

Ende 1989 waren an DDR-Hochschulen 104.285 Personen hauptberuflich tätig (ohne militärische und kirchliche Hochschulen). Tabelle 3 und Abbildung 1 zeigen die Struktur nach Beschäftigtenkategorien.

¹ Burkhardt, A.; Scherer, D.; Erdner, S., Personalbestand an Hochschulen der ehemaligen DDR 1989 und 1990/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin, Projektberichte, 1991.

Tabelle 3: Personal an DDR-Hochschulen am 31. 12. 1989 nach Beschäftigtenkategorien (hauptberuflich Tätige in Personen, ohne Auszubildende*)

Beschäftigtenkategorie	Personen	in Prozent	
wissenschaftliches und künstlerisches Personal insgesamt	38.909	37,3	100,0
davon: Hochschullehrer	7.516	7,2	19,3
dav.: o. Professoren	3.469	3,3	8,9
dav. HS-Dozenten	4.047	3,9	10,4
davon: wissenschaftliche Mitarbeiter insgesamt	31.393	30,1	60,7
dav. Assistenten auf Zeit	5.392	5,2	13,9
dav. wiss. Mitarbeiter auf Dauer	26.001	24,9	66,8
nichtwissenschaftliches Personal insgesamt	65.376	62,7	100,0
davon: Verwaltungspersonal	8.794	8,4	13,5
Bibliothekspersonal	2.048	2,0	3,1
techn. und sonstiges Personal	33.852	32,5	51,8
Pflegepersonal	20.682	19,8	31,6
Personal insgesamt	104.285	100,0	

*) ohne militärische und kirchliche Hochschulen

Personal insgesamt nach Beschäftigtenkategorien

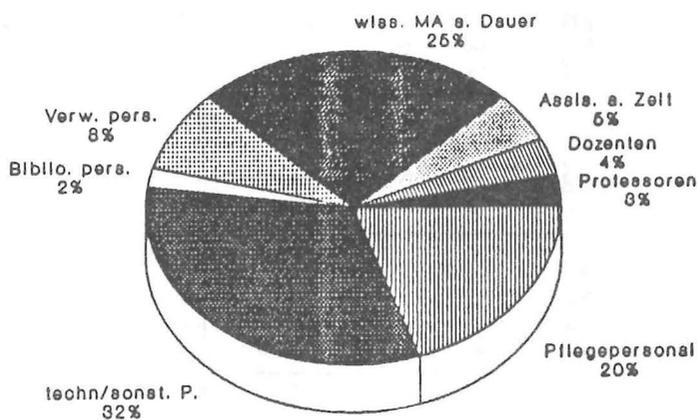


Abbildung 1

Die regional stark divergierende Verteilung für ausgewählte Beschäftigtenkategorien des Hochschulpersonals geht aus Tabelle 4 hervor. Abbildung 2 verdeutlicht sie in Bezug auf das Personal insgesamt.

Tabelle 5 gibt die Struktur des Personals nach Fächergruppen wieder, und in Tabelle 6 wird für das wissenschaftliche Personal in den einzelnen Fächergruppen die Länderstruktur ausgewiesen, um das differenzierte Profil der Hochschul-landschaft in den neuen Bundesländern zum Ausdruck zu bringen.

Tabelle 4: Personal an DDR-Hochschulen am 31.12.1989 nach Ländern und ausgewählten Merkmalen (hauptberuflich Tätige in Personen, ohne Auszubildende)^{*)}

Land	Personal insgesamt		davon:							
			wissenschaftliches und künstlerisches Personal		darunter: Hochschul Lehrer		techn.Verwaltungs- und sonstiges Personal		darunter: Pflegepersonal	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berlin-Ost	15.275	14,65	6.467	16,62	1.376	18,33	8.808	13,47	2.806	13,57
Brandenburg	3.488	3,34	1.742	4,48	348	4,63	1.746	2,67	0	0,00
Mecklenburg-Vorpommern	15.459	14,82	4.685	12,04	882	11,73	10.774	16,48	4.444	21,49
Sachsen	36.780	35,27	14.922	38,35	2.934	39,04	21.858	3,43	5.064	24,49
Sachsen-Anhalt	18.915	18,14	6.373	16,38	1.184	15,75	12.542	19,18	4.456	21,55
Thüringen	14.368	13,78	4.720	12,13	790	10,51	9.648	14,76	3.912	18,91
Gesamt	104.285	100,0	38.909	100,0	7.516	100,0	65.376	100,0	20.682	100,0

^{*)} ohne militärische und kirchliche Hochschulen

Tabelle 5: Personal an DDR-Hochschulen am 31.12.1989 nach Fächergruppen und ausgewählten Merkmalen (hauptberuflich Tätige in Personen, ohne Auszubildende)*)

Fächergruppen	Personal insgesamt		davon:							
			wissenschaftl. und künstlerisches Personal		darunter: Hochschullehrer		techn.Verwaltungs- und sonstiges Personal		darunter: Pflegepersonal	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sprach-u. Kulturwiss.	9.460	9,07	6.922	17,79	1.199	15,95	2.538	3,88	0	0,00
Sport	1.602	1,54	1.181	3,04	111	1,48	421	0,64	0	0,00
Re.-, Wi.-u.Soz.wiss.	6.618	6,35	5.483	14,09	1.631	22,37	1.135	1,74	0	0,00
Mathematik/Naturwiss.	10.531	10,10	5.831	14,09	1.192	15,06	4.700	7,19	0	0,00
Medizin	36.594	35,09	7.964	20,47	968	12,88	28.630	43,79	20.682	100,0
Veterinärmedizin	1.504	1,44	408	1,05	104	1,38	1.096	1,68	0	0,00
Agrar-, Forst-u.Landw.	2.268	2,17	840	2,16	242	3,22	1.428	2,18	0	0,00
Ingenieurwiss.	11.392	10,92	6.395	16,44	1.466	19,51	4.997	7,64	0	0,00
Kunst, Kunstwiss.	1.346	1,29	1.021	2,62	373	4,96	325	0,50	0	0,00
Zentrale Einrichtungen	22.970	22,03	2.864	7,36	180	2,39	20.106	30,75	0	0,00
Gesamt	104.285	100,0	38.909	100,0	7.516	100,0	65.376	100,0	20.682	100,0

*) ohne militärische und kirchliche Hochschulen

Personal insgesamt nach Laendern

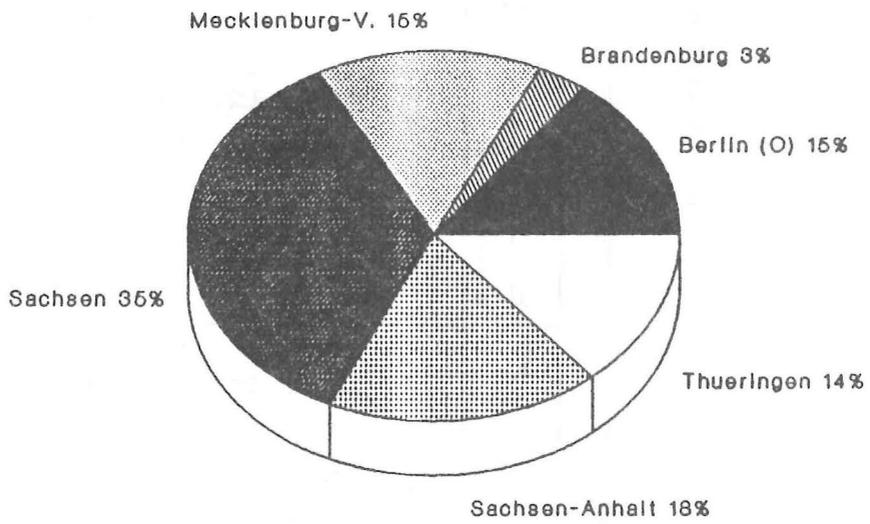


Abbildung 2

Tabelle 6: Wissenschaftliches Personal an DDR-Hochschulen am 31.12.1989 nach Fächergruppen und Ländern (hauptberuflich Tätige, ohne Auszubildende, in Prozent)*

Land Fächer- gruppen	Ber- lin- Ost	Bran- den- burg	Meck- len- burg	Sach- sen	Sach- sen- An- halt	Thü- rin- gen	ins- ge- samt
Sprach- u. Kultur- wiss.	18	5	11	41	15	10	100
Sport	10	5	10	50	15	10	100
Re-,Wi- u. Soz.wiss.	24	10	8	38	15	5	100
Mathem.- Naturwiss.	13	4	14	35	20	14	100
Human- medizin	18	0	20	25	19	18	100
Veterinär- medizin	38	0	0	62	0	0	100
Agrar- Forstwiss. Ernährg.- wiss.	43	0	18	16	23	0	100
Ingenieur- wiss.	3	5	8	58	13	13	100
Kunst-u. Kunstwiss.	32	8	0	37	9	14	100
insgesamt	17	4	12	38	17	12	100

*ohne militärische und kirchliche Hochschulen

Bei einem BRD-/DDR-Vergleich des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen nach Fächergruppen (s. a. Abb. 3) wird deutlich, daß der Anteil am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal insgesamt bei den Ingenieurwissenschaften, den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, der Humanmedizin, der Veterinärmedizin und den Kunstwissenschaften etwa gleich groß ist. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß in dem noch vorhandenen Fachschulnetz auf dem Gebiet der DDR besonders die Ingenieurschulen ein erhebliches personelles Potential (Fachschuldozenten und Fachschullehrer) beinhalten.

In Mathematik/Naturwissenschaften liegt der Anteil bei den Hochschulen der DDR mit 15 Prozent jedoch erheblich niedriger als bei den BRD-Hochschulen (23 Prozent).

In den Sprach- und Kulturwissenschaften (einschließlich Sport) und den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist dagegen der Anteil bei DDR-Hochschulen höher. Eine wesentliche Ursache hierfür war die in allen Studiengängen gemäß Studienplan erforderliche personelle Absicherung der Lehrgebiete Marxismus-Leninismus (knapp 6 Prozent des wissenschaftlichen Personals), Studentensport (etwa 3 Prozent des wissenschaftlichen Personals) und Fremdsprachenausbildung.

Kennzeichnend für die Beschäftigtengruppenstruktur innerhalb des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals ist der geringe Anteil der Assistenten auf Zeit (vgl. Abb. 4). Er weist - wie bereits oben dargestellt - seit den 70er Jahren eine rückläufige Tendenz aus. Zwischen Hochschullehrern und ausgewählten Beschäftigtenkategorien lagen 1989 folgende Relationen vor:

- zu Assistenten auf Zeit 1 : 0,7
- zu wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Dauer 1 : 3,6
- zum nichtwissenschaftlichen Personal 1 : 8,7.

Für das wissenschaftliche Personal blieben diese Relationskennziffern 1990 konstant.

Von Ende 1988 bis Ende 1990 ging der Personalbestand um etwa 6 Prozent zurück. Die von der Abwicklung betroffenen Hochschulen sind noch im Bestand enthalten. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die 1988 durchgeführten Netzerweiterungen (Übernahme von Fachschulkapazitäten und Neugründung der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg) eine Personalaufstockung von etwa 1.000 Beschäftigten insgesamt zur Folge hatten. Im Vergleich der Beschäftigtenkategorien war von 1988 bis 1990 beim Hochschullehrerbestand mit etwa 10 Prozent der größte Rückgang zu verzeichnen. Der Bestand an wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Dauer ging 1990 gegenüber 1989 um etwa 4 Prozent zurück.

6 Leistungsbezogene Personalkennzahlen

Zur Skizzierung der Leistungen des wissenschaftlichen Personals wurden Aussagen zum Studierendenbestand, zu den Betreuungsrelationen, zur Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zu den Lehrleistungen herangezogen. 1989 waren an DDR-Hochschulen 165.095 Studierende in den für die Berechnung von Betreuungsrelationen relevanten Studienformen eingeschrieben, davon

- 71 Prozent im Direktstudium,
- 10 Prozent im Fern- und Abendstudium,
- 10 Prozent im postgradualen Studium,
- 6 Prozent im Studium zum Erwerb höherer akademischer Grade
- Promotion A - und
- 3 Prozent im Vorbereitungsstudium zum Erwerb der Hochschulreife.

Rechnerisch keine Berücksichtigung fanden 77.925 Teilnehmer an Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen und Sprachkursen, 550 B-Promovenden (Dr. sc.) und 307 A-Promovenden (Dr.) an Akademien.

Da für das postgraduale Studium und das Teilstudium im Jahr 1990 kein statistischer Ausweis mehr erfolgte, ist ein direkter Vergleich der Studierendenbestände nicht möglich.

Unter Außerachtlassung dieser Studienformen erreichte die Studierendengesamtheit 1990 mit 147.613 Personen etwa 99 Prozent der Vorjahreswerte. Hinter dieser relativen Stabilität verbergen sich erhebliche Veränderungen in einzelnen Studienformen, speziell im Direktstudium, im Fern- und Abendstudium sowie im Promotionsgeschehen. Besonders deutlich zeigt sich das bei den Neuzulassungszahlen. 1990 wurden etwa ein Drittel mehr Deutsche zum Hochschuldirektstudium zugelassen als 1989. Dem entgegengesetzt verringerte sich die Anzahl der Neuzulassungen zum Hochschulfernstudium um die Hälfte. Beide Studienformen waren 1990 verstärkt vom Studienabbruch betroffen. Im Hochschuldirektstudium erhöhte sich die Anzahl der Studienabbrecher um zwei Drittel, im Hochschulfernstudium kam es zu einer annähernden Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr.

Das Promotionsgeschehen ist quantitativ durch einen generellen Abwärtstrend gekennzeichnet (vgl. Tab. 7).

Auffallend rückläufig sind die außerplanmäßigen Aspiranturen. Hier lag die Anzahl der Abgänge deutlich über der der Zugänge. Lediglich 15 Prozent der Abgänge erfolgten mit dem Absolventenstatus.

Die Relation Studierende je wissenschaftliches Personal betrug 1989 4,3 und je Hochschullehrer 22,0. Die erstgenannte der aus der Situation des DDR-Hochschulwesens ermittelten Kennziffer haben wir auf die Situation des BRD-Hochschulwesens umgesetzt. Unter Berücksichtigung der in Abschn. 1 genannten bildungsökonomisch relevanten Unterschiede im Vergleich des Hochschulwesens BRD - DDR führen die umbewerteten Studierenden- und Personalbestände (1989) zu einer Relationskennziffer Studierende je wissenschaftliches Personal in Höhe von 11,8. Die Berechnung schließt eine Aufstockung der Studierendenbestände um jeweils ein Drittel wegen längerer Studienzeiten und Nichtanwesenheit eingeschriebener Studenten sowie eine Reduzierung des Personalbestandes für Forschungs- und Weiterbildungstätigkeiten ein.

Tabelle 7: Wissenschaftlicher Nachwuchs an Hochschulen in den neuen Bundesländern (in Personen)

Studienformen	Studierende		Neuzulassg.	Absolv.
	1989	1990	1990	1990
Promotion A (Dr.)				
Deutsche	8.522	7.556	2.342	3.503
Ausländer	1.339	1.221	431	375
gesamt	9.861	8.777	2.773	3.878
Promotion B (Dr.sc.)				
Deutsche	507	410	168	544
Ausländer	.	.	.	12
gesamt	507	410	168	556
Promotion A und B insgesamt				
Deutsche	9.029	7.966	2.510	4.047
Ausländer	1.229	1.221	431	387
gesamt	10.368	9.187	2.941	4.434

Quellen:

- Hochschulstatistik 1989. Wissenschaftlicher Nachwuchs. Stand 30. 12. 1989/Ministerium für Bildung, Magdeburg 1990
- Hochschulstatistik 1990. Studierende/Kapazitäten/Wissenschaftlicher Nachwuchs. Stand 31. 12. 1990/Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Magdeburg 1991

Hinzu kommt eine erhebliche Streubreite im Vergleich der Hochschulen, die nicht ausschließlich durch differenzierte Leistungsanforderungen interpretierbar ist, wie auch Analysen in den vergangenen Jahren zeigten.

Bei Zusammenfassung der erfolgreich abgeschlossenen Promotionen A (Dr.) und B (Dr. sc.) ergibt sich sowohl 1989 als auch 1990 eine Hochschullehrer-Promotions-Relation von 1 : 0,7.

Geht man von einer durchschnittlichen Promotionsdauer von 5 Jahren aus, betreute ein Hochschullehrer jährlich etwa 3 bis 4 Promovenden.

Im Hochschulwesen der DDR wurden - von Ausnahmen abgesehen - keine Normative oder Richtwerte für den Einsatz von Wissenschaftlern angewendet. Periodisch zentral aufbereitete Lehrleistungsanalysen für Hochschulen,

die dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR direkt nachgeordnet waren (etwa 85 Prozent der personellen Kapazitäten aller Hochschulen), belegen für Hochschullehrer durchschnittlich - sowohl in den 70er als auch in den 80er Jahren - etwa 5 Semesterwochenstunden. Auch hier treffen die in Punkt 1 formulierten Vorbehalte bei direktem BRD-DDR-Vergleichen zu.

Richtwertgestützte mittel- bis langfristige Modell-Personalbedarfsberechnungen wurden im Auftrag des Fachministeriums mehrfach am Zentralinstitut für Hochschulbildung durchgeführt. Eine Freigabe für die Öffentlichkeit erfolgte nie. Deregoski/Scherer haben 1990 eine vom vorhandenen Personalbestand ausgehende Ausbildungskapazitätsmodellrechnung vorgelegt. Es wurde eine mögliche Steigerung der Bildungsleistungen um etwa das Eineinhalbfache - auf ca. 300.000 Studierende - ausgewiesen¹.

¹ Vgl. Deregoski, A.; Scherer, D., Mögliche Ausbildungskapazitäten an DDR-Hochschulen (Berechnet am Bestand des wissenschaftlichen Personals)/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Beiträge zur Hochschulentwicklung, 1990.

II Zur Entwicklung des Personalbestandes

Überlegungen zum Personalbestand an den Hochschulen der neuen Bundesländer legen die Frage nahe, welche Entwicklung für die nächsten Jahre zu erwarten sein wird. Die übliche Meinung hierzu ist, daß der Personalbestand - wie überall in den neuen Ländern, so auch hier - zu hoch sei, daß also eine Reduktion erreicht werden müsse. Im Prinzip wäre nur über den Umfang und die Methoden der Reduktion nachzudenken. Schon einfache Rechnungen zeigen, daß diese Sicht die Lage nicht trifft. Im folgenden Abschnitt sei daher eine solche einfache Rechnung vorgestellt, aus der erste Schlüsse gezogen werden. Differenzierte Überlegungen hierzu - besonders unter territorialen, fächergruppen- und geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten - werden derzeit in der Projektgruppe erarbeitet und zu gegebener Zeit mitgeteilt.

Vorangestellt seien einige Aspekte des Reproduktionsverlaufs des wissenschaftlichen Personals im Hochschulwesen, die verdeutlichen, daß das Wissenschaftlerpotential nicht spontan und linear und auch nur zeitverzögert auf veränderte Anforderungen reagieren kann. Zu den relevanten Einflußfaktoren zählen:

- die durch die ökonomischen Möglichkeiten der Volkswirtschaft und die staatliche Bildungs- und Wissenschaftspolitik gesetzten Rahmenbedingungen,
- der vorhandene Personalbestand in Umfang und Struktur,
- die zu erbringenden Leistungen und
- die inneren Reproduktionsbedingungen.

Zu letzteren gehören insbesondere

- eine ständige Vertretung von Lehrgebieten an Hochschulen,
- der Erhalt eines bestimmten Grundbestandes an wissenschaftlichem Personal infolge des in seiner Gesamtheit relativ stabilen Hochschulnetzes,
- ein Verzicht auf proportionale Veränderungen im Vergleich zur Studierendenentwicklung auf Grund der Struktur der Lehrveranstaltungsräume,
- die Gewährleistung von relativer Stabilität in der Besetzung der Lehrgebiete wegen der langen Zeiten für die Reproduktion der Hochschulleh-

rer und um den notwendigen hierarchischen Aufbau beim wissenschaftlichen Personal zu sichern.¹

Der ohnehin komplexe und langfristige Reproduktionsverlauf wird im Hochschulwesen der neuen Bundesländer durch die notwendige Anpassung an die Gegebenheiten der alten Bundesländer kompliziert. Veränderungen im Personalbestand werden speziell im Zusammenhang mit dem sprunghaften Anstieg der Studienanfängerzahlen 1990, der Erweiterung der Studierendenbestände infolge verlängerter Studienzeiten, der Angleichung des Studienangebotes und der personellen Besetzung an das Niveau der alten Bundesländer erforderlich. Hinzu kommt eine analoge Veränderung der Beschäftigungsgruppenstruktur innerhalb des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. An den Hochschulen der DDR war der Hochschullehreranteil am wissenschaftlichen Personal um mehr als die Hälfte niedriger, der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Dauer an den wissenschaftlichen Mitarbeitern insgesamt dagegen fast zweimal höher als an den Hochschulen in den alten Bundesländern.

Die in den nächsten Jahren zu vollziehende Anpassung wird nicht überall reibungslos verlaufen. Darauf deutet bereits die im Vergleich der Länder und Fächergruppen vorliegende differenzierte Situation hin.

Die auf Grund der Alterstruktur des wissenschaftlichen Personals zu erwartenden hohen Abgangsquoten wegen Erreichen des Rentenalters (Männer 65 Jahre, Frauen 60 Jahre) schaffen allerdings erhebliche Freiräume für die anstehenden Veränderungen. Bei den Hochschullehrern liegen die Quoten mit durchschnittlich 5,1 Prozent jährlich in der ersten Hälfte der 90er Jahre und 5,4 Prozent in der zweiten Hälfte erheblich über den vom Wissenschaftsrat für die alten Bundesländer prognostizierten Quoten in Höhe von 4,3 bzw 4,4 Prozent².

Die Abgangsquoten bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Dauer betragen in den neuen Bundesländern 2,2 bzw 2,8 Prozent.

Gegenwärtige Prognosen zu möglichen Personalbestandsentwicklungen in den neuen Bundesländern werden durch eine Reihe von Besonderheiten erschwert. Das betrifft erstens die vorerst bis Ende 1991 geltende Altersübergangsregelung (Vorruhestand). Sie besagt, daß alle Arbeitskräfte, denen 1991

¹ Scherer, D., Arbeitskräfte im Hochschulwesen in Lehre, Forschung und Weiterbildung im Hochschulwesen der DDR. Ausgangspunkte und Wandel. In: Gutachten des Zentralinstitut für Hochschulbildung zum Prozeß der Vereinigung Deutschlands/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin 1990, S. 47.

² Wissenschaftsrat, Empfehlungen für Planung des Personalbedarfs der Universitäten, Köln 1991, S. 218.

gekündigt wird, Altersübergangsgeld beantragen können, sofern sie das 55. Lebensjahr vollendet haben. Das bedeutet, daß Abgänge, die wegen Erreichen des Rentenalters für männliche und weibliche Beschäftigte bis 1996 und für männliche Beschäftigte bis zum Jahr 2001 eintreten würden, bereits 1991 realisiert werden könnten. Es besteht für die neuen Bundesländer insgesamt z.Zt. kein Überblick darüber, in welchem Umfang die Angehörigen dieser Jahrgänge zur Aufrechterhaltung von Lehre und Forschung weiterhin benötigt werden oder auf dieser Grundlage sozial abgedeckt zu kündigen sind. Zweitens liegen keine Angaben zum Umfang der Personalentlassungen wegen politischer und/oder fachlicher Nichteignung vor.

Drittens zeichnet sich eine Abwanderung besonders von jüngerem Hochschulpersonal in andere Bereiche der Volkswirtschaft ab. Hintergrund hierfür sind vor allem Unsicherheiten in Zusammenhang mit noch anstehenden Strukturentscheidungen an den Hochschulen. Entsprechende Daten liegen nicht vor.

Mit den nachstehend vorgestellten Modellrechnungen wird versucht, mögliche Bestandsentwicklungen bis zum Jahr 2000 abzuschätzen.

Mittel- und längerfristig sollte sich die Personalplanung für die Hochschulen der neuen Bundesländer nicht an der Überlast-Situation an den Hochschulen der alten Bundesländer in den 80er Jahren orientieren. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen hochschulpolitische Zielsetzungen für die 90er Jahre bei der Planung des Personalbedarfs der Universitäten und Fachhochschulen formuliert. Sie dienen als Ausgangsbasis für die durchgeführten perspektivischen Personalbestandsrechnungen.

Das Modell des Wissenschaftsrates basiert auf Studienanfängerzahlen und enthält vier eigenständige Komponenten: Ausbildung, wissenschaftlicher Nachwuchs, Forschung und Dienstleistungen. Unsere Modellrechnungen gehen von folgenden Prämissen aus:

1. Von den prognostizierten Studienanfängerzahlen werden im Bezugsjahr jeweils nur 90 Prozent in Ansatz gebracht, um die vom Wissenschaftsrat zu grunde gelegte mittlere Jahrgangsgröße der ersten acht Fachsemester nachzuvollziehen (d.h. Ansetzung einer Schwundquote von 10 Prozent in den ersten vier Studienjahren).
2. Es wird davon ausgegangen, daß die empfohlene Struktur der Studienanfänger in den alten Bundesländern nach Hochschularten in den neuen Bundesländern 1995 zu zwei Dritteln und im Jahr 2000 voll realisiert sein wird. Damit werden im Jahr 2000 knapp 35 Prozent der Studienanfänger ihr Studium an Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen durchführen.

Die Fächergruppenstruktur wird ebenfalls in den o.g. Schritten angepaßt. Ausgangsbasis ist die gegenwärtige Struktur in den neuen Bundes-

- ländern. Ziel ist es, die Struktur der alten Bundesländer unter Berücksichtigung der sich verändernden Hochschulartenstruktur zu erreichen.
3. Die Lehrnachfrage wird hochschularten- und fächergruppenspezifisch ermittelt. Für wissenschaftliche Hochschulen werden die vom Wissenschaftsrat neu vorgeschlagenen fächergruppenspezifischen Curricularnormwerte in Ansatz gebracht.

Sie werden einem Lehrangebot von durchschnittlich 5,4 Semesterwochenstunden je wissenschaftliches Personal gegenübergestellt. Für Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen wird die Betreuungskennziffer Studienanfänger je wissenschaftliches Personal verwendet. In Anlehnung an die vom Wissenschaftsrat für die alten Bundesländer analysierte Situation - einschließlich des hohen Lehrdeputatanteils, der von nebenamtlichen Lehrbeauftragten erbracht wird - gehen die Modellrechnungen für die Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen von 4,7 Studienanfängern je wissenschaftliches Personal aus.

4. Die Verknüpfung von Studienanfängerzahlen, die von Bevölkerungsprognosen abgeleitet werden - d.h. die lediglich Deutsche im Direktstudium umfassen - mit Kapazitätsgrößen wie Personalbedarf der Ergänzung hinsichtlich der Gesamtheit der Studienanfänger.

Unsere Erfahrungen belegen, daß die prognostizierten Studienanfängerzahlen ca 75 Prozent der Studienanfängergesamtheit darstellen. Der Personalbedarf wird deshalb für die Komponente Ausbildung (ohne Medizin) um 25 Prozent aufgestockt.

In der Fächergruppe Medizin wird der gegenwärtige Bestand an wissenschaftlichem Personal für den Prognosezeitraum festgeschrieben.

5. Für die Komponente wissenschaftlicher Nachwuchs wird ein Viertel der vom Wissenschaftsrat für die alten Bundesländer empfohlenen Bestandserweiterung angesetzt. Analog wird bei der Komponente Forschung verfahren. Dieser Ansatz geht von der Relation der Bevölkerung der alten im Vergleich zu der der neuen Bundesländer aus.

6. Für die Komponente Dienstleistungen (einschließlich Weiterbildung) wird kein Personalbedarf berechnet. Das Komponentenmodell des Wissenschaftsrates enthält ebenfalls keine Vorgaben, da die Situation von Fach zu Fach und von Hochschule zu Hochschule außerordentlich unterschiedlich ist. Die Hochschulen in den neuen Bundesländern werden in den nächsten Jahren einen hohen Weiterbildungsbedarf zu befriedigen haben (z.B. Lehrer, Ingenieure, Ökonomen). Der in diesem Zusammenhang entstehende Personalbedarf wird - zumindest teilweise - durch die im Punkt 4 vorgenommene Personalaufstockung abgefangen. Gesonderte Bestandserweiterungen hierfür erscheinen gegenwärtig zu spekulativ, sind jedoch nicht auszuschließen.

Den prognostizierten Personalbestandsrechnungen für die neuen Bundesländer und Ost-Berlin dienen zwei bereits vorliegende Studienanfängerprognosemodelle als wichtigste Eingangsgröße. Es sind die Berechnungen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin - Karlshorst und der Kultusministerkonferenz. Ihr Vergleich in der nachstehenden Tabelle macht eine differenzierte Einschätzung für einen Zeitraum sichtbar, der die bereits geborenen potentiellen Studienanfänger erfaßt.

Tabelle 8: Prognosevarianten möglicher Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern und Ost-Berlin

Jahr	Prognose der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst		Prognose der Kultusmini- sterkonferenz	
	Personen	rel. Entw. in %	Personen	rel. Entw. in%
1990	35.213	100	35.200	100
1995	41.273	117	37.900	108
2000	52.460	149	59.300	168
2005	58.946	167		
2007	58.806	167		

Die Personal-Modellrechnungen basieren auf dem prognostizierten Studienanfängeraufkommen aus den neuen Bundesländern.

Wanderungsgewinne und -verluste können nicht berücksichtigt werden, da hierzu gegenwärtig keine gesicherten Aussagen möglich sind.

Aus der Studienanfängerprognose der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst leitet sich folgender Bestand an wissenschaftlichem Personal ab:

Tabelle 9: Bestand an wissenschaftlichem Personal in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin auf Grundlage der Studienanfängerprognose der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Jahr	Personen	in Prozent
1990	25.900	100
1995	27.100	105
2000	29.900	115
2005	32.100	124

Der für das Jahr 2000 von der Studienanfängerprognose der Kultusministerkonferenz abgeleitete Bestand an wissenschaftlichem Personal - etwa 32.000 Stellen - wird bei Zugrundelegung der Prognose der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst erst fünf Jahre später erreicht.

Personalbestandsprognosen sind in noch weiteren Varianten darstellbar. Z.B. könnten in die Komponente Lehre eine andere Fächergruppenstruktur oder andere Curricularnormwerte eingehen. Damit werden jedoch nach unserer Auffassung keine wesentlich neuen Aspekte sichtbar. Das Hauptproblem der Personalplanung an den Hochschulen der neuen Bundesländer besteht in den nächsten Jahren neben einer Zielorientierung, wie sie in den verschiedenen Prognosemodellen zum Ausdruck kommt, vor allem in den notwendigen Strukturveränderungen des jetzigen Bestandes.

Ausgehend von den Ersatzbedarfsrechnungen des Zentralinstituts für Hochschulbildung¹ weisen aktuelle Hochrechnungen folgende Abgänge wegen Erreichen des Rentenalters aus (vgl. Tabelle 10):

¹ Deregowski, A.; Klug, H.-J.; Scherer, D. (Ltr.); Schulz, R.; Trautewig, M., Arbeitskräfteersatzbedarf an den Universitäten und Hochschulen des MHF nach Beschäftigtengruppen bis zum Jahr 2010/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Forschung über das Hochschulwesen, 1988.

Tabelle 10: Ausscheidendes wissenschaftliches Personal an Hochschulen der neuen Bundesländer und in Ost-Berlin wegen Erreichen des Rentenalters

Zeitraum	Beschäftigungsgruppe		
	Hochschullehrer	wiss. Mitarbeiter auf Dauer	wiss. Personal insgesamt
1991-1995	1.700	2.600	4.300
1996-2000	1.800	3.300	5.100
1991-2000	3.500	5.900	9.400

Die aus den vorstehenden Überlegungen resultierende mögliche Bestandsentwicklung ist aus Tabelle 11 zu entnehmen.

Tabelle 11: Vereinfachte mögliche Bestandsentwicklung des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen der neuen Bundesländer und in Ost-Berlin

Bestandsentwicklung	Beschäftigtengruppe		
	Hochschullehrer Professoren	wissenschaftl. Mitarbeiter	wiss. Personal insgesamt
Bestand Anfang 1991*	6.000	29.000	35.000
freiwerdende Stellen wegen Erreichen des Rentenalters 1991 - 2000	3.500	5.900	9.400
Bestand im Jahr 2000 in der Beschäftigten- gruppenstruktur der alten Bun- desländer unter Anwendung o.g. Prämissen	9.000 - 9.700	20.900 - 22.400	29.900 - 32.100
In den 90er Jahren neu zu besetzende Stellen	6.500 - 7.200	keine Überhang kann durch Umstruk- turierung (wiss. Mitarb. auf Zeit) abgefangen werden	freiwerdende Stellen bei wiss. Mitarbei- tern sind nur bei Bedarf wie- der zu besetzen

*ohne: abgewickelte Hochschulen und Bereiche Marxismus-Leninismus

Wie aus Tabelle 11 hervorgeht, sind an den Hochschulen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin etwa 35.000 wissenschaftliche Bedienstete beschäftigt. Der unmittelbare Vergleich mit dem für das Jahr 2000 berechneten Bestand von 29.900 bis 32.100 Stellen stützt auf den ersten Blick das Argument, daß Personal abzubauen sei. Bezieht man dagegen erstens die im Berechnungszeitraum wegen Erreichen des Rentenalters freiwerdenden Stellen und zweitens die durch die Anpassung an die Beschäftigtengruppen-

struktur der alten Bundesländer umzuwandelnden Stellen ein, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Bei differenzierter Betrachtung von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern wird deutlich: Erstrangige hochschulpolitische Bedeutung wird in den nächsten Jahren die Besetzung der freien Professorenstellen erlangen. In den diskutierten Varianten werden mit den 6.500 bis 7.200 zu besetzenden Stellen Größenordnungen erreicht, wie sie nach Einschätzung des Wissenschaftsrates¹ für die alten Bundesländer mit etwas mehr als 7.000 auch nicht höher liegen.

Das gekennzeichnete Bild der für das kommende Jahrzehnt zu erwartenden Entwicklung wird dramatisiert, wenn man die Ereignisse der unmittelbaren Zukunft einkalkuliert.

Die Altersübergangsregelung bietet die Möglichkeit, die Rentnerjahrgänge 1991 bis 1996 sowie die männlichen Rentnerjahrgänge 1997 bis 2001 noch im Jahr 1991 aus dem Arbeitsprozeß zu entlassen. Tabelle 12 gibt an, wie viele Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter das betreffen würde.

¹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen für die Planung des Personalbedarfs der Universitäten, Köln 1990, S. 218.

Tabelle 12: Bestand an wissenschaftlichem Personal an den Hochschulen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin, für den die Altersübergangsregelung bereits 1991 ein Ausscheiden ermöglichen würde

Zeitraum	Geschlecht	Beschäftigtengruppe		
		Hochschul-lehrer	wiss. Mit-arbeiterauf Dauer	wiss. Per-sonal insgesamt
1991 - 1996	männlich und weiblich	1.990	3.190	5.180
1997 - 2001	männlich	1.650	2.300	3.950
insgesamt		3.640	5.490	9.130

Bei den Hochschullehrern wird deutlich, daß eine volle Ausschöpfung der Altersübergangsregelung zu einem nicht vertretbaren Defizit führen würde. Eine Vergrößerung des Defizits ist zu erwarten, wenn jüngere Hochschul-lehrer auf Grund politischer und/oder fachlicher Nichteignung ausscheiden müssen.

Kurzfristig, d.h. bis etwa 1995, kann der künftig erforderliche Professorenbestand nicht allein aus den Hochschulen der neuen Bundesländer rekrutiert werden. Zum einen reicht der Bestand an wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Zeit -"Qualifikationsstellen"- nicht aus. Zum anderen kommt der Bestand auf Dauerstellen auch nur begrenzt als Berufungsquelle in Frage, da B-promovierte (habilitierte) Nachwuchswissenschaftler in den jüngeren Jahrgängen nicht in ausreichender Anzahl an den Hochschulen in den neuen Bundesländern vorhanden sind. 1989 waren von den ca 7.500 Oberassistenten etwa 30 Prozent B-promoviert, 700 hatten bereits den Status eines a.o.Dozenten. Jedoch waren mehr als 4.000 aus dieser Gruppe älter als 45 Jahre. Diese Tatsache unterstreicht die Bedeutung der bereits angelaufenen Nachwuchsförderungsprogramme, deren Umsetzung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre positiv zum Tragen kommen wird.

Berufungen müssen darüber hinaus - speziell bis 1995 - aus anderen Quellen erfolgen. Potentielle Bewerber sind von den Akademieinstituten und aus der Industrieforschung zu erwarten. Den Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgend, steht die Eingliederung von 1.700 bis 2.000 Angehörigen der Akademie der Wissenschaften in die Hochschulen bevor. Für die in Aufbau befindlichen Fachhochschulen sollten Bewerbungen von erfahrenen, A-promovierten Fachkräften aus der Industrie Berücksichtigung finden. Bei neu

aufzubauenden und grundsätzlich zu erneuernden Fachbereichen wird man in den nächsten Jahren noch in starkem Maße auf die Berufung von Professoren aus den alten Bundesländern angewiesen sein.

Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Dauerstellen ergibt sich das erwartete Bild. Das Ausscheiden aus dem Dienst nach Maßgabe des Alters (einschließlich der möglichen Inanspruchnahme der Altersübergangsregelung) reicht nicht aus, um den für das Jahr 2000 notwendigen reduzierten Bestand zu erreichen. Dieses Problem wird im Zusammenhang mit der zu erwartenden Neueingruppierung nach Zeit- und Dauerstellen, sowie zum Teil möglicherweise mittels "Überleitungen", wie sie in der Bundesrepublik Anfang der 70er Jahre zur raschen Vergrößerung der Zahl der Professoren einmal durchgeführt wurden, schrittweise zu lösen sein.

Bei der Bewertung des Bestandes an wissenschaftlichen Mitarbeitern sollte berücksichtigt werden, daß die Lehraufgaben an den Hochschulen in der DDR anders verteilt waren als an den Hochschulen in der Bundesrepublik. Während die Lehre in der Bundesrepublik Hauptaufgabe der Professoren ist und die wissenschaftlichen Mitarbeiter im Prinzip Zuarbeit zu leisten haben, insbesondere im Bereich von Übungen und Praktika (die Lehrverpflichtung von Professoren ist doppelt so hoch wie die von wissenschaftlichen Mitarbeitern), war Lehre in der DDR Hauptaufgabe des wissenschaftlichen Mittelbaus, wenigstens quantitativ gesehen. Es gab zwar formal keine festgelegten Lehrverpflichtungen, aber es war üblich, daß Professoren - nach Stunden gemessen - verhältnismäßig wenig lehrten und sich dafür mehr den Leitungsaufgaben im wissenschaftlichen Bereich widmeten. Da gerade die wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Dauerstellen den größten Umfang der Lehraufgaben übernahmen und da, wie oben gezeigt, hier für einige Zeit auch noch reichlicher Personal vorhanden ist, liegt es nahe, die Überführung von Lehraufgaben vom Mittelbau zu den Professoren nur in dem Maß vorzunehmen, wie der Engpaß dort abgebaut wird. Natürlich kann es sich hierbei nur um eine vorübergehende Personalpolitik handeln, da die gewünschte höhere Qualität der Lehre an den Einsatz von dafür berufenen Professoren gebunden ist.

Wir hoffen, daß es uns mit dem vorliegenden Beitrag gelungen ist, die Vielschichtigkeit der in den 90er Jahren anstehenden Probleme bei der Weiterentwicklung des Personalbestandes zu veranschaulichen.

Abschließend sei noch einmal unterstrichen, daß eine schematische, rein formale Übertragung kapazitiver Ansätze, wie sie in den alten Bundesländern von Gültigkeit sind, dem komplizierten Anpassungsprozeß der Hochschulen in den neuen Bundesländern nicht gerecht wird. Noch dominiert in der öffentlichen Diskussion zu sehr die Forderung nach einem Abbau der personellen Überbesetzung an den Hochschulen der neuen Bundes-

länder - ein Problem, das in seiner Bedeutung relativiert wird, wenn man die wachsende Anzahl von Studienanfängern und die Verlängerung der Studienzeiten berücksichtigt. Von wesentlich größerer Brisanz sind die Erneuerung des Hochschullehrerbestandes einschließlich der gezielten Nachwuchsförderung, die sozial verträgliche Anpassung an die Beschäftigtengruppenstruktur im Hochschulwesen der alten Bundesländer und die Sicherung eines ausgewogenen Studienangebotes nach Fächergruppen und Hochschularten, um in Ost und West in Zukunft ein gleich hohes Niveau in Lehre und Forschung zu garantieren.

Literaturverzeichnis

Blankenburg, K.-H.; Deregoski, A.; Scherer, D., Wissenschaftliches Personal im Hochschulwesen der BRD und der DDR. Beschäftigte, Tarife und ausgewählte Kennzahlen/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Beiträge zur Hochschulentwicklung, 1990.

Burkhardt, A.; Scherer, D.; Erdner, S., Personalbestand an Hochschulen der ehemaligen DDR 1989 und 1990/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin, Projektberichte, 1991.

Deregoski, A.; Klug, H.-J.; Scherer, D. (Ltr.); Schulz, R.; Trautewig, M., Arbeitskräfteersatzbedarf an den Universitäten und Hochschulen des MHF nach Beschäftigtengruppen bis zum Jahr 2010/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Forschung über das Hochschulwesen, 1988.

Deregoski, A.; Scherer, D., Mögliche Ausbildungskapazitäten an DDR-Hochschulen (Berechnet am Bestand des wissenschaftlichen Personals)/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Beiträge zur Hochschulentwicklung, 1990.

Deregoski, A.; Scherer, D.; Wardezki, S., Standpunkte zur Entwicklung des Hochschullehrerbestandes/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Beiträge zur Hochschulentwicklung, 1990.

Gansen, J.; Haupt, B.; Honsek, A.; Scherer, D., Analytische Untersuchungen zur Effektivität von Technika/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Forschung über das Hochschulwesen, Studie 14, 1987.

Hochschulrahmengesetz (in der Fassung vom 15. Dezember 1990), Hannover, Hannover 1991, S. 29 - 40.

Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Bonn, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Nr. 116, 1991.

Scherer, D., Reproduktionstendenzen des Arbeitsvermögens im Hochschulwesen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. In: Stand, Probleme und Aufgaben der Forschung zur perspektivischen Entwicklung des Hochschulwesens, Teil II/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Berichte und Informationen zur Hochschulentwicklung, 1989, S. 113 - 120.

Scherer, D., Arbeitskräfte im Hochschulwesen in Lehre, Forschung und Weiterbildung im Hochschulwesen der DDR. Ausgangspunkte und Wandel. In: Gutachten des Zentralinstituts für Hochschulbildung zum Prozeß der Vereinigung Deutschlands/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin 1990, S. 45 - 50.

Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen - Hochschullehrerberufungsverordnung (HBVO). In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 13. Dezember 1968, Teil II, Nr. 127, S. 997 - 1003.

Verordnung über die wissenschaftlichen Mitarbeiter an den wissenschaftlichen Hochschulen - Mitarbeiterverordnung (MVO). In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 13. Dezember 1968, Teil II, Nr. 127, S. 1007 - 1012.

Vogel, E.; Krause, S.; Scherer, D., Zur Messung und Bewertung der inneren bildungsökonomischen Effektivität im Hochschulwesen/Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin, Wissenschaftliche Arbeitsberichte Nr. 45, 1985.

Wissenschaftsrat, Empfehlungen für die Planung des Personalbedarfs der Universitäten, Köln 1990.

Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991.

Anschrift der Verfasserinnen:

Dr. Anke Burkhardt
Dr. Doris Scherer
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4
D-1157 Berlin-Karlshorst

Vorausschätzungen zu den Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern

Henri Adler
Irene Lischka

In den neuen Bundesländern verändern sich grundlegende Bedingungen für den Zugang zum Hochschulstudium. Trotz vieler Unsicherheiten ist eine Vorausschätzung zukünftig möglicher Studienanfänger in diesen Bundesländern deshalb sowohl insgesamt als auch in der regionalen Differenzierung unverzichtbar, können doch bisherige Entwicklungen kaum fortgeschrieben werden. Dafür werden drei Varianten zur Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen mit Differenzierungen nach den einzelnen Ländern und Berlin (Ost) in Ansatz gebracht. Basis der Berechnungen bilden Analysen der demographischen Entwicklung in den Ländern. Für die Vorausschätzung der Studienanfängerzahlen wird ein Bandbreiten-Modell angewandt, in dem Maximal- und Minimalvarianten ermittelt werden. Danach könnte die Studienanfängerzahl bis zum Jahr 2006 etwa auf das Doppelte gegenüber 1990 steigen (Maximalvariante).

1 Vorbemerkungen

Gesellschaftliche Umbrüche als Marksteine der Geschichte kennzeichnen in der Mehrzahl auch Wendepunkte in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen. Der Wandel in den neuen Bundesländern, der fast schlagartige Wechsel von sozialistischer Planwirtschaft zu sozialer Marktwirtschaft wird sich im Zusammenhang mit veränderten Strukturen des Bildungswesens und des Arbeitsmarktes auch im Bildungsverhalten der Bevölkerung widerspiegeln.

Dementsprechend sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt Prognosen zum Bildungsverhalten, zur Bildungsbeteiligung auf den unterschiedlichen Bildungsstufen und damit zur quantitativen Entwicklung einzelner Bildungsbereiche von außerordentlichem Interesse. Gleichzeitig sind aber Vorausschätzungen gerade in Umbruchphasen äußerst problematisch, können doch noch nicht abschätzbare Prozesse bestimmte Annahmen erheblich in Frage stellen.

In diesem Sinne sind auch die Vorausschätzungen zu den Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Diese ergeben sich insbesondere aus den erst unscharf zu erkennenden Langzeittrends bezüglich

- Umfang und Struktur des Arbeitsmarktes in den einzelnen Ländern,
- des Angebots und der Nachfrage nach Lehrstellen,
- der Migration bestimmter Bevölkerungsgruppen, differenziert nach Alter und Beruf aus den bzw. in die neuen Bundesländer,
- des materiellen und kulturellen Lebensniveaus und
- den Wertorientierungen heranwachsender Generationen.

Darüber hinaus sind natürlich Aufbau, Netz und Profil des Bildungswesens selbst, insbesondere in der sekundären und tertiären Stufe, von besonderer Relevanz für die Entwicklung des Bildungsverhaltens. Generell ist diesbezüglich eine rasche Angleichung an die Verhältnisse in den alten Bundesländern anzusetzen, einschließlich der dabei bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Unter Beachtung der genannten Unsicherheiten wird im folgenden versucht, mögliche Entwicklungen der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen zu skizzieren. Dabei soll anhand einzelner Beispiele aus dem Raum Berlin/Brandenburg auch die Tragweite differenzierter regionaler Bedingungen verdeutlicht werden.

Weiterführende bzw. vertiefende Einschätzungen zur Entwicklung der Studierendenzahlen, der Studiendauer, der Absolventenzahlen, zum Zeitpunkt des Studienbeginns sowie zum Spektrum der gewählten Studienfächer wären u. E. bisher mit noch wesentlich höheren Unsicherheiten behaftet. Darauf sollte zum gegenwärtigen Zeitpunkt bewußt verzichtet werden.

Den Vorausschätzungen wurden folgende Prämissen und Annahmen zugrunde gelegt:

1. Der durchschnittliche Jahrgang wurde nach der statistisch ausgewiesenen Bevölkerungszahl im Alter von 0 bis unter 25 Jahren ermittelt. Zukünftig sich vollziehende Wanderungsströme zwischen den Bundesländern konnten aufgrund fehlender aktueller Daten und Unsicherheiten hinsichtlich des weiteren Verlaufs noch nicht quantifiziert werden.
2. Bei den Annahmen über die Entwicklung der Studienberechtigtenquoten wurde berücksichtigt, daß ein Teil der Berechtigten die Hochschulreife etwa im bisherigen Umfang über den zweiten Bildungsweg erwirbt. Vorausschätzungen des Anteils der Berechtigten über diesen Bildungsweg sind aufgrund der sich vollziehenden strukturellen Veränderungen der bisherigen Wege sowie des noch nicht abschätzbaren Bildungsverhaltens von Berufstätigen mit größeren Unsicherheiten behaftet.
3. Es wird angenommen, daß der Anteil der Bewerber mit Fachschulabschluß auch zukünftig unbedeutend sein wird. Zwar implizierte der Ingenieur- und vergleichbare Fachschulabschluß eine fachgebundene Hochschulreife, primär bedeutete er aber eine eigenständige berufliche und soziale Stellung für die Absolventen. Diese Qualifikation veranlaßt nur vereinzelt zu einem Hochschulstudium und dann bisher fast ausschließlich im Fernstudium. Die Ingenieurschul-Absolventen können daher nicht als Potential der Studienberechtigten für das Vollzeitstudium an Hochschulen angesehen werden. Auch künftig, nach Umprofilierung der Fachschulausbildung, dürfte nur ein minimaler Anteil der Absolventen für ein

Hochschulstudium zu berücksichtigen sein. Hinweise darauf gibt die Tatsache, daß in den alten Bundesländern nur etwa zwei Prozent der Studienanfänger mit einem Abschluß der Fachschule, Berufsfachschule und Fachakademie das Studium aufnehmen¹. Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern ein erheblicher Mangel gerade an solchen Absolventen (z. B. Techniker) existiert. In diesem Sinne werden nachfolgend Fachschulabsolventen als Potential für den Hochschulzugang (Studienberechtigte) vernachlässigt.

2 Demographische Bedingungen und Entwicklung des Durchschnittsjahrganges der Studienberechtigten

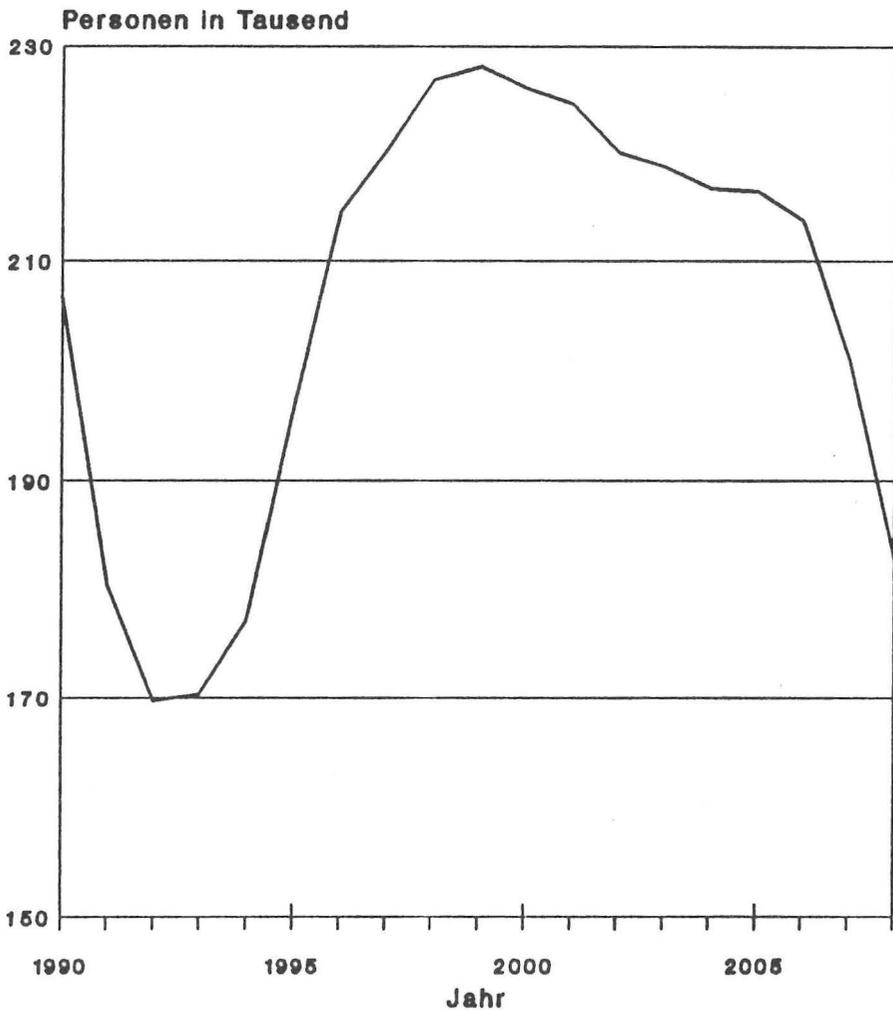
Quantitative Basis für die Einschätzung des künftigen Hochschulzuges ist die demographische Entwicklung. Die entscheidende Größe dabei bildet der für den Erwerb der Studienberechtigung durchschnittliche alterstypische Jahrgang². Der typische Altersjahrgang der 18- bis unter 20jährigen nimmt zukünftig einen ausgeprägt dynamischen Verlauf³. Die seit Jahren rückläufige Jahrgangsstärke erreicht im Jahre 1992 mit ca. 170 Tsd. Personen ihren Tiefpunkt (vgl. Abb. 1). Danach wird die Zahl der 18- bis unter 20jährigen bis etwa zum Jahr 2000 ansteigen, jedoch mit ca. 228 Tsd. Personen lediglich 110 Prozent der Jahrgangsstärke von 1990 erreichen. Die Zahl der Jugendlichen des Jahrganges sinkt dann allmählich bis 2006 und danach schneller, so daß im Jahre 2008 mit ca. 183 Tsd. Personen die 90er Zahl bereits deutlich unterschritten wird.

¹ Berechnet nach: Studenten an Hochschulen, Sommersemester 1989. In: Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.1, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Dez. 1990, S. 158 - 167.

² Hier wurde der bisher typische Jahrgang der 18- bis unter 20jährigen zugrunde gelegt. Sollte sich das 13. Schuljahr durchsetzen - wie inzwischen im Land Brandenburg und in Berlin - und kommt es zur Gründung von Fachoberschulen, wäre künftig der durchschnittliche Jahrgang der 18- bis unter 21jährigen die geeignetere Basis.

³ Grundlage der Berechnung sind Daten des Statistischen Amtes der DDR über die Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 25 Jahren in den Kreisen (Stichtag 31. 12. 1989).

Abb.1: Entwicklung der durchschn. Zahl der 18- bis unter 20jaehrigen in den neuen Bundeslaendern und Berlin (Ost) 1)



1) ohne Migration

Der stärkere Rückgang nach 2006 ist auf eine neue Situation in der Geburtenentwicklung seit 1989 zurückzuführen. Seitdem treten die Frauen der geburtenschwachen Jahrgänge (ab Anfang der 70er Jahre) in die geburtenaktive Lebensphase. Demzufolge besteht ein demographisch bedingter Rückgang der Geburten, der sich noch fortsetzt. Darüber hinaus lassen Meldungen über die Geburtenzahlen im Jahre 1990 und Entwicklungstendenzen in den ersten Monaten 1991 erkennen, daß es zu einem zusätzlichen starken Rückgang der Geburten aus sozialen Gründen (Existenzangst, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, veränderte Bedingungen in der Kinderbetreuung) kommt¹.

Daher muß damit gerechnet werden, daß auch nach 2008 ein deutlicher Rückgang des durchschnittlichen alterstypischen Jahrganges erfolgen wird. Nach 2010 ist jedoch - infolge wahrscheinlich mittelfristig wieder zunehmender Geburtenzahlen - ein Wiederanstieg der Zahl Jugendlicher im Studienberechtigtenalter zu erwarten.

Mit dem demographisch bedingten Rückgang nach 2005 nimmt die Jahrgangsstärke in den neuen Bundesländern einen anderen Verlauf als in den alten Bundesländern. Für Westdeutschland wird in der jüngsten KMK-Prognose² mit einem leichten Anstieg des Durchschnittsjahrgangs nach 2003 gerechnet.

Die beschriebene demographische Entwicklung gilt in den Grundzügen für sämtliche neuen Bundesländer und einzelne Regionen. Es werden jedoch Differenzierungen deutlich, indem die Tendenz der Jahrgangsentwicklung unterschiedlich ausgeprägt ist.

Für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin (Ost) sind überdurchschnittliche Entwicklungswerte der Jahrgangsstärke zu erwarten. Unter dem Durchschnitt entwickeln sich dagegen voraussichtlich diese Werte in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Sie werden das Niveau von 1990 im

¹ Im Jahre 1990 sank die Geburtenzahl gegenüber dem Vorjahr um ca. 24.000 und erreichte nur noch 175.000 Personen.

² Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010, Hrsg.: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Januar 1991 (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 116), S. 13.

Jahrgangshoch (um 2000) nur geringfügig übersteigen und im Jahre 2008 deutlicher unterschreiten (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Relative Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der 18- bis unter 20jährigen in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost), gemessen am Stand von 1990
- in Prozent -

	1990	1995	2000	2005	2008
Gesamt	100	82	109	105	88
Mecklenburg-Vorpommern	100	88	117	114	95
Brandenburg	100	84	115	109	92
Berlin (Ost)	100	86	126	131	112
Sachsen-Anhalt	100	77	102	98	84
Thüringen	100	81	105	99	83
Sachsen	100	83	106	100	85

Ähnliche Unterschiede in der Entwicklung des Durchschnittsjahrganges sind auch in Regionen innerhalb eines Bundeslandes zu erwarten, wie am Beispiel des Landes Brandenburg sichtbar wird (vgl. Tab. 2)¹. Vor allem zwischen der Ost- und der Süd-Region bestehen erhebliche Unterschiede in der zukünftigen Entwicklung der Jahrgangsstärke. Allgemein ist davon auszugehen, daß regional

¹ Die Werte entstammen einer von den Autoren vorgenommenen speziellen regional differenzierten Vorausschätzung der Studienanfängerzahlen für das Land Brandenburg (vgl. Adler, H.; Lischka, I., Hochschulzugang im Raum Berlin/Brandenburg/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Mai 1991). Da im Land Brandenburg inzwischen vorgesehen ist, das 13. Schuljahr in der gymnasialen Oberstufe einzuführen, erfolgte hier die Ermittlung des alters-typischen Jahrganges unter Zugrundelegung der 18- bis unter 21jährigen.

differenzierte Bedingungen hinsichtlich des demographischen Potentials für die Entwicklung des Aufkommens an Studienberechtigten bzw. -anfängern bestehen.

Tabelle 2: Relative Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der 18- bis unter 21jährigen im Land Brandenburg und in ausgewählten Regionen des Landes, gemessen am Stand 1990 - in Prozent -

	1990	1995	2000	2005	2008
Land Brandenburg	100	91	113	107	93
Nordwest-Region	100	89	110	112	96
West-Region	100	91	113	111	97
Ost-Region	100	100	122	113	97
Südost-Region	100	87	112	104	89
Süd-Region	100	87	105	98	84

Nordwest-Region: Prignitz; West-Region: Raum Brandenburg - Potsdam; Ost-Region: Raum Fürstenwalde - Frankfurt - Eisenhüttenstadt; Südost-Region: Raum Cottbus; Süd-Region: Raum Herzberg - Senftenberg

In besonderer Weise wird sich die durchschnittliche Jahrgangsstärke in Berlin (Ost) entwickeln (vgl. Tab. 1). Hier wird die Zahl der Jugendlichen des durchschnittlichen Jahrganges infolge jahrelanger Wanderungsgewinne durch Zuzug vor allem junger Familien bis 2005 weiter ansteigen. Sollte die Einwohnerzahl Berlins zukünftig entsprechend den prognostischen Vorstellungen steigen, könnte ein weiteres Anwachsen der Jahrgangsstärke insgesamt und kein Absinken nach 2005 eintreten. Zugleich wäre dann in den neuen Bundesländern durch Abwanderung nach Berlin mit geringeren Jahrgangsstärken zu rechnen.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß der Durchschnittsjahrgang aufgrund zu großer Unsicherheiten ohne Berücksichtigung zukünftiger Migrationsströme zwischen den Bundesländern ermittelt wurde. Sollten jedoch die derzeitigen Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern längerfristig anhalten, werden voraussichtlich die Zahlenwerte des Berechtigtenjahrganges in den neuen Bundesländern zukünftig generell noch niedriger liegen.

3 Gegenwärtiges Niveau der Studienberechtigten- und Studienanfängerquoten

Studienberechtigungen wurden in den neuen Bundesländern bislang trotz insgesamt vielfältiger Zugangsmöglichkeiten vor allem an den Erweiterten Oberschulen (EOS) und an betrieblichen Bildungseinrichtungen der Berufsausbildung mit Abitur (BAmA) erworben. Jeweils 63 Prozent und 25 Prozent der Studierenden (Direktstudium) erwarben über diese Wege ihr Abitur. Im zweiten Bildungsweg, über den bis zu 12 Prozent der Studienanfänger kamen, dominierte die Studienvorbereitung in den Vorkursen an Hochschulen und in Abiturlehrgängen an Volkshochschulen. Nur etwa 0,1 Prozent der Studierenden an Hochschulen (Direktstudium) sind dagegen Absolventen der Ingenieur- und Fachschulen. Wie bereits vermerkt, können Absolventen dieser Bildungsstätten als Potential für den Hochschulzugang (Studienberechtigte) vernachlässigt werden.

Im Jahre 1990 erwarben in den neuen Bundesländern ca. 33.000 Personen eine Hochschulzugangsberechtigung, das sind 16,0 Prozent des durchschnittlichen alterstypischen Jahrganges (18- bis unter 20jährige).

Zum gleichen Zeitpunkt (05. 09. 1990) hatten sich fast 36.000 Personen zum Direktstudium beworben, d. h. 16,8 Prozent des dafür durchschnittlichen Jahrganges (18- bis unter 21jährige)¹. Dieser, gegenüber den Zugangsberechtigten höhere Wert signalisiert einen Stau vorhandener nichtrealisierter Bildungsinteressen und daraus resultierenden Bildungsnachholebedarf (s. Tab. 3). Dieser ist in begrenztem Umfang auch für die nächsten Jahre zu berücksichtigen.

¹ Eine Erfassung Ende Oktober 1990 weist ca. 38.000 Bewerber, d. h. 18 Prozent des alterstypischen Jahrgangs, aus.

Die genannten Quoten können nicht als Ausdruck der tatsächlichen Bildungsbedürfnisse gewertet werden. Vielmehr widerspiegeln sie zentral vorgegebene Limitierungen beim Zugang zu den studienberechtigenden Wegen und zur Hochschulbildung. Dafür sprechen auch die nur relativ geringen Unterschiede zwischen den einzelnen neuen Bundesländern (s. Tab. 3). Lediglich für Berlin (Ost) waren höhere Zugangsquoten möglich.

Tabelle 3: Studienberechtigten- und Studienbewerberquote¹⁾ 1990 in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost), differenziert nach studienvorbereitenden Bildungswegen

Quote der	Bildungsweg	Bundesland						Gesamt
		Berl. (Ost)	Meck. Vorp.	Brand. burg	Sach. Anh.	Thü- ring.	Sach- sen	
Stu- dien- be- rech- tigten	1. Bil- dg. weg dar.:	16,0	13,6	13,7	14,2	13,8	14,7	14,3
	-BOS	10,8	8,8	8,7	9,5	8,6	9,8	9,4
	-BAmA	4,9	4,6	4,9	4,3	5,0	4,7	4,7
	2. Bil- dg. weg	3,4	1,9	1,6	1,7	1,5	1,4	1,7
	Gesamt	19,4	15,5	15,3	15,9	15,3	16,1	16,0
Stu- dien- be- wer- ber	1. Bil- dg. weg dar.:	17,8	14,5	14,1	14,5	14,0	14,7	14,6
	-BOS	12,1	9,5	9,5	10,0	8,8	9,9	9,7
	-BAmA	5,2	4,5	4,6	4,0	4,7	4,4	4,5
	2. Bil- dg. weg	4,3	2,3	2,1	2,1	2,0	1,9	2,2
	Gesamt	22,1	16,8	16,2	16,6	16,0	16,6	16,8

1) Anteil am durchschnittlichen alterstypischen Jahrgang

Zwischen den einzelnen Kreisen bzw. Regionen (Zusammenfassung benachbarter, ähnlich strukturierter Kreise) zeichnen sich bereits etwas ausgeprägtere Unterschiede ab - Ausdruck differenzierter Bildungsbedürfnisse trotz bestehender Vorgaben.

So differiert die Quote der Studienberechtigten (1990) bei den Kreisen des Landes Brandenburg zwischen 10,0 (Pritzwalk) und 17,9 (Stadt- und Landkreis Cottbus), der Anteil Bewerber am Altersjahrgang zwischen 12,0 (Neuruppin) und 21,5 Prozent (Cottbus).

In fast 44 Prozent der Kreise des Landes Brandenburg wird ein unterdurchschnittlicher Anteil Studienberechtigter am Jahrgang erreicht. Ein Vergleich mit Niedersachsen zeigt (bei etwas unterschiedlicher Methodik), daß die territoriale Differenziertheit der Studienberechtigtenquote im Land Brandenburg dabei aber wesentlich geringer ausgeprägt ist als in Niedersachsen (das die Grundsituation in den alten Bundesländern durchaus repräsentativ widerspiegelt)¹.

Mit Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe einschließlich Veränderung der Zugangsbedingungen in den neuen Bundesländern ist zu erwarten, daß die Studienberechtigtenquote regional noch weiter differieren wird. Dafür spricht auch, daß sich bereits bei den Studienbewerbungen 1990 die Unterschiede zwischen den Kreisen stärker ausprägten und der Anteil der Kreise mit unterdurchschnittlicher Quote auf etwa 54 Prozent stieg.

Die Kreise mit unterdurchschnittlicher Beteiligung konzentrieren sich räumlich in den überwiegend agrarisch genutzten Gebieten im Norden und Südwesten des Landes Brandenburg bzw. im mittleren Raum des Landes südlich Berlins².

Leicht überdurchschnittliche Studienberechtigten- und Bewerberquoten bestehen dagegen in allen Stadt- und Stadtumlandkreisen - Ausdruck des vorhandenen Stadt-Land-Bildungsgefälles.

Die Studienberechtigtenquote der Landkreise mit ausschließlich Orten unter 20 Tsd. Einwohner beträgt 85 Prozent des Niveaus der Stadt-/Stadtumlandkreise und 79 Prozent des Niveaus von Berlin (Ost). Die Studienbewerberquoten dafür liegen noch niedriger; sie betragen 77 bzw. 64 Prozent der genannten Stadtkreise.

¹ Vgl. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover, Information 13, Hannover 1990, S. 34.

² Als Beispiel für die regionalen Unterschiede wurde nur der Raum Berlin/Brandenburg betrachtet. Ähnliche Unterschiede bestehen in den anderen, hier nicht betrachteten Ländern.

Die beschriebenen und trotz staatlicher Lenkungen bestehenden regionalen Unterschiede können als Ausgangsbasis für regional differenzierte Prognosen zur Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen angesetzt werden. Solche Prognoserechnungen gab es bisher nicht, Fortschreibungen sind mithin nicht möglich. Inwieweit die für die regional differenzierte Berechnung angesetzte Bildungswilligkeit (u. a. in Abhängigkeit von der Wirtschafts- und Sozialstruktur) realistisch ist, muß durch empirische Erhebungen und weitere Untersuchungen geprüft werden.

4 Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen

Bis 1992 werden Anzahl und Anteil der Studienberechtigten am Altersjahrgang relativ konstant auf dem Wert von 1990 bleiben. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß erst ab 1990 freiwillig sowohl über den Wechsel von der 8. Klasse der POS in eine 9. Klasse der gymnasialen Vorbereitung (Leistungsklasse) (Studienberechtigte 1994) als auch über den Wechsel von der 10. Klasse der POS in eine 11. Klasse an den EOS (Abiturienten 1992) bzw. zur Berufsausbildung mit Abitur (Abiturienten 1993) im Rahmen vorhandener Kapazitäten entschieden werden konnte. Damit wird erst für 1993 mit einem sprunghaften Anstieg des Studienberechtigten-Anteils gerechnet. Danach wird eine nach Entwicklungsvarianten und Ländern leicht differenzierte Entwicklung gesehen. Diese basiert auf folgenden Annahmen:

- In Berlin (Ost) wird der Anteil der Studienberechtigten trotz des höheren Ausgangsniveaus auch künftig schneller steigen als in den anderen neuen Bundesländern.
- Für die Länder Sachsen und Thüringen mit relativ starker Industrialisierung, relativ dichter städtischer Besiedlung, einem engen Hochschulnetz und angrenzenden hochentwickelten alten Bundesländern (Bayern, Hessen) wird ein höherer Anteil an Studienberechtigten als in den übrigen neuen Bundesländern erwartet.
- Für die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind sowohl einzelne industrielle Ballungsgebiete als auch größere ländliche Regionen und ein weniger dichtes Netz von Hochschulen anzusetzen. Damit wird dort

ein durchschnittlich etwas geringeres Interesse am Erwerb von Studienberechtigungen als in Sachsen und Thüringen in Rechnung gestellt.

Noch stärker ausgeprägt sind die ländlichen Strukturen in Mecklenburg- Vorpommern bei gleichzeitig fünf Hochschulstandorten. Für dieses Bundesland wird auch bei zwar generell steigendem Anteil der Studienberechtigten mit dem insgesamt geringsten Anstiegswert gerechnet.

In Abhängigkeit von der wirtschaftlich-sozialen Situation in den neuen Bundesländern werden dabei folgende grundsätzliche Varianten für denkbar gehalten:

Variante I:

Allmählicher Anstieg des ab 1993 sprunghaft höheren Anteils der Studienberechtigten.

Diese Variante wäre wahrscheinlich, wenn es in den nächsten Jahren gelingt, in den neuen Bundesländern die Wirtschaft zu aktivieren und Jugendliche relativ frei zwischen den Angeboten unterschiedlicher Bildungsträger und Bildungswege entscheiden könnten.

Variante II:

Hoher Anstieg des Anteils der Studienberechtigten Mitte der 90er Jahre, evtl. gefolgt von einer leichten Reduzierung bis etwa zum Jahr 2000 und anschließendem erneuten allmählichen Anstieg.

Diese Variante wäre wahrscheinlich, wenn 1991 und in den Folgejahren aufgrund wirtschaftlicher Regression nicht genügend Lehrstellen (duale Ausbildung) geschaffen werden könnten. Als Ausweich, zur Überbrückung und Verbesserung späterer Ausbildungschancen würde dann vermutlich ein Teil der betroffenen Jugendlichen die gymnasiale Oberstufe wählen. Ein solches Bildungsverhalten deutet sich gegenwärtig an. Bei wirtschaftlicher Stabilisierung und in Erfahrung

auch damit möglicherweise nicht realisierter Berufswünsche wäre anschließend ein leichter Rückgang um die Jahrtausendwende nicht auszuschließen.

Variante III:

Linearer stetiger Anstieg des Anteils der Studienberechtigten auf 36 bis 50 Prozent im Jahre 2010 in Abhängigkeit vom Profil der einzelnen Länder.

Diese Variante lehnt sich an das von der KMK für die alten Bundesländer prognostizierte Bildungsverhalten an, bei dem von einem Anstieg der Studienberechtigten auf durchschnittlich 41 Prozent des Altersjahrgangs ab 2000 ausgegangen wird¹. Sie setzt eine schnellere Anpassung der Lebensverhältnisse und Lebensorientierungen zwischen alten und neuen Bundesländern als in den anderen Varianten voraus.

Unter Bezugnahme auf diese Varianten und gleichzeitiger Differenzierung nach den einzelnen Ländern könnten folgende Entwicklungen eintreten.

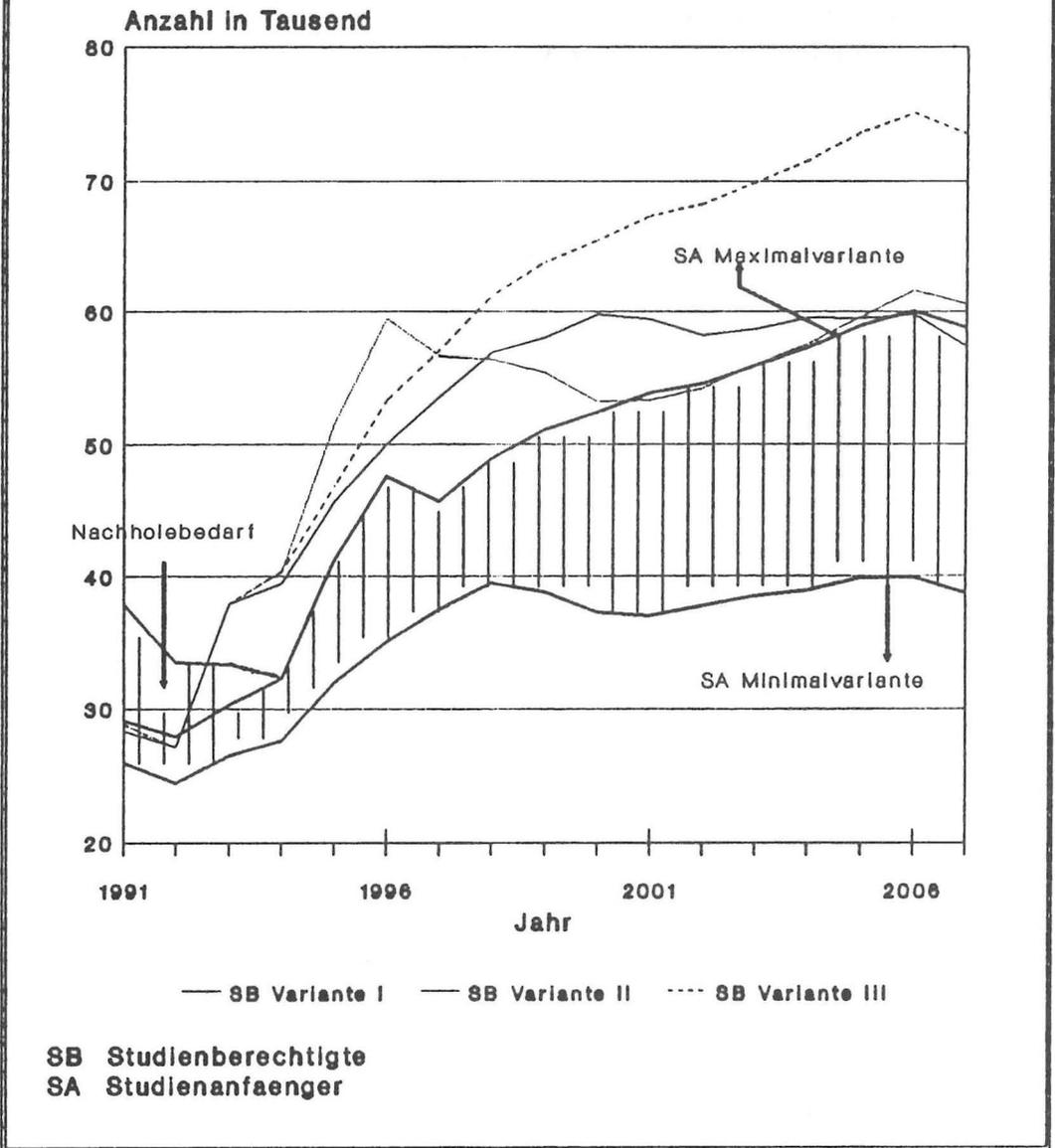
In den Jahren 1991 und 1992 erwerben noch jeweils ca. 16 Prozent des alterstypischen Jahrgangs die Studienberechtigung, d. h. maximal 33.000 Personen. Ab 1993 wird sich dieser Anteil in den neuen Bundesländern deutlich erhöhen; es wird mit über 22 Prozent gerechnet. Das entspricht fast 38.000 Studienberechtigten. Aufgrund der zurückgehenden Jahrgangsstärken sind das aber nur 5.000 mehr als 1990. In den folgenden Jahren steigen voraussichtlich sowohl die Stärken der alterstypischen Jahrgänge als auch dabei der Anteil der Studienberechtigten. Bei einem allmählichen Anstieg dieses Anteils (Variante I) wären zur Jahrtausendwende etwa 60.000 Studienberechtigte (26,5 Prozent) aus diesem Teil Deutschlands zu erwarten (vgl. Abb. 2). Prägt sich aber infolge Lehrstellenmangels der Ansturm auf die gymnasiale Oberstufe schon in den nächsten Jahren aus, müßte bereits 1996 mit dieser Anzahl von 60.000 (Variante II) gerechnet werden. Nicht auszuschließen wäre dabei allerdings ein anschließender leichter Rückgang der Studienberechtigtenzahl für den Fall eines inzwischen eingesetzten Wirtschaftsbooms und damit attraktiven Lehrstellenangebots. Mitte des nächsten Jahrzehnts wären aber auch bei dieser Variante reichlich 60.000 Studienberechtigte eine denkbare, relativ stabile Größe. Diese relative Stabilität der Studienbe-

¹ Vgl. Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010, Hrsg.: KMK, 1991, S. 25.

rechtigtenzahlen zu Beginn des nächsten Jahrhunderts bei steigenden Studienberechtigtenquoten ist dem demographisch bedingten Rückgang der alterstypischen Jahrgangsstärken geschuldet.

Würde ein weiterer Rückgang der alterstypischen Jahrgangsstärken erfolgen, z. B. durch anhaltende Wanderung aus den neuen in die alten Bundesländer, wäre das Wachstum der Studienberechtigten in den neuen Bundesländern geringer. Allerdings bedeutete dies dann einen weiteren Zuwachs in den alten Bundesländern.

Abb.2: Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) bis 2007



Die Anzahl der Studienberechtigten könnte noch schneller steigen, wenn sich die sozialen und die materiellen Lebensverhältnisse bald an die in den alten Bundesländern angleichen würde. Das könnte auch zu einem modifizierten bzw. veränderten Verständnis über die Funktion von Hochschulbildung und Bildung insgesamt führen. Vergleiche zwischen Studienanfängern in den alten und den neuen Bundesländern belegen, daß gegenwärtig diesbezüglich ausgeprägte Unterschiede bestehen. Studienanfänger aus den neuen Bundesländern sehen ihr Studium stärker auf eine anschließende berufliche Tätigkeit gerichtet und weniger auf den Erwerb allgemeiner Bildung als ihre Kommilitonen in den alten Bundesländern¹. Das erklärt u. a. die insgesamt höhere Studierneigung auch für Fächer mit geringerem gesellschaftlichen Bedarf in den alten Bundesländern. Bei einem raschen Angleichen der Lebensverhältnisse und der Wertorientierungen an die alten Bundesländer wären für das Jahr 2000 bereits 65.000 Studienberechtigte (Variante III) anzunehmen. Setzt sich diese Entwicklung fort, kämen um das Jahr 2006 allein aus den neuen Bundesländern 75.000 Studienberechtigte (35 Prozent des Altersjahrgangs).

Im Jahre 2010 wäre dann mit durchschnittlich 40 Prozent etwa die gleiche Relation wie in den alten Bundesländern erreicht (entsprechend der KMK-Prognose).

Dabei werden auch für diesen fernen Zeitpunkt weiterhin Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und innerhalb dieser wiederum nach Regionen gesehen. Die von einzelnen Bildungsplanern vertretene Hypothese, daß regionale Unterschiede in der Bildungsbeteiligung völlig abgebaut und alle Länder ein gleiches, sehr hohes Niveau der Bildungsbeteiligung (z. B. wie Nordrhein-Westfalen) erreichen werden², teilen wir nicht.

So gehen wir davon aus, daß auch bei Variante III, also mit der raschen Angleichung an die Verhältnisse der alten Bundesländer, absolute und relative Unterschiede zwischen den Ländern bestehen werden (siehe dazu Tab. 4).

¹ Vgl.: Lewin, K., Die Studienaufnahme 1990/91 in den alten und neuen Bundesländern - Ein Vergleich, Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, Juni 1991 (HIS Kurzinformation A 5/91), S. 9, Tab. 6.

² Vgl.: Klemm, K. u. a., Bildungsgesamtplan '90 - Ein Rahmen für Reformen, Weinheim; München 1990 (Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung, B. 12), S. 156.

Tabelle 4: Entwicklung der Studienberechtigtenquoten und Studienberechtigtenzahlen in den neuen Bundesländern nach Variante III

Land	1990	1995	2000	2005	2010
Mecklenburg-Vorpommern % ¹⁾	15,5	21	26	31	36
Anzahl	3.960	5.660	7.810	9.030	- ²⁾
Brandenburg %	15,0	23	28	33	38
Anzahl	5.070	7.510	10.720	11.940	-
Sachsen-Anhalt %	15,9	23	28	33	38
Anzahl	6.140	7.730	11.000	12.500	-
Sachsen %	16,1	25	30	35	40
Anzahl	9.670	14.200	19.050	21.000	-
Thüringen %	15,3	25	30	35	40
Anzahl	5.410	8.000	11.180	12.200	-
Berlin (Ost) %	19,4	28	35	40	50
Anzahl	2.730	4.090	6.190	7.340	-
Gesamt %	16,0	23,8	29,0	34,0	39,6
Anzahl	32.980	47.190	65.950	74.010	-

1) Anteil am durchschnittlichen alterstypischen Jahrgang

2) Jahrgangsstärke noch nicht einzuschätzen

Für die Schul- und Hochschulpolitik in den neuen Bundesländern dürfte die Differenzierung nach Ländern noch zu grob sein. Regionale Betrachtungen könnten realistischere Grunddaten über das mögliche Schüler- bzw. Studierendenaufkommen liefern, die vor allem für die Strukturierung des Bildungswesens relevant sind. Auch diesbezüglich kann nur bedingt auf bisherige Daten zurückgegriffen werden, da sie nicht das tatsächliche Bildungsbedürfnis reflektieren. Andererseits sind gerade jetzt die künftigen wirtschaftlichen Entwicklungen einzelner Regionen noch kaum auszumachen. Das gebietet vorsichtigen Umgang mit sämtlichen Vorausschätzungen.

Unter Beachtung dessen wären für das Land Brandenburg, das wir exemplarisch näher betrachten, im Ansatz folgende regionalen Kategorien denkbar.

1. Regionen mit bisher deutlichster überdurchschnittlicher Studienberechtigtenquote (16,0 bis 16,3 Prozent), mit Industrie- und nahegelegenen bestehenden bzw. geplanten Hochschulstandorten und daraus vermutlich resultierenden deutlich überproportional hohen Steigerungen der Studienberechtigtenquoten auf 32 Prozent im Jahre 2010 (Variante II) bzw. 40 Prozent nach Variante III. Zu dieser Kategorie könnten die Regionen West, Ost und Südost gehören.
2. Regionen mit bisher etwa durchschnittlicher Studienberechtigtenquote (14,4 bis 15,5 Prozent), mit nur einzelnen Industriestandorten und vorrangiger Landwirtschaft sowie ohne Hochschulstandorte. Durchschnittliche Steigerungen der Studienberechtigtenquoten auf 25 Prozent im Jahre 2010 (Variante II) bzw. 33 Prozent nach Variante III könnten für diese Regionen gelten; dazu zählen Süd, Nordost und Südwest.
3. Regionen mit bisher geringster Studienberechtigtenquote (unter 14 Prozent), mit vorrangig landwirtschaftlicher Produktion und größeren Entfernungen zu den nächsten Hochschulen. Für diese Regionen, Nordwest und Nord, scheinen Entwicklungen auf Studienberechtigtenquoten von 23 Prozent im Jahre 2010 (Variante II) bzw. 28 Prozent nach Variante III realistisch.

Wie bedeutsam eine regional differenzierte Betrachtung (sofern die richtigen Parameter erfaßt werden) gegenüber einem Ansatz mit gleichen Quoten für alle Regionen sein kann, zeigte sich bei Vergleichen der nach beiden Methoden ermittelten Studienberechtigtenzahlen. Auf detaillierte Angaben hierzu muß in diesem Rahmen aber verzichtet werden.

5 Entwicklung der Studienanfängerzahlen

Auch für die Vorausschätzung der Studienanfängerzahlen lassen sich bisherige Prozesse und Entwicklungen kaum fortschreiben. Das resultiert insbesondere aus den bisherigen Zugangsmechanismen zum Studium und zu den vorgelagerten studienvorbereitenden Bildungswegen. 1990 bewarben sich z.B. über 90 Prozent der Studienberechtigten des Abiturientenjahrgangs für ein Hochschulstudium. Diese enorm hohe Studierwilligkeit, die auch in den Jahren zuvor bestand, erklärt sich aus den Besonderheiten des Zugangs zu den studienberechtigenden Bildungswegen in der früheren DDR. Dazu zählen u. a. die

- quantitativ starke Begrenzung,
- strenge Auswahl nach Leistungen (neben weiteren Zulassungskriterien),
- enge Relation zur Anzahl der vorhandenen Studienplätze (1, 1 ... 1, 3 Studienberechtigte je Studienplatz),
- gezielte Studienorientierung in den studienberechtigenden Bildungswegen,
- fehlende Lehrstellenbereitstellung für Abiturienten sowie das
- Definieren des Abiturs und der entsprechenden Bildungswege ausschließlich als Studiovorbereitung.

Diese Relationen werden sich künftig in differenzierter Weise ändern. In dem Maße, wie sich der Anteil der Studienberechtigten am Altersjahrgang erhöht, könnte der Anteil jener Jugendlichen, die ein Studium beabsichtigen, deutlich zurückgehen und sich damit dem in den alten Bundesländern nähern. In dem Umfang, wie darüber hinaus auch außerhalb akademischer Berufe attraktive Arbeitsplätze entstehen, könnte die Studierneigung speziell in den neuen Bundesländern sinken. Geschieht das jedoch nicht umfassend, ist dagegen mit höherem Studieninteresse zu rechnen.

Für die Prognose der Studienanfänger halten wir eine gewisse Anlehnung an die Prognoserechnung der Kultusministerkonferenz für die alten Bundesländer für sinnvoll. In dieser wird von einer Studienbeteiligung von 70 Prozent, 75 Prozent und 80 Prozent ausgegangen. Dem liegen sowohl Fortschreibungen als auch aktuelle empirische Untersuchungen zur Studierwilligkeit zugrunde. Auch für die Prognose der Studienanfängerzahlen aus den neuen Bundesländern ist es angemessen, die Bandbreite möglicher Entwicklungen aufzuzeigen. Dazu wird die

- Studienanfängerquote von 80 Prozent für die jeweilige Höchstzahl angenommener Studienberechtigter des jeweiligen Jahrgangs,

Studienanfängerquote von 70 Prozent für die jeweilige Mindestzahl angenommener Studienberechtigter des jeweiligen Jahrgangs (jeweils aus dem Vergleich aller drei Varianten der Studienberechtigtenentwicklung ermittelt)

zugrunde gelegt.

Damit ergeben sich eine Maximal- und eine Minimalvariante, die die äußeren Grenzen des möglichen Bandes der Studienanfängerzahlen bilden. Für die Jahre 1991 und 1992 wird jedoch für die Minimalvariante mit 90 Prozent und für die Maximalvariante mit 100 Prozent der Studienberechtigten gerechnet. Das basiert auf der Annahme, daß sich von den bis dahin limitierten Abiturienten ein höherer Anteil für ein Studium bewerben wird als bei nicht limitierten Abiturientenzahlen, mit denen erst in den Folgejahren gerechnet werden kann. Gleichzeitig werden sich in den nächsten Jahren voraussichtlich noch in starkem Maße jene Abiturienten um einen Studienplatz bemühen, die in früheren Jahren nicht zugelassen wurden. Diese Annahme wird gestützt durch die Bewerberzahlen 1990. Von den insgesamt ca. 36.000 Studienbewerbern waren 6.000 sogenannte "Altabiturienten", d. h. Abiturienten früherer Jahrgänge, die aus sehr unterschiedlichen Gründen kein Studium aufnehmen konnten. Dieses vorhandene Potential, der studierwillige "Altabiturientenberg" aus DDR-Zeiten, dürfte damit aber noch nicht abgebaut sein.

Somit könnten auch 1991 bis zu 10.000 Bewerbungen aus früheren Abiturjahrgängen anstehen. Das entspricht bei der Maximalvariante einem Plus von 30 Prozent (bezogen auf den Altersjahrgang). Mit abfallender Tendenz dürften auch 1992 und 1993 noch zusätzlich bis zu 20 Prozent bzw. 10 Prozent ein Studium aufnehmen.

Trotz freier Zugänge zur gymnasialen Oberstufe und an die Hochschulen werden die Studienanfängerzahlen aus den alterstypischen Jahrgängen zunächst leicht rückläufig sein, allein bedingt durch ein demographisches Tief der relevanten Altersjahrgänge. 1992 ist bei 100prozentiger Bewerbung aller Studienberechtigten mit rund 27.000, bei 90prozentiger Bewerbung mit rund 24.500 Studienanfängern zu rechnen. Durch die Bewerbungen aus älteren Jahrgängen könnte es jedoch schon 1991 zu einem Anstieg der Studienanfängerzahlen bis zu 38.000 kommen, eventuell gefolgt von einem Rückgang bis zu 32.000 (siehe Tab. 3).

Nach der **Minimalvariante** wären erst 1995 höhere Studienanfängerzahlen als bisher zu erwarten (rund 32.000). Dem würde eine allmähliche Steigerung auf rund 40.000 (133 Prozent der Anzahl von 1990) bis zum Jahre 2006 folgen.

Die oberste Grenze der Entwicklung der Studienanfängerzahlen wird durch die **Maximalvariante** gekennzeichnet. Auch danach kommt es zunächst zu leicht reduzierten Studienanfängerzahlen (1992 rund 27.000) aus den alterstypischen Jahrgängen, allerdings kompensiert durch Bewerbungen von "Altabiturienten". Für die Folgejahre wäre ein starkes Ansteigen der Studienanfängerzahlen anzunehmen. 1995 können bereits rund 41.000 Studienanfänger, ein Jahr später bereits rund 48.000 erwartet werden.

Nach einem folgenden leichten Anstieg hätte sich im Jahre 2006 die Studienanfängerzahl gegenüber 1990 verdoppelt (rund 60.000).

Im Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern lassen sich sowohl ähnliche Trends, aber auch partielle Abweichungen erkennen. Wird die Minimalvariante angesetzt, sind noch in diesem Jahrzehnt die höchsten Steigerungsraten für Berlin (Ost), aber fast in gleichem Umfang für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zu erwarten. Und das, obwohl für die beiden letztgenannten Bundesländer ein geringerer Anteil Studienberechtigter am alterstypischen Jahrgang als z. B. für andere Länder angesetzt wurde. Am geringsten - im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern - wäre die Entwicklung der Studienanfängerzahlen für Sachsen-Anhalt zu erwarten.

Wird die Maximalvariante in Ansatz gebracht, sind ähnliche Unterschiede zu erkennen. Danach wird Berlin (Ost) einen extremen Anstieg der Studienanfängerzahlen aufweisen. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg fallen aber auch dabei durch Zuwachsraten auf über 200 Prozent auf. Allerdings verläuft die relative Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Sachsen und Thüringen dabei fast auf gleichem Niveau, bedingt durch höhere Studienberechtigtenquoten. Sachsen-Anhalt erreicht auch bei dieser Berechnung nur das niedrigste Niveau unter allen neuen Bundesländern, nämlich maximal 180 Prozent der Studienanfänger von 1990.

Die vorgelegte Vorausschätzung zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern weist, unter Annahme bestimmter äußerer Rahmenbedingungen, auf eine Verdopplung der Studienanfängerzahlen innerhalb der kommenden 15 Jahre.

Dabei muß auch an dieser Stelle auf die regionalen Unterschiede, die sich allein schon aus den regional differenzierten Studienberechtigtenquoten und natürlich -zahlen ergeben, hingewiesen werden. Diese sind insbesondere für den Einzugsbereich einzelner Hochschulstandorte, die Wanderungsströme der Studienanfänger und Überlegungen zur Veränderung des Hochschulnetzes bedeutsam. Gleichzeitig begrenzt aber gerade die bisherige Unsicherheit bezüglich möglicher neuer

Hochschulstandorte, insbesondere für Fachhochschulen, auch die gegenwärtig mögliche Aussagegenauigkeit zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den einzelnen Ländern und Regionen. Schließlich ist aus den alten Bundesländern bekannt, daß die Hochschulneugründungen der 60er/70er Jahre auch einen durchaus gewollten Sog auf die angrenzenden Kreise ausübten.

Die Unsicherheiten der gegenwärtig möglichen Abschätzungen sind insgesamt relativ hoch, insbesondere aufgrund der noch nicht klar erkennbaren wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen sowie des nur unscharf zu kalkulierenden Bildungs- und Wanderungsverhaltens der relevanten Altersjahrgänge. Deshalb sind kurzschrittige Präzisierungen und Aktualisierungen der prognostischen Aussagen unverzichtbar.

Mit noch stärkeren Unsicherheiten behaftet wären zum gegenwärtigen Zeitpunkt Prognosen über die Anzahl der Studierenden, die Anzahl der Absolventen, die Studiendauer, die Frequentierung einzelner Fächergruppen und Hochschulstandorte. Deshalb sollte vorerst auf entsprechende Berechnungen verzichtet werden. Mit den beabsichtigten Präzisierungen der Studienanfängerprognose sind auch dazu künftig beginnende Prognoserechnungen vorgesehen. Das setzt jedoch Analysen studentischer Motivationen und Verhaltensweisen unter konkreten Studienbedingungen voraus.

Literaturverzeichnis

Adler, H.; Lischka, I., Erste Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger aus den neuen Bundesländern bis 2010/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1991 (Projektberichte 2/1991).

Adler, H.; Lischka, I., Hochschulzugang im Raum Berlin/Brandenburg /Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin-Karlshorst, Mai 1991.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforshung GmbH an der Universität Hannover, Hannover 1990, Information 13.

Klemm, K. u.a., Bildungsgesamtplan '90 - Ein Rahmen für Reformen, Weinheim; München 1990, (Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung, B. 12).

Lewin, K., Die Studienaufnahme 1990/91 in den alten und neuen Bundesländern - Ein Vergleich / Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, Juni 1991 (HIS Kurzinformation A 5/91).

Prognose der Studienanfänger, Studentèn und Hochschulabsolventen bis 2010. Hrsg.: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Januar 1991 (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 116).

Studenten an Hochschulen, Sommersemester 1989. In: Bildung und Kultus, Fachserie 11, Reihe 4.1. Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Dezember 1990.

Anschrift der Verfasser:

Dr. Henri Adler
Dr. Irene Lischka
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst

Studienberatung im Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung

Gudrun Aulerich
Karin Döbbeling

Im Rahmen der Projektgruppe Hochschulforschung wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema "Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte" gebildet. Die im Zuge des Umgestaltungsprozesses an ostdeutschen Hochschulen entstehenden Probleme im Bereich der Studienberatung und Studentenbetreuung sind so vielschichtig, komplex und zeitlich drängend, daß eine wissenschaftliche Bearbeitung und Begleitung sinnvoll erscheint. Die gegenwärtigen Tätigkeitsschwerpunkte bestehen in einer Situationsanalyse zur Entwicklung der Studienberatung in den neuen Ländern, der Untersuchung des spezifischen Informations-, Beratungs- und Betreuungsbedarfs junger Studieninteressenten und Studierender aus der ehemaligen DDR und in der Unterstützung des Aufbaus eines funktionierenden Beratungssystems im Beitrittsgebiet.

1 Zu Entwicklung und Aufgaben der Studienberatung

Studienberatung, so wie sie in den alten Bundesländern eingeführt ist und verstanden wird, gab es an den Hochschulen der ehemaligen DDR nicht. Bedingt durch die konträren gesellschaftlichen Systeme verlief in beiden deutschen Staaten auch die Entwicklung des Hochschulwesens, trotz gemeinsamer Traditionen und gleicher Ausgangslage nach dem 2. Weltkrieg, sehr unterschiedlich, wobei in Teilbereichen auch Ähnlichkeiten vorhanden waren. Das jeweilige gesellschaftliche System bestimmte dabei die Aufgaben der Hochschulen, was zu unterschiedlichen Zielsetzungen des Studiums führte.

Ein Vergleich der Zielsetzungen des Studiums zeigt u. a. zwei wesentliche Unterschiede:

In der ehemaligen DDR versuchte man erstens, den Studierenden eine sozialistische weltanschauliche Haltung anzuerziehen, und zweitens eine entsprechend dem prognostizierten Bedarf der Gesellschaft festgelegte Anzahl an Hochschulabsolventen auszubilden. Von den Hochschulen wurde also die Durchsetzung einer sozialistischen Kaderpolitik bei der Zulassung zum Studium, während des Studiums und bei der Absolventenlenkung verlangt. Die Folgen waren praktisch eine Zulassungsbeschränkung für fast alle Studiengänge in der ehemaligen DDR und wesentlich geringere Studentenzahlen an den Universitäten und Hochschulen.

Die westdeutschen Hochschulen hatten sich im Gegensatz dazu mit den Folgen eines weitgehend freien Zugangs zum Studium auseinanderzusetzen wie

- Überfüllung der Hochschulen,
- Verschärfung der Krisenfaktoren bei Studenten durch zunehmende Anonymität,
- Anstieg der Unsicherheiten im Hinblick auf die berufliche Verwertbarkeit von Ausbildungsgängen,
- überlange individuelle Studienzeiten.

Auf diese unterschiedlichen Situationen reagierten die Hochschulen jeweils mit der Schaffung verschiedenartiger Struktureinheiten.

In der Bundesrepublik wurden in den 70er Jahren an einigen Hochschulen Studienberatungsstellen eingerichtet.

Für die Klientel der Studieninteressenten und Studierenden bieten heute unterschiedliche Institutionen Beratung an:

- die Beratungsstellen für Abiturienten und Hochschulabsolventen der Arbeitsämter,
- die regionalen Beratungsstellen des Deutschen Studentenwerkes und
- die Allgemeinen und die Studienfachberatungen der Hochschulen.

Die Schwerpunkte der jeweiligen Beratungsangebote werden dabei durchaus unterschiedlich gesehen, bei einzelnen Aufgabenfeldern kommt es aber naturgemäß zu Überschneidungen.

Studienberatung als integraler Bestandteil westlicher Hochschuleinrichtungen ist im Hochschulrahmengesetz und in den einzelnen Ländergesetzen fixiert. Studienfachberatung wird von Hochschullehrern schon so lange praktiziert, wie es universitäre Bildungseinrichtungen gibt. Die allgemeine Studienberatung ist dagegen eine relativ neue Aufgabe der Hochschulen, welche von hauptamtlichen Studienberatern wahrgenommen wird.

Als Aufgaben der Studienberatung werden im § 14 HRG, i.d.F. vom 15. Dez. 1990 genannt: "Die Hochschule unterrichtet Studenten und Studienbewerber über Studienmöglichkeiten und über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums; sie unterstützt die Studenten in ihrem Studium durch eine studienbegleitende fachliche Beratung. Die Hochschule soll bei der Studienberatung insbesondere mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammenwirken."

An den Hochschulen der ehemaligen DDR gab es die Institution "Direktorat für Studienangelegenheiten", deren Mitarbeiter vor allem Aufgaben wie

- Vorbereitung und Durchführung der Zulassung von Studierenden,
- die Studienorganisation,
- die Organisation der Studentenbetreuung und die Stipendiengewährung,
- die Absolventenvermittlung

zu erfüllen hatten. Studienberatung fand dabei in dem Sinne statt, daß eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen individuellen Wünschen und vorgegebenen gesellschaftlichen Erfordernissen erreicht werden mußte.

Damit wird deutlich, daß Studienberatung - wie immer sie auch verstanden wird - bestimmte Aufgaben in Abhängigkeit von hochschul- und bildungspoli-

tischen Entwicklungen erhält. Dieser Blick in die junge Geschichte der Studienberatung zeigt, daß Studienberatung wohl immer im Konfliktfeld zwischen einer auf das Individuum gerichteten Beratung und der am gesellschaftlichen Bedarf orientierten effizienten Gestaltung des Studiums steht.

Gegenwärtig führt der soziale Umgestaltungsprozeß im Osten Deutschlands zu massiven Veränderungen im Hochschul-, Bildungs- und Beschäftigungssystem. Die Ausrichtung des ostdeutschen Hochschulwesens auf das westliche Hochschulsystem beinhaltet Veränderungen der Hochschullandschaft insgesamt, des Typs einzelner Hochschulen und der Zugangsbedingungen. Eine Folge dieser Veränderungen bestand in einem sprunghaften Anstieg des Informations- und Beratungsbedarfes bei Studieninteressenten, Studenten und jungen Akademikern aus der ehemaligen DDR. Dies übte einen enormen Druck auf die Beschleunigung des Konstituierungsprozesses von Studienberatung aus. Somit ist auch die inhaltliche und organisatorische Gestaltung von Studienberatung und Studentbetreuung an Hochschulen der neuen Bundesländer betroffen. Zunächst wurden Mitarbeiter der Direkorate für Studienangelegenheiten mit Aufgaben der Studienberatung betraut. Dabei zeigte sich sehr schnell, daß Universitätspersonal, welches gleichzeitig mit verschiedenen verwaltungstechnischen Aufgaben befaßt ist, mit Beratungstätigkeit häufig überfordert war auch und Loyalitätskonflikte entstanden. Eine formale und personelle Trennung dieser Aufgabengebiete erwies sich damit als unbedingt erforderlich. Im März 1990 wurde an ostdeutschen Hochschulen mit der formalen Installierung von Studienberatungsstellen, ihrer personellen Besetzung, der Zuweisung von Räumen und Sachmitteln begonnen. Die Realisierung dieser Aufgabentrennung geht in Abhängigkeit von der Durchführung der Verwaltungsreform an den einzelnen Hochschulen unterschiedlich voran. In der darauf folgenden Phase müßte die inhaltliche Gestaltung der Aufgaben von Studienberatung im Vordergrund stehen.

Aus der Sicht von Studienberatern wurde in Experteninterviews deutlich, daß bei der inhaltlichen Gestaltung von Studienberatung an einige bedenkenswerte Erfahrungen angeknüpft werden könnte und sollte.

Erhaltenswerte Erfahrungen gibt es dabei mindestens auf drei Gebieten:

1. Studienvorbereitung

Hierzu gehört die enge Zusammenarbeit der Hochschule mit studienvorbereitenden Einrichtungen und mit der Arbeitswelt. Beizubehalten wären auch künftig gemeinsame Veranstaltungen mit Schülern, Lehrern und Eltern durch die Hochschulen und Betriebe zur Information über Berufe für Hochschulabsolventen.

2. Betreuung während des Studiums

Hier sei besonders auf die guten Erfahrungen mit studentischen Arbeitsgruppen und ihrer Betreuung durch Hochschullehrer verwiesen.

3. Berufsorientierung

Erhaltenswert wären hier die Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen und Praxisbereichen, die Verbindungen zu künftigen Tätigkeitsfeldern für Absolventen anbahnen helfen.

Der Weg der Etablierung von Studienberatung ist mit einer Vielzahl von Problemen gepflastert. Aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes dieser Schwierigkeiten, wie z. B.

- fehlender Finanzmittel,
- mangelhafter materiell-technischer Ausgestaltung der Studienberatungsstellen,
- nicht ausreichender Personalbesetzung und
- der bestehenden Unklarheiten zum Anforderungs- und Qualifikationsprofil des Studienberaters,

könnte der Eindruck entstehen, daß es sich dabei um die gleichen "Kinderkrankheiten" wie in der Anfangsphase der Studienberatung in den alten Ländern vor 20 Jahren handelt.

Die Spezifik der Probleme bei der Entwicklung Zentraler Studienberatungsstellen im östlichen Teil Deutschlands erwächst aber aus der Einmaligkeit der Angleichung zweier Hochschulsysteme, die vor einem sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergrund gewachsen sind.

2 Zur Situation der Studienberatung an Berliner Hochschulen

Berlin kann als ein Brennpunkt hochschulpolitischen Geschehens betrachtet werden. Hier erfolgt in einer Stadt in kürzester Frist die Angleichung dieser

beiden verschiedenen Hochschulsysteme. Grundlage dafür ist ein Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz. Der Berliner Senat ist bemüht, unter Einbeziehung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der zuständigen Strukturkommissionen, eine Profilierung der Berliner Hochschullandschaft zu fördern. An den einzelnen Hochschulen ist die Situation damit gegenwärtig sehr differenziert. Die in den alten Bundesländern gängigen Typen von Hochschulen sollen sich im Zuge der Angleichung der beiden deutschen Hochschulsysteme auch bei der Umgestaltung der Ost-Berliner Bildungseinrichtungen etablieren.

Ihren Traditionen folgend wird die Humboldt-Universität eine wissenschaftliche Hochschule bleiben. Verbindliche Entscheidungen stehen im Hinblick auf das endgültige Spektrum der Fachbereiche noch aus. Diese Festlegungen werden auch im Zusammenhang mit der geschichtlichen Rolle der "Schwesteruniversität", also der Freien Universität in West-Berlin, und der Abwicklung bzw. Neugründung einzelner belasteter Fachbereiche getroffen werden.

Eine Fachhochschule, als ein in den neuen Ländern bisher nicht eingeführter Hochschultyp, wird in Berlin-Lichtenberg gegründet. Die ehemalige Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg wird unter Einbeziehung weiterer Ingenieur- und Fachschulen in die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft umgewandelt. Zum Typ der Kunst- und Musikhochschulen zählen in Ost-Berlin die Hochschule für Schauspielkunst, die Hochschule für Musik und die Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

Sowohl die Umgestaltung des Hochschulwesens insgesamt als auch die Veränderungen an den einzelnen Hochschulen führten bei Studieninteressenten und Studierenden zu einem enormen Anstieg des Bedarfs an Information und Beratung. Die Mitarbeiter der neu geschaffenen Studienberatungsstellen bzw. der mit Studienberatung betrauten Institutionen versuchen, diesem Bedarf zu entsprechen.

Im folgenden wird über eine von den Autorinnen durchgeführte Analyse des Entwicklungsstandes der Allgemeinen Studienberatungsstellen, ihrer Frequentierung durch Ratsuchende und deren Beratungsanliegen berichtet; sie soll die Vielzahl von schwerwiegenden Problemen deutlich machen, vor denen Studienberatung in den neuen Ländern steht. Als Untersuchungsmethoden wurden eingesetzt:

- Experteninterviews,
- eine Fragebogenerhebung an Studienberatungsstellen und
- die Analyse von Beratungsstatistiken.

2.1 Zur quantitativen und qualitativen Entwicklung des Nachfrageverhaltens

Vor der Wende stellten Schüler mit oder ohne ihre Eltern das Gros derer, die das Direktorat für Studienangelegenheiten frequentierten und sich dann im wesentlichen auch nur während der Zeit der Einreichung der Bewerbungsunterlagen beraten ließen. Die Klientel der Ratsuchenden hat sich seitdem weit gefächert, permanent wird Beratung gesucht - wobei natürlich die bekannten Spitzenzeiten vor Semesterbeginn weiterhin, aber auf höherem Niveau - bestehen und sich auch politische Entscheidungen (z.B. Abwicklung der Hochschule oder einzelner Fachbereiche, Anerkennung von Abschlüssen) am Ansturm der Nachfragenden ablesen lassen.

Von Ratsuchenden aus der ehemaligen DDR wurde die Kompetenz für Studienberatung zunächst bei westlichen Studienberatungsstellen vermutet, was zu einer Vervielfachung der Zahl Anfragender an den Universitäten West-Berlins führte. Mit zunehmender Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der Studienberatungsstellen an Ost-Berliner Hochschulen ist diese Tendenz rückläufig.

Die drei Universitäten Berlins

In unsere Betrachtung beziehen wir vorrangig die drei Universitäten Berlins und die Fachhochschule Berlin-Lichtenberg ein. Die Studienberatung an Kunst- und Musikhochschulen weist Spezifika auf, die aus den Besonderheiten künstlerischer Studiengänge und aus der Größe dieser Hochschulen erwachsen. An dieser Stelle wird deshalb auf eine umfassende Darstellung der Situation an diesen Hochschulen verzichtet und nur auf einige wichtige Aspekte hingewiesen.

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die quantitative Entwicklung des Nachfrageverhaltens und die Inanspruchnahme verschiedener Beratungsformen an den drei Universitäten Berlins (siehe Tabellen 1 - 3, zusammengestellt aus den Beratungsstatistiken der Universitäten).

Tabelle 1: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Humboldt-Universität

Monat	persönl.mdl. Auskünfte/ Einzelbera- tung	telefonische Beratung	schriftliche Beratung
1980			
September	530	90	70
Oktober	741	75	80
November	504	70	50
Dezember	400	50	50
1991			
Januar	570	70	60
Februar	786	80	90
März	848	110	75

Tabelle 2: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Freien Universität

Monat	persönl./ mündliche Auskünfte	Einzel- beratung	telefoni- sche Beratung	schrift- liche Beratung
1990				
September	1.334	1.326	442	232
Oktober	1.529	1.499	419	548
November	1.166	1.165	286	613
Dezember	1.005	952	309	436
1991				
Januar	1.609	1.059	o.A.	792
Februar	994	1.012	377	667
März	1.222	620	o.A.	555

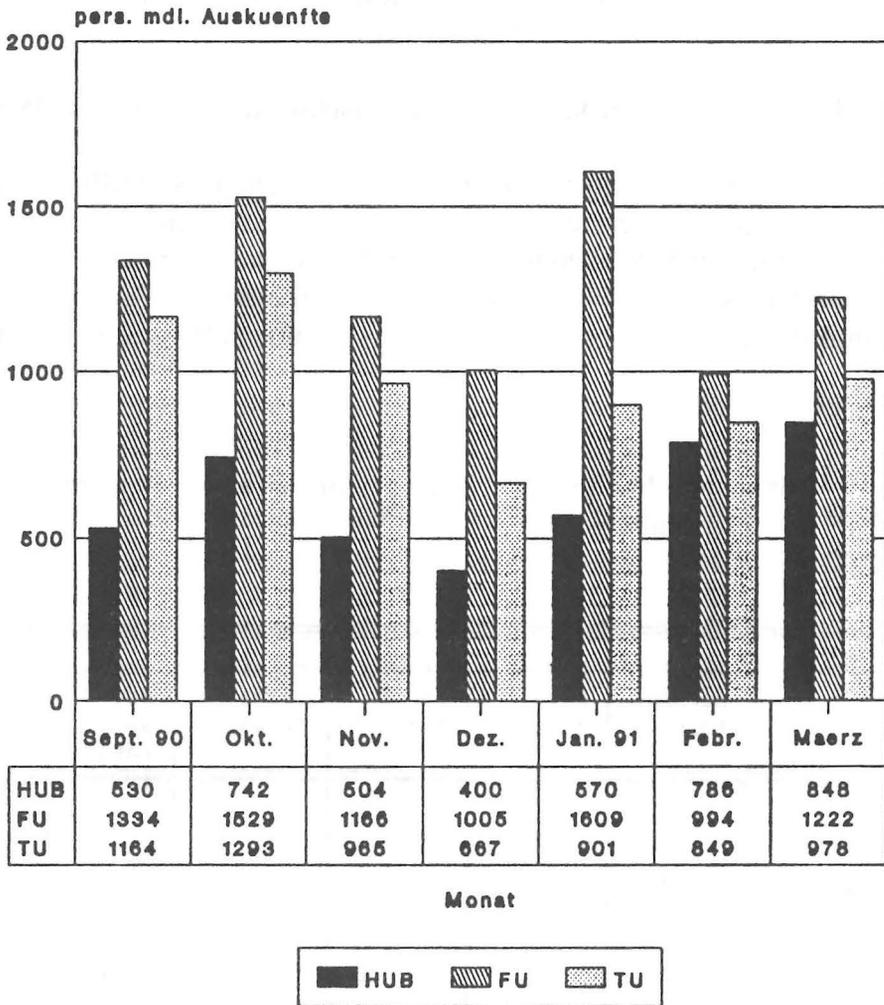
Tabelle 3: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Technischen Universität

Monat	persönl./ mündliche Auskünfte	Einzel- beratung	telefoni- sche Beratung	schrift- liche Beratung
1990				
September	1.164	243	413	248
Oktober	1.293	441	410	329
November	965	338	239	355
Dezember	667	257	153	213
1991				
Januar	901	372	325	466
Februar	849	291	292	447
März	978	256	293	394

Ein Vergleich der in den Tabellen 1 bis 3 aufgeführten Beratungsformen weist aus, daß an den beiden West-Berliner Universitäten eine Clearingstelle (Tab. 2 und 3, erste Spalte) den Strom der Ratsuchenden filtert. Die Folge ist eine Entlastung der Studienberater und -beraterinnen von reinen Informationsfragen und der Ausgabe von Materialien, z. B. Bewerbungsunterlagen. An der Humboldt-Universität existiert eine derartige Schaltstelle noch nicht, so daß sich die Flut der Ratsuchenden direkt über die Berater ergießt, was Einschränkungen der Qualität der persönlichen Einzelberatungen zur Folge haben muß. Die zwangsläufige Realisierung von ca. 40 bis 60 Einzelgesprächen pro Berater und Tag zu Hochzeiten der Nachfrage scheint mit einem personenzentrierten Beratungskonzept kaum vereinbar zu sein.

Abbildung 1

Frequenzierung der Beratungsstellen Berliner Universitaeten



Die Zahl der Ratsuchenden steht in Beziehung zur Größe der Universität, d. h. der Anzahl der immatrikulierten Studierenden und dem Spektrum der angebotenen Fachbereiche. Abbildung 1 macht deutlich, daß sich das Auf und Ab der Schwankungen im Nachfrageverhalten in Abhängigkeit vom Bewerbungsmodus und dem Semesterrhythmus bewegt. Spitzenzeiten der Frequentierung, im Erhebungszeitraum September 1990 bis März 1991, lagen an allen drei universitären Studienberatungsstellen zu Semesterbeginn (Oktober, März) und am Ende des Bewerbungszeitraumes für zulassungsbeschränkte Fächer (Januar).

Ingenieurhochschule Berlin, künftig Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

Die allgemeine Studienberatung an der Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg wird durch eine Studienberaterin realisiert. Mit Initiative und Engagement entwickelt sich an dieser Hochschule eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Studienfachberatern, was sich in einer Vielzahl gemeinsamer Informationsveranstaltungen und der abgestimmten Erarbeitung von Informationsmaterialien widerspiegelt.

Tabelle 4: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Ingenieurhochschule Lichtenberg*

Monat	mündl./ persön. Ausk.	Einzel- bera- tung	telef. Bera- tung	schrift- liche Beratg.	Grup- pen Be- ratg.	Inform. Veran- staltg.
1991						
Februar	120	60	ca.300	40	5	-
März	127	60	ca.350	60	3	-
April	-		ca. 60	82	6	12

* Weitere statistische Angaben lagen bis zum Redaktionsschluß nicht vor.

2.2 Der Status der Ratsuchenden

Studieninteressenten stellen an Universitäten und der Ingenieurhochschule mit ca. 70 Prozent die größte Gruppe der Ratsuchenden dar. Im Unterschied dazu wenden sich an die Beratung an den künstlerischen Hochschulen überwiegend Studierende (80 Prozent an der Kunsthochschule Weißensee). Die Besonderheit der Schauspielschule besteht darin, daß mehr als die Hälfte ihrer Klientel Berufstätige und Arbeitslose sind (54 Prozent). Ursache für diese Unterschiede bestehen in den verschiedenen Zugangsbedingungen und der spezifischen Lebens- und Berufswegplanung bei künstlerisch Begabten.

2.3 Die regionale Herkunft der Anfragenden

Die hier vorliegenden Daten bestätigen die auch aus den alten Ländern bekannte Tendenz, daß viele junge Leute am Heimatort studieren wollen. So kamen 40 Prozent der an der Humboldt-Universität und 35 Prozent der an der Ingenieurhochschule Ratsuchenden aus Berlin.

Dieser Trend könnte sich mit der prekärer werdenden ökonomischen Situation in den neuen Ländern noch stärker ausprägen.

Aus den alten Ländern wurden an die Kunsthochschule 45 Prozent und an die Schauspielschule 35 Prozent der Anfragen im Erhebungszeitraum gerichtet, was für die Reputation der Hochschule und ihrer Lehrer sowie für die Einmaligkeit einiger Ausbildungsgänge spricht. Von besonderer Attraktivität ist dabei die günstige Betreuungsrelation zwischen Hochschullehrern und Studierenden. Ein großes Interesse an Studiengängen der Musikhochschule bekunden auch relativ viele junge Menschen aus dem fernöstlichen Raum. Diese Entwicklung wird wohl schneller als andernorts eine paritätische Durchmischung der Studentenschaft an künstlerischen Hochschulen bewirken.

2.4 Die Beratungsanliegen

Die Analyse der Beratungsanliegen dokumentiert die Informationsdefizite, die es in der ehemaligen DDR gibt. So wurde in den meisten Beratungsgesprächen an Berliner Hochschulen nach Bewerbungs- und Zulassungsmodalitäten, dem Studienaufbau, -plan und -inhalt, der Hochschulzugangsberechtigung und den Möglichkeiten zur Realisierung eines konkreten Studienwunsches gefragt.

Ein Unterschied zwischen den Ost-Berliner Hochschulen und der Technischen Universität bestand darin, daß sich junge Menschen aus den neuen Ländern viel häufiger nach der beruflichen Verwertbarkeit des Studiums erkundigten. In diesem Kontext wird auch die Frage nach dem jeweilig zu erwerbenden Studienabschluß gestellt. Besonders große Unsicherheiten bestanden in diesem Punkt an der Schauspielschule und der Ingenieurhochschule Lichtenberg.

Die Frage nach der Perspektive der Kunsthochschule Berlin-Weißensee verunsicherte viele Studierende und Studieninteressenten und veranlaßte sie zu einer diesbezüglichen Nachfrage in der Studienberatungsstelle.

Studierende an künstlerischen Hochschulen bewegten auch insbesondere Fragen zur Studienfinanzierung und zu Wohnungsangelegenheiten, was sicherlich im Zusammenhang mit den oft hohen Nebenkosten einer künstlerischen Ausbildung und der regionalen Herkunft (großer Teil Nicht-Berliner) zu sehen ist. Letzteres scheint auch bei der Ingenieurhochschule Lichtenberg eine größere Rolle zu spielen.

Besonderes Interesse an einem Auslandsstudium bekundeten ein Viertel der Nachfragenden an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, was wohl den Besonderheiten künstlerischer Ausbildungswege geschuldet ist.

Fragen zu Aufbau-, Ergänzungs- und Zweitstudiengängen wurden gehäuft an die Ingenieurhochschule Lichtenberg und die Kunsthochschule Weißensee aus unterschiedlichen Gründen herangetragen. An der Ingenieurhochschule bildete die Nachgraduierung von Fachschulabsolventen und an der Kunsthochschule die Öffnung von Studiengängen vermutlich den Hintergrund von Fragen.

2.5 Zur Institutionalisierung der Studienberatung

Die im Frühjahr 1990 an den meisten Berliner Hochschulen begonnene formale Institutionalisierung der Allgemeinen Studienberatung und das Bewußtwerden der Notwendigkeit von Studienberatung bei den Leitungsgremien der Hochschulen führten zu organisatorischen, personellen und räumlichen Konsequenzen. Vor allem an den großen Bildungseinrichtungen (Humboldt-Universität, Ingenieurhochschule) zeigten sich Veränderungen (Trennung von Beratungs- und Verwaltungsaufgaben, Umzug in andere Räumlichkeiten).

Obwohl keine der Ost-Berliner Studienberatungsstellen einen Clearing-Bereich hat und nur die Humboldt-Universität (dank eines gemeinsamen Projektes mit der Freien Universität, das vom BMBW gefördert wurde) über eine PC-Ausstattung verfügt, kann doch insgesamt eine deutliche Verbesserung der Beratungsbedingungen konstatiert werden. Grundvoraussetzungen für eine Studienbe-

ratung nach westdeutschen Strukturen sind geschaffen worden. So werden jetzt hauptamtlich tätige Studienberater auf Vollzeitstellen für Beratungstätigkeiten eingesetzt. Basisinformationsmaterialien sind erarbeitet worden, und eine Zusammenarbeit mit den Studienfachberatern wird aufgebaut.

2.6 Zu speziellen Problemen

Alle Studienberater sehen sich aber auch vor massive Schwierigkeiten gestellt, die die Beratungssituation schwer beeinträchtigen. Hauptproblem sind die immer noch fehlenden eindeutigen hochschulpolitischen Entscheidungen zur Gestaltung der Berliner Hochschullandschaft. Daraus resultieren Unklarheiten bezüglich des Profils der einzelnen Universitäten und Hochschulen, der Gestaltung von Fachbereichen und Studiengängen und der Besetzung der Hochschullehrer- und Mitarbeiterstellen. Die Brisanz der Situation in der Gegenwart wie auch in der näheren Zukunft resultiert aus den objektiv fehlenden Informationen, dem emotionalen Problemdruck und dem enormen Nachfrageansturm, was einen chronischen Dauerstreß bei Studienberatern zur Folge hat. Die bestehenden Unklarheiten werden besonders in Einzelgesprächen artikuliert, Antworten auf Fragen gemeinsam gesucht. Und dies alles vor dem Hintergrund widersprüchlicher Informationen und binnen kürzester Zeit. Was ist verlässlich, was kann an Verlässlichem vermittelt werden? Diese Fragen werden von beiden Seiten aufgeworfen und bleiben allzu häufig offen.

Studienberatung kann nicht hochschulpolitischen Handlungsbedarf ersetzen, der kurzfristig erforderlich ist und inhaltlich die Probleme der Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Ländern berücksichtigen muß. Studienberatung kann und sollte aber eine Hilfe zur Findung individueller Bewältigungsstrategien sein. Gerade in dieser Zeit der Umgestaltung wäre eine psychologische Beratung in der Studienberatung, wie sie in den alten Ländern selbstverständlicher Bestandteil dieser Einrichtung ist, dringend erforderlich. Leider sind an Ost-Berliner Hochschulen die dazu notwendigen Voraussetzungen noch nicht geschaffen worden. Eine Beruhigung der Lage an den Hochschulen ist auch in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Als Informations- und Kommunikationsmittler zwischen Studierenden und Studiensystem kommen der Studienberatung und Studentenbetreuung wesentliche Funktionen zu. Im Prozeß der Umgestaltung von Hochschule und Hochschulsystem sind Information und Kommunikation für das Gelingen des Umgestaltungsprozesses selbst unverzichtbar.

3 Studieninteressenten und Studierende im Umgestaltungsprozeß - zwei Problemstudien -

Die Studienberatungsstellen in Ost und West versuchen, auf den enormen Informations- und Beratungsbedarf von Studieninteressenten und Studierenden aus den neuen Ländern angemessen zu reagieren. Spezifische Informations- und Beratungsangebote setzen aber eine genaue Kenntnis der Problemlage und der psychischen Befindlichkeit der Klientel voraus, will man nicht an der Bewußtseinslage der Anfragenden völlig vorbeigehen. Im folgenden sollen zwei Problemstudien vorgestellt werden, die die spezifischen Probleme und die psychische Befindlichkeit von Studieninteressenten und Studierenden aus dem Osten Deutschlands zu erfassen versuchen. Dazu wurden zwei Teilpopulationen: "Briefschreiber" und Erstsemesterstudenten mit unterschiedlichen methodischen Instrumentarien untersucht.

3.1 Briefanalyse

Eine Briefanalyse bezog insgesamt 424 schriftliche Anfragen ein, die junge Menschen aus der ehemaligen DDR vom Winter 1989 bis Sommer 1990 an die Allgemeinen Studienberatungsstellen der Technischen Universität (245 Briefe) und der Freien Universität (179 Briefe) in West-Berlin schickten. Die Durchsicht dieser Briefe erfolgte nach einem Raster, das soziodemographische und bildungssoziologische Merkmale erfaßte.

Die sich aus der Öffnung der innerdeutschen Grenze für alle DDR-Bürger ergebende Möglichkeit, ihre schriftlichen Anfragen direkt an die jeweilige westdeutsche Institution zu senden, wurde im Fall der Allgemeinen Studienberatungsstellen der Technischen Universität und der Freien Universität in West-Berlin nicht sofort und massenhaft genutzt. Nach einer sachten Anlaufphase im November und Dezember 1989 wuchs die Anzahl der Briefe kontinuierlich und erreichte ihren Höchststand im März 1990. Zu diesem Zeitpunkt im Jahresablauf erfolgte nach DDR-Bewerbungsmodus die Beantragung der Zulassung zum Studium. In den folgenden Monaten (bis September bei der Technischen Universität und bis Juni bei der Freien Universität) nahmen die schriftlichen Anfragen wieder ab. Insgesamt bedeutete diese Entwicklung für die Studienberatungsstellen eine Zunahme des Informations- und Beratungsumfanges.

Mit ihren Briefen wandten sich vorrangig Studieninteressenten (zu 70 Prozent) im Alter von 18 bis 20 Jahren an die Beratungsstellen. Gerade Einsteiger in

diesen neuen Lebensabschnitt wollten bei ihrer Entscheidung auch die Angebote und Möglichkeiten der West-Berliner Universitäten und des westdeutschen Hochschulsystems ins Kalkül ziehen. Mehr als die Hälfte der Anfragen stellten junge Männer. Die Briefe wurden abgeschickt aus Berlin, den angrenzenden Bezirken und aus größeren Städten der DDR.

Die meisten Anfragenden/Studieninteressenten wollten allgemeine Informationen über die Studienmöglichkeiten, die Bewerbungs- und Zulassungsverfahren, den Studieninhalt, -plan und -aufbau. Damit wird das Fehlen grundlegender Informationen zum westlichen Hochschulwesen und zur jeweiligen Universität deutlich. Informationsdefizite werden auch auf dem Gebiet der BAföG-Regelungen und der Anerkennung von Abschlüssen (Abitur, Studium) erkennbar. Diese Informationsfragen hängen oft mit einem Beratungsbedarf bezüglich des Lebens- und Berufsweges zusammen. Viele Briefe sind in einem sehr persönlichen Stil gehalten und schildern individuelle Schicksale. Ihre Beantwortung durch die Mitarbeiter der Beratungsstellen erforderte ein genaues Eingehen auf differenzierte Sachverhalte. Den West-Berliner Studienberatern waren gerade in der Anfangszeit des gegenseitigen Kennenlernens von Ost- und Westdeutschen die DDR-typischen Lebensstationen noch relativ unbekannt. Damit trugen diese Briefe zur Erweiterung des Wissens über das Bildungssystem und die Lebensweise in der früheren DDR bei.

Bei den insgesamt 424 in die Analyse einbezogenen Briefen beziehen sich ein Fünftel der Anfragen auf das Ingenieurwesen. Häufig interessierende Fachbereiche sind auch die Wirtschaftswissenschaften, die Geisteswissenschaften und die Medizin.

Mehr als die Hälfte aller Anfragenden hatte einen feststehenden Studienwunsch, bei einem Drittel war eine allgemeine Orientierung vorhanden, und ca. 10 Prozent hatten noch keine festen Vorstellungen.

Die Analyse der Briefe, die in den ersten Monaten nach der Grenzöffnung an die Studienberatungsstellen der West-Berliner Universitäten geschickt wurden, lassen Tendenzen hinsichtlich der soziodemographischen Struktur der Anfragenden und ihres Beratungsbedarfs erkennen. Eine Fortsetzung dieser Briefanalyse wäre wünschenswert und könnte darüber weitere Aufschlüsse geben.

3.2 Erstsemesterbefragung

Im Rahmen eines von der Kommission für Lehre und Studium (LSK) geförderten Projekts "Studentische Hilfskräfte in der Studienfachberatung für DDR-Pendler" konnte eine schriftliche Befragung von Erstsemesterstudenten aus Ost und West an der Freien Universität Berlin im Wintersemester 1990/91 an fünf Fachbereichen durchgeführt werden.

Ein Studium im Westen Deutschlands wird oft aus ökonomischen Gründen als nicht realisierbar angesehen. Für Ost- und Randberliner ist ein sogenanntes "Bildungspendeln" möglich, von dem aber nicht im erwarteten Maße Gebrauch gemacht wird. An den fünf Fachbereichen der Freien Universität immatrikulierten sich 249 Studierende aus den neuen Ländern, das sind 9,7 Prozent der Neumatrikulierten; 17 Prozent von ihnen beteiligten sich an unserer Befragung; zum Vergleich wurden auch Studierende aus den alten Bundesländern in die Untersuchung einbezogen.

Als ausschlaggebend für die Entscheidung, an einer westlichen Universität zu studieren, gaben die Befragten bessere Berufsaussichten (80 Prozent) und die Langwierigkeit der Reformen an östlichen Hochschulen (77 Prozent) an. 70 Prozent sind neugierig auf ein Studium im Westen.

Die Entscheidung, an einer westlichen Universität zu studieren, ist den jungen Menschen aus den neuen Ländern teilweise nicht leichtgefallen. Dies belegen die 23 Prozent der Erstsemesterstudenten, die lieber im Osten studiert und weitere 14 Prozent, die unter gewissen Voraussetzungen ein Studium im Osten versucht hätten. Als wesentlicher Unterschied zwischen Ost- und West-Universität wird das Wort "Freiheit" genannt, die erfahren wird in Verbindung mit einem hohen Grad an Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Die bessere materiell-technische Ausstattung und die Vielfalt des Lehrangebots werden als weiterer Vorteil vermerkt.

In der Wahl der belegten Studienfächer sind sich die Studierenden aus den neuen Bundesländern sicherer als ihre westlichen Kommilitonen, 76 Prozent glauben, das richtige Studium für sich gewählt zu haben. Im Gegensatz dazu wissen 37 Prozent der Studierenden (West) bereits nach drei Wochen, daß sie das falsche Fach studieren. Die mit der sehr hohen Studierendenzahl verbundene Anonymität wird dagegen als sehr ungünstig erlebt.

Nach drei Wochen Studium hat erst jeder dritte Studierende (Ost) Kontakte zu Kommilitonen geknüpft, während das bereits zwei Dritteln der Studierenden (West) gelungen ist. Die Angst, als "Ossi" nicht gerade willkommen zu sein,

drückt sich auch darin aus, daß "die Leute an der Universität" als "hochnäsig" empfunden werden. Diese Empfindung ist Studierenden aus den alten Ländern fast fremd. Die sich ausdrückende Sensibilisierung der Studierenden (Ost) ist vermutlich eine Folge der Entwicklung der sozialen Umgestaltung in der ehemaligen DDR.

Während unter den befragten Studierenden aus den alten Bundesländern und Berlin-West das Verhältnis der Geschlechter in etwa ausgewogen ist, sind von den Studierenden aus der ehemaligen DDR ca. zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. Dieses Verhältnis entspricht auch den Erfahrungen der Studienberatungsstellen in Berlin-West, wo zwei Drittel der Ratsuchenden aus den neuen Ländern männlichen Geschlechts sind. Diese Tatsache ist um so erstaunlicher, wenn berücksichtigt wird, daß in den alten Ländern immer mehr Frauen als Männer eine Studienberatungsstelle aufsuchen und der Anteil der Frauen an der Studentenschaft in den neuen Ländern noch bei ca. 50 Prozent liegt.

Sowohl im Vorfeld der Studienentscheidung (55 Prozent) als auch nach Studienbeginn (77 Prozent) nutzten die Studierenden aus den neuen Ländern die Beratungsangebote der Allgemeinen und der Studienfachberatung in viel höherem Maße, als dies bei den Studierenden aus den alten Ländern der Fall war. Interessant ist, daß sich Ängste und Schwierigkeiten beim Einstieg in eine westliche Massenuniversität zwischen beiden Gruppen nicht grundsätzlich unterschieden, jedoch bei Ost-Studierenden zusätzlich Probleme auftraten, wie Kontaktdefizite, Angst vor einer Verletzung des Selbstwertgefühls, Verständnisschwierigkeiten. Die Bildungspendler werden wohl jetzt und in den nächsten Jahren eine neue wichtige Zielgruppe der Studienberatung sein, auf deren Bedarf an Information, Beratung und Betreuung mit spezifischen Angeboten reagiert werden muß. In weiterführenden Untersuchungen wäre zu prüfen, ob und wie lange ein unterschiedlicher Beratungsbedarf im Verlauf des Studiums bestehen bleiben wird und welche Anforderungen an Studienberatung sich daraus ergeben.

3.3 Resümee

Eine gemeinsame Betrachtung dieser zwei Problemstudien läßt in der Tendenz einige Feststellungen zu, wobei der unterschiedliche Erhebungszeitraum im Zusammenhang mit den jeweiligen gesellschaftspolitischen Ereignissen in den neuen Bundesländern gesehen werden muß.

1. Unsere Ergebnisse weisen auf einen enormen sich verändernden spezifischen **Informations- und Beratungsbedarf** bei jungen Menschen aus den neuen Bundesländern hin, die sich für ein Studium interessieren. Erfragt werden vorrangig allgemeine Informationen über Studienmöglichkeiten, Zulassungs- und Bewerbungsmodalitäten, über Studieninhalte, -plan und -aufbau sowie über Berufs- und Beschäftigungsaussichten.
2. Als ein wesentlicher Unterschied zwischen Ost und West wird von den befragten Studieninteressenten und Studierenden aus den neuen Ländern der Anspruch an höhere **Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit** genannt.
3. Die Erstsemesterbefragung deutet an, daß auch nach **Studienbeginn** ein spezifischer Beratungsbedarf für Ost-Studierende an West-Universitäten besteht. Die Allgemeinen und die Studienfachberatungen sind aufgerufen, auf diesen differenzierten Bedarf mit speziellen **Informations- und Beratungsangeboten** zu reagieren. Diese Angebote sollten möglichst in das Spektrum der Beratungstätigkeit integriert werden, damit sie von Ratsuchenden aus den neuen Ländern angenommen und eine Ausgrenzung vermieden wird.
4. Hinweise für unterschiedliche Verhaltensweisen bei der **Studien- und Berufswahl** junger Menschen aus Ost und West lassen sich aus unseren Ergebnissen erkennen. Mehr als die Hälfte aller schriftlich Anfragenden war sich über ihren Studienwunsch im klaren. Der festumrissene Studienwunsch ist bei westlichen Ratsuchenden wohl weniger häufig.
Interessanterweise zeigt sich auch bei den befragten Erstsemesterstudenten nach drei Wochen Studium, daß 76 Prozent der Studienanfänger aus den neuen Ländern sicher sind, das richtige Fach zu studieren. Dagegen wissen 37 Prozent der Studierenden aus den alten Ländern schon nach dieser kurzen Zeit, daß sie das falsche Fach gewählt haben.
Gründe für diese Unterschiede liegen vermutlich in der für ehemalige DDR-Bürger gelernten und verinnerlichten Geradlinigkeit des Ausbildungsweges, der dann zielgerichtet in einen Beruf und einen Arbeitsplatz mündete. Anders als im Westen, wurden junge Leute im Osten Deutschlands schon recht früh mit Fragen der Berufswahl konfrontiert. Der Spielraum für ein Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten war eng begrenzt, und dahingehende Aktivitäten wurden eher sanktioniert als befördert.

Die jetzt stattfindende Umgestaltung der Gesellschaft in den neuen Bundesländern erzeugt bei dem einzelnen darüber hinaus einen zusätzlichen sozialen Druck. Es besteht das Bestreben, sich schnell für ein Studium zu entscheiden und es erfolgreich hinter sich zu bringen, um den Eltern nicht noch auf der Tasche liegen zu müssen.

5. Der erwartete Run junger Menschen aus den neuen Bundesländern auf Studienplätze an westdeutschen Hochschuleinrichtungen blieb zum Erstaunen der Hochschulen und der Hochschulpolitiker aus. Im Wintersemester 1990/91 immatrikulierten sich an Hochschulen der alten Bundesländer 4.200 junge Menschen aus der ehemaligen DDR, was insgesamt nur 0,3 Prozent der Studienanfänger ausmacht. Berlin nimmt hier eine Sonderstellung ein, ca. 20 Prozent der Studienanfänger kamen zum Wintersemester aus dem Osten Deutschlands.

Unsere Problemstudien deuten sowohl objektive als auch subjektive Mobilitätshindernisse an. So bietet West-Berlin für Ost- und Randberliner die Möglichkeit, die finanziellen Vorteile **heimatlichen Wohnens** mit einem Weststudium zu verbinden. Das Bewußtsein und die Nutzung dieser Möglichkeit belegen sowohl die Briefe, die zu 55 Prozent aus Berlin und Potsdam gesandt wurden, und die befragten Erstsemesterstudenten, die zu 98 Prozent aus Berlin und dem Umland kamen. Die Bewältigung der **Anonymität** nannten die befragten Studierenden des ersten Semesters als ein wesentliches Problem. Diese Empfindung haben wohl viele junge Menschen an einer Massenuniversität, ungeachtet ihrer Ost- oder Westherkunft, wie unsere Befragung andeutet.

Die **Angst**, als "Ossi" an einer westlichen Hochschule nicht gerade willkommen zu sein, wurde von einigen Studierenden, die wir in den ersten Wochen des Studiums befragten, schmerzlich erfahren.

6. Der Anteil junger **Frauen**, die sich im Erhebungszeitraum mit ihren schriftlichen Anfragen an die Freie Universität wandten, betrug 45 Prozent. Die Erstsemesterbefragung deutet jedoch darauf hin, daß der Anteil von Frauen, die ein Studium aufnehmen, geringer ist (38 Prozent). Bisher bildeten weibliche Studierende an Hochschulen der ehemaligen DDR etwa die Hälfte der Studentenschaft. Unsere Ergebnisse könnten ein Hinweis darauf sein, daß sich innerhalb der Geschlechtsverteilung Studierender eine Veränderung vollziehen wird. Es ist anzunehmen, daß der Anteil studierender Frauen zurückgeht. In den alten Bundesländern waren 1988 ca. 40 Prozent Frauen an Universitäten immatrikuliert.

Die Problemstudien deuten an, daß männliche Studieninteressenten und Studierende Informationssuchstrategien aktiver entwickeln, damit auch das Angebot westlicher Studienberatungsstellen häufiger nutzen und, wenn überhaupt, eher als Frauen ein Studium an einer westlichen Hochschule aufnehmen. Hier zeichnet sich in der Tendenz eine Veränderung im Rollenverständnis der Geschlechter ab. Frauen sehen sich wohl häufiger gezwungen, die soziale Umbruchsituation in der Weise zu bewältigen, daß sie zugunsten der Familie auf eine anspruchsvolle berufliche Karriere und den damit verbundenen längeren Ausbildungsweg verzichten.

4 Weiterführung der Arbeit

Erste empirische Untersuchungen und die besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern lassen die Notwendigkeit erkennen, Studienberatung im Zusammenhang mit dem Gesamtprogramm der Bildungspolitik systematisch weiterzuentwickeln.

Die bisherigen Ergebnisse weisen auf die drängende wissenschaftliche Bearbeitung sowohl aktuell gegebener als auch zukünftig bedeutsam werdender Problembereiche hin:

- Im Prozeß der Angleichung der beiden Hochschulsysteme ist es besonders dringend, begründete Konzeptionen für Informations- und Beratungsangebote im Vorfeld von Studienentscheidungen und für die Studieneingangsphase zu erarbeiten. Eine Grundlage dafür ist die umfassende Ermittlung des jeweils spezifischen Bedarfs bestimmter Zielgruppen.
- Im Rahmen des Transformationsprozesses der DDR-Gesellschaft besteht die historisch einmalige Chance, Veränderungen im Studierverhalten junger Menschen aus den neuen Bundesländern wissenschaftlich zu begleiten. Diese Thematik verlangt prononciert die Zusammenführung verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorieansätze und die Ausweitung empirischer Forschungsvorhaben.
- Zur effizienten Gestaltung des Übergangs von der Hochschule zur Arbeitswelt sollten in der Studienaushangphase Angebote unterbreitet werden, die zur Präsentation des erworbenen Wissens und Könnens befähigen. Voraus-

setzung dazu sind Analysen der Berufsanforderungen und der durch die Hochschule vermittelten sozialen und fachlichen Handlungskompetenz.

Das vereinigte Europa erfordert eine Europäisierung des Studiums und darin eingebettet die Entwicklung und Erprobung von Informations-, Beratungs- und Betreuungsprogrammen zur Förderung der Bildungsmobilität in Europa.

Um eine begründete Entscheidung bei der Auswahl der künftig zu bearbeitenden Forschungsthemen auf dem Gebiet der Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte treffen zu können, sollen in nächster Zeit Diskussionen mit Bildungsforschern, Bildungs- und Hochschulpolitikern und Studienberatern geführt werden.

Literaturverzeichnis

Aulerich, G., Döbbling, K., Edeling, I., Studienberatung eine 'neue' Herausforderung. Zur Situation der Studienberatung an Ost-Berliner Hochschulen, Berlin 1990, (unveröff.).

Augenstein, H., Beratung zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem, Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1983, Nr. 77, S. 283.

Augenstein, H., Entwicklung eines Beratungs-, Informations- und Studienzentrums (BIS) für Studieninteressierte und Studierende der Fernuniversität Hagen im SAAR-LOR-LUX-Raum unter besonderer Berücksichtigung des Weiterbildungsangebotes der Universität des Saarlandes, Projektantrag Saarbrücken 1988, Manuskriptdruck.

Bayer, O., Studiensituation und Studienberatung, Bericht über eine repräsentative Befragung der Studierenden an der Universität Erlangen - Nürnberg 1985, (Manuskriptdruck).

Dobrinkat-Otte, U., Döbbling, K. und Haeßner-Le Plat, U., Freiheit mit Barrieren - Probleme junger Frauen aus den neuen Bundesländern vor Studienbeginn und im Studium, Forschungsprojekt, Hrsg.: Präsident der Technischen Universität, Berlin 1991.

Empfehlung des 164. Plenums der HRK vom 1. Juli 1991 zum Auf- und Ausbau der Beratungsangebote für Studieninteressenten und Studierende in den neuen Bundesländern, Manuskriptdruck.

Fachtagung "Perspektiven der Studienberatung", Tagungsbeiträge, Konstanz 1990, Veröff. durch die HRK in Vorbereitung.

Grund- und Strukturdaten 1990/91, Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; Ausgabe 1990/91, S. 142, 143.

Hochschul-Informations-System GmbH, Hochschulrahmengesetz, Hochschulbauförderungsgesetz, Landesrecht für die neuen Bundesländer, Hannover 1991.

Hochschulen und Fachschulen der DDR - Statistischer Überblick - 1989, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Berlin 1989.

Huber, L., Studienberatung, Hochschuldidaktische Stichworte, Hrsg. : Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik der Universität Hamburg, 1974.

Klaus, J., Vahrenkamp, S. und Müller, D., Studienberatung. - In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Handbuch und Lexikon der Erziehung. Bd. 10: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule, Hrsg.: L. Huber, Stuttgart: Klett-Cotta, 1983.

KMK: Beratung in Schule und Hochschule. Beschluß 14. 9. 1973, Neuwied 1978.

Krüger, H. J. und Steinmann, I., Identität und Hochschule. Probleme und Perspektiven studentischer Sozialisation, Hrsg.: I. N. Sommerkorn, Hamburg 1981.

Protze, M., Studienberatung als Instrument der Studienreform, Anmerkungen zum § 39 HRG in der Zeitschrift "studentische Politik", H. 5, 1971.

Rothe, C., Abiturientenberatung und weiterer Bildungslebenslauf, HIS GmbH, Hannover 1981.

Stichwort Studienberatung. Bestandsaufnahme und Beispiele, Schriftenreihe Hochschule 42, Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bielefeld 1983.

Studienberatung, Hrsg.: Rieck, W., Blickpunkt Hochschuldidaktik 62, AHD, Hamburg 1981.

Studien- und Berufswahl 1990/91, Hrsg.: BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung und Bundesanstalt für Arbeit, Bad Honnef 1990.

Studieren in den neuen Ländern, Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 1990.

Themaheft "Student und Psychotherapie" der Zeitschrift "Studentische Politik", H. 3/4, 1971.

Themaheft "Studentenberatung" der Zeitschrift "Studentische Politik", 6, 1973, H. 6/7.

Verordnung über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter vom 25. Febr. 1970, GBl II Nr. 26, Seite 189.

2. Britisch-Deutsche Expertentagung zu Fragen der Studienberatung und Berufsberatung: Beratung in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten, London 1984, Redaktion Augenstein, H., Bayer, H.-J., Streptoe, B. und Thorne B., Saarbrücken 1985.

Anschrift der Verfasserinnen:

Dr. Gudrun Aulerich
Dr. Karin Döbbeling
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst

DDR-Hochschulabschlüsse - anerkannt oder nicht anerkannt?

Gertraude Buck-Bechler
Heidrun Jahn

Im folgenden werden Probleme behandelt, die bei der Gleichwertigkeitsprüfung von DDR-Hochschulabschlüssen in zuständigen Hochschulinstanzen auftreten, um Freizügigkeit für ehemalige DDR-Hochschulabsolventen realisieren zu helfen. Es geht insbesondere um Antworten auf die Frage, wie DDR-Abschlüsse einzuschätzen sind, die in Typen von Bildungseinrichtungen erworben wurden, die es in dieser Form in den alten Bundesländern nicht oder nicht mehr gibt, darunter in Ingenieurhochschulen, Ingenieurschulen oder in Sonderformen. Die Bewertungen stützen sich auf vergleichende und historisch-kritische Analysebefunde.

1 Ausgangslage

Mit dem Vertrag zur Deutschen Einheit, Artikel 37, wurde eine neue Rechtsgrundlage für die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus der ehemaligen DDR geschaffen. Damit befinden sich die Inhaber von DDR-Abschlüssen in einer Situation, die verschiedene Probleme hinsichtlich der Anerkennung ihrer in unterschiedlichen Bildungsbereichen erworbenen Abschlüsse aufwirft.

Eine rasche Problembearbeitung ist notwendig, um dem Eingliederungsgedanken und der Gewährleistung uneingeschränkter Freizügigkeit für ehemalige DDR-Bürger Rechnung zu tragen, und zwar vor allem

- beim Einstieg in die Aus- und Weiterbildung,
- beim Berufszugang und in der Berufsausübung sowie
- bei der Sicherung sozial- und versorgungsrechtlicher Ansprüche.

Sie erfordert eine Bewertung der DDR-Abschlüsse. Dabei ist laut Einigungsvertrag von dem Grundsatz auszugehen, daß Abschlüsse einander gleichzustellen sind, wenn sie gleichwertig sind. Die Beantwortung der Frage: 'DDR-Hochschulabschlüsse - anerkannt oder nicht?' wird mithin hauptsächlich davon abhängig gemacht, ob sie einer Gleichwertigkeitsprüfung mit Abschlüssen in den alten Bundesländern standhalten. Dafür sind Entscheidungshilfen zu entwickeln.

Bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zu DDR-Hochschulabschlüssen für die neuen Landesregierungen konnten wir feststellen, daß die Beachtung üblicher formaler Kriterien zur Gleichwertigkeitsfeststellung, wie Studiendauer, Zugangsvoraussetzung, Art des Studienabschlusses für die Entscheidungsfindung nicht ausreicht. Diese sind durch inhaltliche Kriterien zu ergänzen, die es ermöglichen, DDR-Hochschulabschlüsse eingeordnet in einen bestimmten Kontext von DDR-Geschichte zu begreifen und die Philosophie des jeweils zugrunde liegenden Ausbildungskonzepts, den daran gebundenen spezifischen Bildungsauftrag, sichtbar zu machen. Das trifft auch auf die Rahmenbedingungen zu, unter denen Studium an Universitäten und Hochschulen organisiert war.

So lag seit 1969 die Bearbeitung und Entscheidung grundsätzlicher und struktureller Fragen des Angebots für Aus- und Weiterbildung an Universitäten und Hochschulen sowie an Ingenieur- und Fachschulen in der Verantwortung des

Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der ehemaligen DDR. Dazu bediente es sich u. a. zweier wesentlicher Instrumentarien:

- der Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung und
- der Studienpläne (mit weiteren Folgematerialien).

Die Nomenklatur war die organisatorische Grundlage für

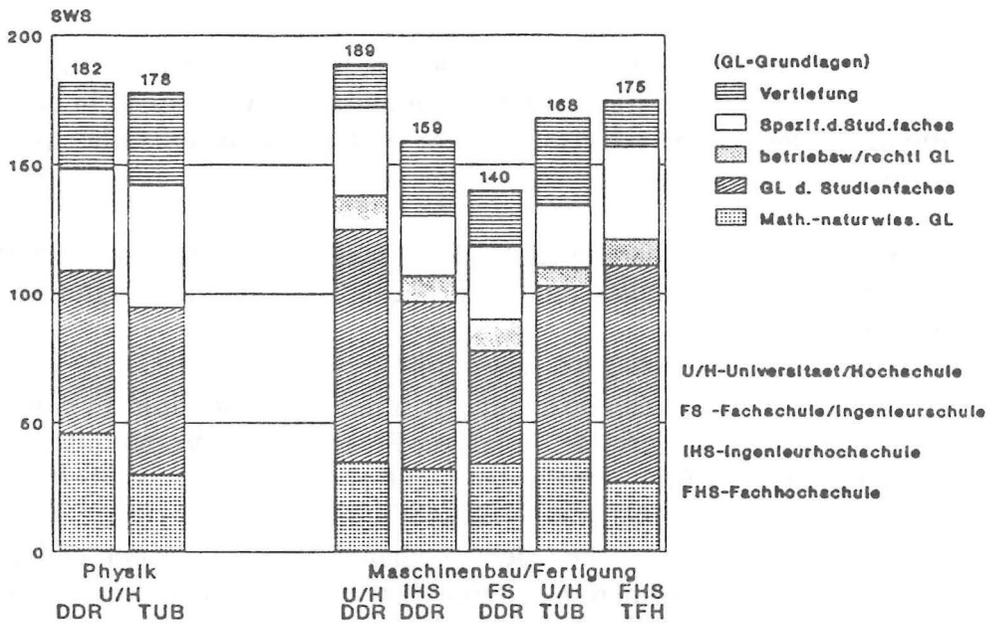
- Bedarfsermittlung an Hoch- und Fachschulabsolventen,
- Studienorientierung, Bewerbung und Zulassung,
- Absolventenvermittlung und
- Studienplanung (curriculare Entwicklung).

Die Studienpläne fußten auf der fachlichen Strukturiertheit der Nomenklatur und nutzten die Gliederungsebene **Fachrichtungen**. Sie hatten die Ordnung des Studiums zu regeln, das hieß, durch verbindliche Vorgaben im Landesmaßstab das Erreichen folgender Ziele zu sichern:

- die Gleichartigkeit und die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studiengänge und Studienabschlüsse,
- die Anpassungsfähigkeit der Ausbildung an die Dynamik der Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung,
- eine der jeweiligen Fachrichtung entsprechende Verbindung von Theorie und Praxis, von Lehre, Studium und Forschung,
- die Einheitlichkeit in der Grundlagenausbildung verwandter Fachrichtungen,
- die mit der Ausbildung verbundene Erziehung zum kommunistischen bzw. sozialistischen Persönlichkeitsideal,
- eine effektive Organisation des Lehr- und Studienbetriebes im Kontext des gesellschaftlichen Umfeldes.

Studienpläne wurden deshalb für Grundstudienrichtungen entwickelt, die durch Zuordnung verwandter Fachrichtungen gebildet wurden. So bestand die Grundstudienrichtung **Physik** aus den Fachrichtungen Physik, Hydrologie, Meteorologie und Kristallographie. In der Grundstudienrichtung **Maschineningenieurwe-**

Abbildung 1
Inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte in
Physik und Maschinenbau/Fertigung



Der Vergleich der beiden Studiengänge zeigt beispielsweise, daß im naturwissenschaftlichen Studiengang Hochschultyp und inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte weitgehend übereinstimmen. Offensichtlich spiegelt sich darin eine starke Wissenschafts- und Forschungstradition wider. Im Unterschied dazu läßt der Vergleich im ingenieurwissenschaftlichen Studiengang eine größere Differenziertheit hinsichtlich der Hochschultypen und der zeitlichen Anteile der inhaltlichen Schwerpunkte erkennen, wofür ein stärkerer Bezug zum Praxis- und Beschäftigungsbereich verantwortlich sein dürfte.

Für Gleichwertigkeitsentscheidungen über Ingenieurabschlüsse ist deshalb die Kenntnis von DDR-Konzepten unentbehrlich. Die quantitative und qualitative Entwicklung des Ingenieurstudiums war in gewisser Weise Spiegelbild unbewältigter DDR-Wirtschaftsprobleme. Die extensiven Wirtschaftskonzepte der DDR-Administration beeinflussten nachhaltig die Ausbildungsstrategien¹. So erhöhte sich von 1969 bis 1975 mit den Neugründungen von Ingenieurhochschulen die Anzahl der Hochschulabsolventen aus dem Ingenieurstudium auf mehr als das Dreifache. Der damit angestrebte Effekt, neben dem Diplomingenieur einen praktisch orientierten Hochschulingenieur auszubilden, wurde aber weitgehend von den neugegründeten Hochschulen selbst unterlaufen.

Der Wunsch nach wissenschaftlicher Reputation in der ostdeutschen Hochschullandschaft gab bald der Diplom-Ausbildung auch an den jungen Hochschulen den Vorrang. Auf die Konsequenzen dieser Entwicklung, daß nämlich bis zu 25 Prozent der Diplomingenieure in bestimmten Branchen weder fach- noch niveaugerecht eingesetzt werden konnten, ist wiederholt in bildungssoziologischen Untersuchungen² aufmerksam gemacht worden. Nicht zuletzt stellte der Ingenieur- und Ökonomenbeschluß Anfang der 80er Jahre einen erneuten Versuch dar, durch differenziertere Ausbildungsprofile den wirtschaftlichen Erfordernissen besser zu entsprechen. Die noch durchgeführten ersten Erprobungen zeigten aber wiederum, daß eine Profildifferenzierung an den DDR-Hochschulen nur schwer zu verwirklichen sein würde.

Auf diesem Hintergrund werden im folgenden Abschlüsse in den Ingenieurwissenschaften beispielhaft durch inhaltlichen Vergleich entsprechender Studiengänge sowohl innerhalb der DDR-Ausbildung als auch zwischen Ost und West gewertet. Es handelt sich um Fachrichtungen aus dem Maschinen-, Elektro- und Bauingenieurwesen; darüber hinausgehende Beispielfelder werden besonders gekennzeichnet. Als Dokumente dienten die DDR-Studienpläne aus den Jahren 1973 bis 1988 für die entsprechenden Grundstudienrichtungen zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen oder an Ingenieurhochschulen oder an Ingenieur- und Fachschulen - und die Studienpläne der Technischen Universität Berlin bzw. der Technischen Fachhochschule Berlin.

¹ Vgl. dazu Hensel, R., DDR-Ingenieure und soziale Marktwirtschaft, Berlin 1990.

² Die Untersuchungen wurden insbesondere von Prof. Dr. Elfriede Dietrich, Berlin, durchgeführt.

2 DDR-Abschlüsse an Technischen Universitäten und Technischen Hochschulen

Die universitäre Ausbildung an technischen Bildungsstätten hatte die Aufgabe, hochqualifizierte Fachleute für wissenschaftsintensive Bereiche der Wirtschaft und Nachwuchskader für die Wissenschaft vorzubereiten. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die Bildungsstätte über ein entsprechend breites Fächerspektrum verfügen. Wir gehen davon aus, daß diese Voraussetzungen für eine universitäre Ausbildung an den folgenden Hochschulen gegeben waren:

- an der TU Dresden mit 36 Ingenieurfachrichtungen in
11 Grundstudienrichtungen
- an der TU Chemnitz mit 19 Ingenieurfachrichtungen in
4 Grundstudienrichtungen
- an der TU Magdeburg mit 17 Ingenieurfachrichtungen in
4 Grundstudienrichtungen
- an der Bergakademie
Freiberg mit 17 Ingenieurfachrichtungen in
5 Grundstudienrichtungen.

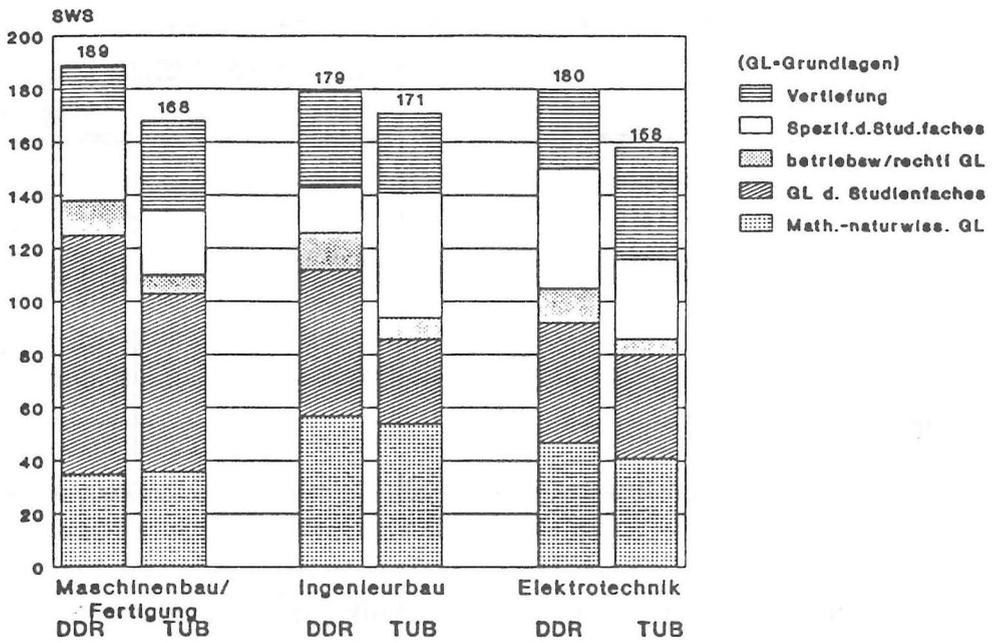
Es ist darauf hinzuweisen, daß es in der ehemaligen DDR auch Technische Hochschulen gab, die nicht über ein so breites Fächerspektrum verfügten (TH Leuna-Merseburg, TH Ilmenau), die sich aber aufgrund ihrer Forschungstraditionen in einem bestimmten Wirtschafts- bzw. Wissenschaftszweig auf universitärer Ebene befanden. Das gilt - bezogen auf die Ingenieurausbildung - auch für die Spezialhochschulen für Architektur und Bauwesen Weimar und für Verkehrswesen Dresden.

In den allgemeinen Kriterien der Studiengangsvergleiche, Zugang zum Studium (Abitur), Studienabschluß (Diplom) und vorgeschriebene bzw. empfohlene Studienzeit (neun Semester), gab es zwischen Ost- und Westausbildung keine Unterschiede. Bemerkenswert ist, daß in den neun Semestern DDR-Ausbildung ein Praxis-Semester (18 - 20 Wochen) integriert war.

Aus den Zielformulierungen für die Studienrichtungen und den Angaben zu den künftigen Berufsaufgaben lassen sich ebenfalls keine grundsätzlichen Unterschiede ableiten. Erst im Vergleich mit den inhaltlichen Schwerpunkten der Aus-

bildung werden gewisse Differenzierungen zwischen Ost- und Westausbildung erkennbar. Abbildung 2 verdeutlicht diesen Sachverhalt:

Abbildung 2
Inh. Ausbildungsschwerpunkte v. universitaeren Studiengaengen der Ing. wiss.



Wir interpretieren ihn wie folgt:

- Im mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenstudium lassen sich keine nennenswerten Unterschiede aufzeigen.
- In den Grundlagen des Studienfaches sind Differenzierungen zwischen beiden Ausbildungskonzepten ablesbar. In der DDR-Ausbildung besaß vom Zeitumfang her das fachbezogene Grundlagenstudium durchweg einen höheren Stellenwert. Als Beleg dafür sei der Vergleich Grundlagen des Studienfaches im Studiengang Maschinenbau/Fertigung angeführt.

Fächer	Stundentafeln (in SWS)	
	DDR-Plan U/H	TU Berlin
Mechanik/Thermodynamik	26	25
Konstruktion/Meßtechnik	25	23
Werkstoffe	8	8
Elektrotechnik	10	7
Fertigung	18	4
Betriebsprojektierung	3	-
Gesamt	90	67

Vergleiche im Studiengang Elektrotechnik oder im Studiengang Ingenieurbau würden analoge Relationen ergeben.

- In der fachspezifischen Ausbildung zeigt sich wieder eine Annäherung im Zeitumfang von Ost- und Westausbildung. Allerdings weist das Fächerspektrum in der BRD-Ausbildung eine größere Breite der Auswahlangebote auf, wie beispielsweise dem Vergleich im Studiengang Elektrotechnik zu entnehmen ist:

Fächerspektrum DDR-Plan U/H

Pflichtfächer:

Funktion und Entwurf von Bauelementen
Funktion und Entwurf von Baugruppen
Funktion und Entwurf von Geräten und Anlagen
Entwurf und Betrieb von Systemen

Fächerspektrum TU Berlin

insgesamt 20 Angebote,
aus denen 8 auszuwählen sind, z.B.:

Hochspannungstechnik
Starkstromanlagen
Elektrische Maschinen
Halbleitertechnik
Optische Übertragungssysteme
Fernmeldetechnik
Regelungstechnik
Technische Akustik

Damit wird das Maß der Reglementierung des DDR-Studiums angesprochen. Es war zweifellos hoch; aber die flexiblen Elemente sollten nicht unbeachtet bleiben:

- a. Die Ausarbeitung der Studienpläne erfolgte in den für die einzelnen Grundstudienrichtungen vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen berufenen Wissenschaftlichen Beiräten. Ihre Mitglieder waren namhafte Hochschullehrer, Praktiker und Studenten. Außerdem wurden die Entwürfe der Studienpläne an den Hochschulen öffentlich diskutiert sowie den künftigen Einsatzbereichen der Studenten zur Stellungnahme übergeben. Schließlich fanden in größeren Abständen für Ausbildungsdisziplinen wissenschaftlich-methodische Konferenzen zum Zweck des Erfahrungsaustausches statt. Sicher hat es für die Beratungen Auflagen gegeben; man mag auch über die Fachkompetenz mancher Teilnehmer geteilter Meinung sein; Tatsache ist, daß in all diesen Gremien um inhaltliche Lösungen bei der Fixierung des Studienganges einer Fachrichtung gerungen wurde, daß dabei die Erfahrungen aller diese Richtung vertretenden Hochschulen einfließen konnten und daß die Diskussion um Profilierung und quantitative Entlastung von gleichen Fragen

geprägt war, wie sie in Studienreformkommissionen oder ähnlichen Gremien der alten Bundesländer zu beobachten waren und sind.

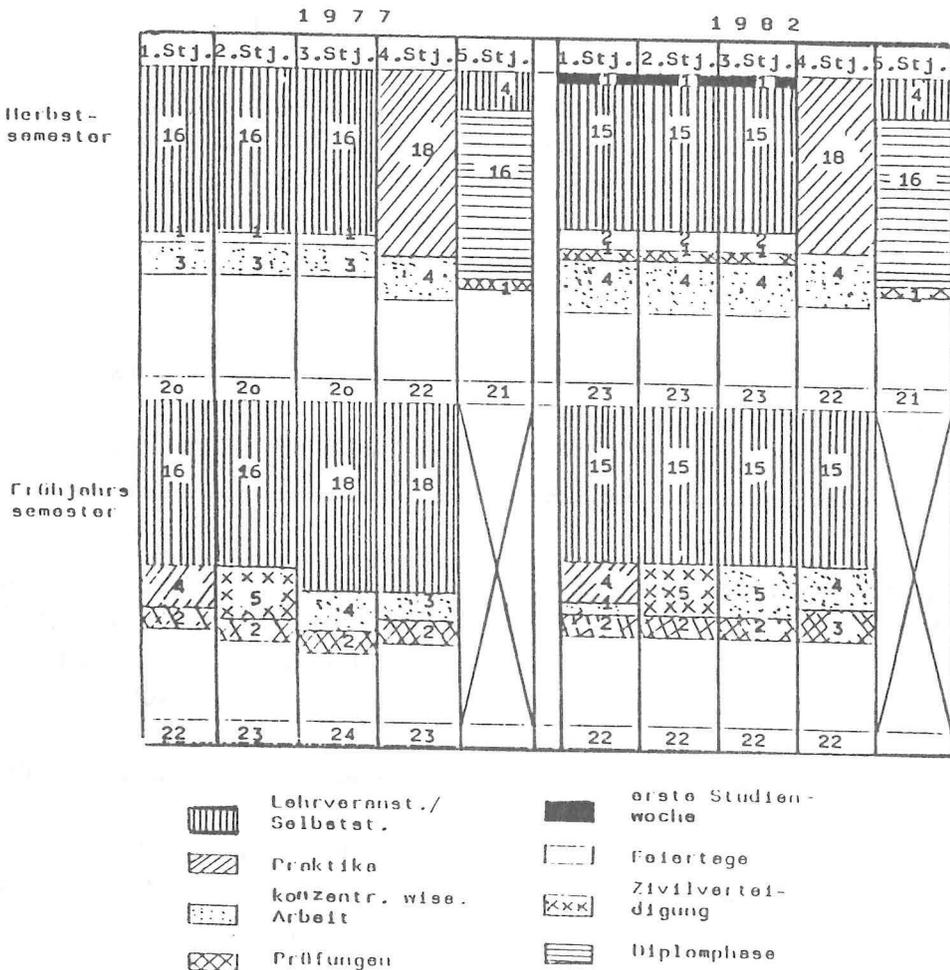
- b. Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen hat in relativ kurzen Zeiträumen die Weiterentwicklung der Studienpläne veranlaßt. So gab es für die 1973 bestätigten Studienpläne 1978, 1982 und 1988 Überarbeitungsphasen. Auch dafür existierten politische Auflagen. Auf einen Grund für diese Überarbeitungen ist hinzuweisen, weil er das Konzept der DDR- Hochschulbildung selbst betrifft. Es bestand bis zuletzt die Idee, im Rahmen der engen partei- und staatspolitischen Restriktionen durch Studienreformen in Teilbereichen den Handlungsfreiraum für selbständiges und eigenverantwortliches Lehren und Studieren wesentlich zu erhöhen. Auch wenn es letztlich nur eine Vision war, sind die dafür eingeleiteten Maßnahmen in den Studienplänen nicht zu übersehen. Als Beispiele seien angeführt:
- Bereits seit den 70er Jahren enthielten die Studienpläne in der Fachausbildung einen Zeitfonds, über den die jeweiligen Hochschulen nach eigenem Ermessen verfügen und den sie u. a. zur Behandlung neuer Probleme der Forschung und Wissenschaftsentwicklung einsetzen konnten. Er war nicht für alle Fachrichtungen standardisiert, sondern bewegte sich innerhalb einer Grundstudienrichtung von 5 bis 20 Prozent der Gesamtzeit geplanter Lehrveranstaltungen.
 - In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde mit Hilfe von Studienjahresablaufplänen zeitlicher Freiraum für konzentrierte wissenschaftliche Arbeit geschaffen (vgl. Abb. 3).
 - Anfang der 80er Jahre erfolgte eine Reduzierung der Semesterwochen mit Lehrveranstaltungen von 16 auf 15, um noch mehr Zeit für selbständige Studien und zur Mitarbeit in der Forschung zu haben (vgl. ebenfalls Abb. 3).
 - Mitte der 80er Jahre wurde ein verbessertes Konzept eines breiteren und tieferen Grundlagenstudiums entwickelt, integrative Ausbildungslösungen eingeschlossen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Vergleich der universitären Ausbildung Ost und West keine Anhaltspunkte für wirklich defizitäre Unterschiede liefert. Eine breitere Grundlagenausbildung (bis zu 70 Prozent des Gesamtvolu-

mens an Studienanteilen) auf der einen Seite und eine in größerer Breite vertiefende Fachausbildung auf der anderen Seite sind beides Aspekte moderner wissenschaftlicher Ausbildung.

Das erlaubt, die ehemaligen ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge an DDR-Universitäten und Technischen Hochschulen, die nach den Plänen für die Universitätsebene ausgebildet haben, als gleichwertig mit entsprechenden BRD-Studiengängen einzustufen. Eine Einschränkung ist hinsichtlich der systembedingten wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Grundlagenausbildung vorzunehmen, die allerdings durch Nutzung verschiedener Weiterbildungsmöglichkeiten beseitigt werden kann.

Abbildung 3: Studienjahresablaufschemata für Universitäten und Hochschulen



3 DDR-Abschlüsse an Ingenieurhochschulen

Obwohl die Ingenieurhochschulen nicht auf die Ausbildung von besonders praxisorientierten Fachleuten festzulegen waren (vgl. einleitende Bemerkungen), sondern sich um ein universitäres Anspruchsniveau bemühten, sind sie im Spektrum ihres Fächerangebotes mehr oder weniger stark spezialisiert geblieben. Das trifft auch auf die Ingenieurhochschulen zu, die von 1988 bis 1990 die Bezeichnung "Technische Hochschule" erhielten:

Hochschule	Ingenieur- fachrichtungen	Grundstudien- richtungen
TH Zittau	4	2
IHS Mittweida	3	1
TH Zwickau	5	2
TH Wismar	6	3
TH Köthen	4	1
HS f. Bauwesen Cottbus	2	1
IHS Berlin-Lichtenberg	5	2
TH Leipzig	6	3
HS f. Seefahrt Warnemünde/Wustrow	5	2
IHS Berlin-Wartenberg	3	1

Die letztgenannten drei Hochschulen sind differenzierter zu betrachten, da sie nach Studienplänen für Universitäten ausbildeten: TH Leipzig seit 1977 für Bauingenieure; HSfS Warnemünde/Wustrow seit 1978 für Schiffsführung; IHS Berlin-Wartenberg seit 1984 für Mechanisierung der Landwirtschaft.

Für die Ausbildung an Ingenieurhochschulen sind drei Zeiträume bedeutsam:

- a) Von 1973 bis 1976 erhielten die Absolventen an Ingenieurhochschulen in der Regel den Abschluß **Hochschulingenieur**. Er wurde mit der Gründung von 10 Ingenieurhochschulen im Jahre 1969 eingeführt.

- b) Von 1977 bis 1979 bestand die Möglichkeit, die Ingenieurhochschulen als **Hochschulingenieur** oder als **Diplomingenieur** zu verlassen. Die dafür geltenden Studienpläne aus dem Jahre 1973 sahen als Kann-Bestimmung vor, nach dem Erwerb der Berufsbezeichnung "Hochschulingenieur" auch den ersten akademischen Grad "Diplomingenieur" noch an der Hochschule zu erlangen.
- c) Mit den verbindlichen Studienplänen von 1976 wurde dann nur noch der **Diplomingenieur** als alleiniger Hochschulabschluß zugelassen.

Wir betrachten zunächst den Abschluß **Hochschulingenieur**.

Als "Hochschulingenieur" schlossen in den Jahren 1973 bis 1979 ca. 17.500 Studenten ihr Studium ab.

Für die Prüfung der Gleichwertigkeit des Studienganges "Hochschulabschluß" mit dem DDR-Studiengang "Diplomabschluß" nutzen wir die Studienpläne für die Grundstudienrichtung Mechanisierung der Landwirtschaft aus dem Jahre 1973 und aus dem Jahre 1978. Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums war in beiden Studiengängen die Hochschulreife und eine abgeschlossene, für die Studienrichtung einschlägige Berufsausbildung.

In den Zielformulierungen und in den Angaben zu den künftigen Tätigkeitsgebieten treten keine Unterschiede auf. Der Student konnte sich nach einer einheitlichen Grundlagen- und Fachausbildung, die durchschnittlich 80 Prozent des Gesamtvolumens umfaßte, für eine von drei Spezialisierungen (1973) bzw. eine von drei Fachrichtungen (1978) entscheiden.

Der Hochschulabschluß wurde in sieben Semestern (sechs plus ein Semester Praxis), der Diplomabschluß in acht Semestern (sechs plus ein Semester Praxis plus ein Semester Diplom) erreicht. Umgerechnet auf SWS erfolgte Grundlagen- und Fachstudium (ohne Praxis- und Diplomsemester) in 154 SWS (Hochschulabschluß) bzw. 147 SWS (Diplomabschluß).

Für die Ausbildung in der Grundstudienrichtung Mechanisierung der Landwirtschaft lassen sich folgende inhaltliche Schwerpunkte bilden:

Inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte	Studentafeln (in SWS)	
	DDR-Plan 1973 IHS (ohne Diplom)	DDR-Plan 1978 IHS (mit Diplom)
Math.-naturwiss. Grundlagen	55	54
Techn.-technolog. Grundlagen	24	24
Ökon./betriebsw./rechtl. Grundlagen	20	15
Landwirtschaftl. Grundlagen	4	3
Bautechn. Grundlagen	3	2
Landtechnik/Maschinen	38	37
Vertiefung	10	12
Gesamt	154	147

Die Aufstellung verdeutlicht inhaltlich im einzelnen, was schon beim Vergleich der Studienzeiten erkennbar war: Die beiden DDR-Studiengänge unterschieden sich im Prinzip nur durch das Fehlen bzw. Vorhandensein der Diplomarbeit voneinander. Andere Defizite, etwa auch den Praxisbezug betreffend, sind nicht nachweisbar.

Deshalb wenden wir uns nun dem Abschluß **Diplomingenieur** zu.

Wir setzen diesen in Beziehung zur universitären DDR-Ausbildung und zur BRD-Fachhochschulausbildung. Der Zugang zur Ingenieurhochschule war grundsätzlich nur über das Abitur mit Berufsausbildung möglich. Die Fachhochschulreife wird in den alten Ländern auf sehr unterschiedlichen Wegen erworben (Fachgymnasien, Fachoberschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen).

In der Studiendauer bestand eine Differenz von einem Semester nach oben (Universität) und in der Regel von einem Semester nach unten (Fachhochschule).

Die Ausbildungsziele weisen nur geringfügige Differenzierungen auf, wie dem Beispiel Elektrotechnik zu entnehmen ist:

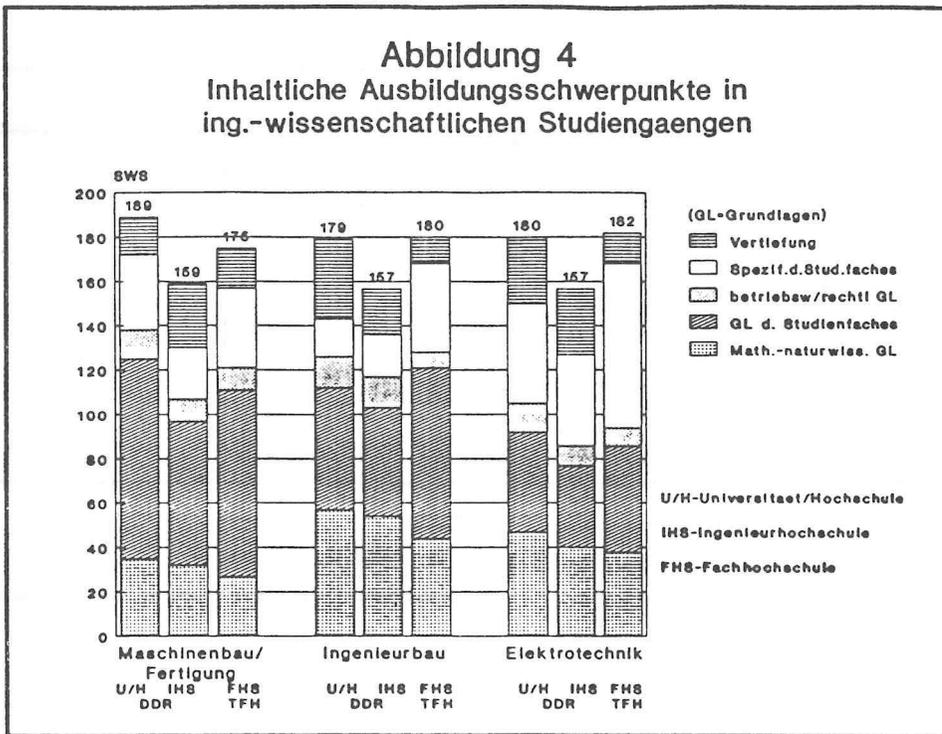
Hochschultyp Ausbildungsziele

Uni DDR Entwicklung, Projektierung, Herstellung und
Betriebung von Elektroenergieanlagen,
Kraftwerken, Elektromaschinen und
-antrieben

IHS DDR Planung, Projektierung, Betriebung und
Wartung von Systemen der Elektroenergie-
versorgung

TFH Berlin Planung, Entwicklung, Fertigung, Betrieb
und Wartung von Anlagen und Geräten der
elektrischen Energietechnik

Um die Differenzierungen interpretieren zu können, wird der Vergleich auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Ausbildung ausgedehnt. Abbildung 4 liefert dafür die Grundlage.



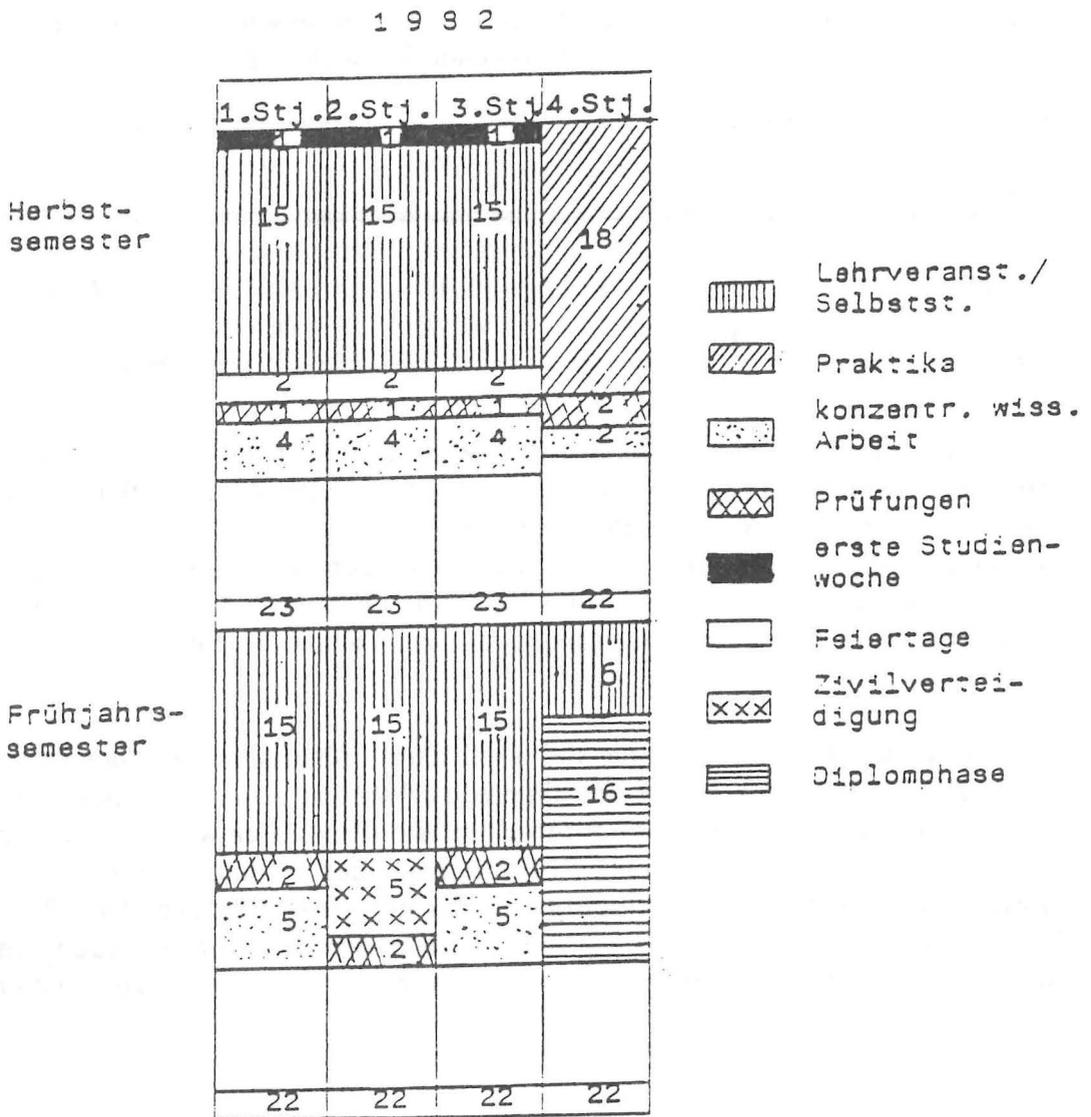
Ohne die Abbildung hier im einzelnen auszuwerten, soll nur das Fazit unserer Überlegungen gezogen werden:

- Die ehemalige DDR-Hochschulingenieurausbildung war eine etwas verkleinerte universitäre Ausbildung der DDR, wobei im Maß der Reglementierung und Freizügigkeit keine Unterschiede auftraten. Die Reduzierungen konnten (je nach Fachrichtung) in der Grundlagenausbildung bis zu 25 Prozent betragen, veränderten aber nicht die Struktur der Grundlagenausbildung. Auch die Fachausbildung war bis zu 25 Prozent gekürzt; allerdings hier mit dem Ziel der Konzentration auf die unmittelbare Berufsvorbereitung.
- In letzterem liegt der Grund dafür, daß die Hochschulingenieurausbildung auch in akzeptabler Nähe zur Fachhochschulausbildung zu sehen ist. Sie unterschied sich von ihr in der Grundlagenausbildung durch ein breiteres Fächerspektrum, das aber studienfachbezogen weniger umfangreich war, wie folgende Aufstellung der studienfachbezogenen Grundlagen im Studiengang Ingenieurbau veranschaulicht:

Grundlagenfächer	Stundentafeln (in SWS)	
	DDR-Plan IHS	TFH Berlin
Baustoffkunde	3	8
Baukonstruktion	8	8
Bodenmechanik/Grundbau	6	8
Vermessungskunde	2	4
Statik/Festigkeitslehre	14	14
Massivbau/Stahlbau/Holzbau	7	20
Verkehrswesen	-	10
Gesamt	40	72

- In der Fachausbildung war das Fächerspektrum ähnlich, wobei für die Vertiefung in den einzelnen Schwerpunkten in der Fachhochschulausbildung mehr Zeit zur Verfügung steht. Dafür besaß die Hochschulingenieurausbildung den Vorzug der Integration selbständiger wissenschaftlicher Arbeitsphasen größeren Umfangs in den Studiengang:

Abbildung 5: Studienjahresablaufschemata für Ingenieurschulen



- In der Verbindung von Ingenieurhochschule und angelagertem Technikum bestanden beispielsweise darüber hinaus gute Voraussetzungen für anwendungsorientierte Forschung. Sie gaben auch der Verleihung des Promotionsrechts an diese Hochschulen eine reale Grundlage.

4 DDR-Abschlüsse an Ingenieurschulen

Die extensive Wirtschaftspolitik der ehemaligen DDR-Staatsführung hat nicht zuletzt den Ingenieurschulen hohe Absolventenzahlen "beschert". Sie nahmen im Vergleich zu den Diplomingenieuren folgende Entwicklung¹:

Absolventen	1965	1970	1975	1985
Diplom	3.103	5.181	12.205	7.196
Ingenieur	14.521	15.263	17.193	9.802

Angesichts dieses Ingenieur-Berges, der Mitte der 70er Jahre seinen Gipfel erreichte, besitzt die Frage nach der Einordnung der Ingenieurschulabschlüsse zweifellos auch eine große soziale Dimension.

Wir betrachten die folgenden Analysen nur als einen Beitrag zur Klärung der sehr vielfältigen Probleme auf dieser Ausbildungsebene. Die Vergleiche werden zur DDR-Ingenieurhochschulausbildung und zur Fachhochschulausbildung geführt.

Voraussetzung für die Aufnahme des Ingenieurschulstudiums war der erfolgreiche Abschluß der 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule und eine abgeschlossene Berufsausbildung. Empfohlen wurde ferner eine mindestens einjährige praktische Tätigkeit nach der Facharbeiterausbildung. Auffallend ist nun, daß in Studienrichtungen mit einer geringen Anzahl von Fachrichtungen (mit relativ eng begrenztem Berufsprofil) Berufsausbildung und Studienrichtung übereinstimmen mußten. So war für die Zulassung zur Studien-

¹ Vgl. dazu Hensel, R., DDR-Ingenieure und soziale Marktwirtschaft, Berlin 1990.

richtung Geodäsie die Berufsausbildung als Vermessungsfacharbeiter Voraussetzung.

Für Studienrichtungen mit einer größeren Anzahl von Fachrichtungen konnte diese unmittelbare Kopplung von Berufsausbildung und Studienfach nicht grundsätzlich gesichert werden. Das heißt, für die Zulassung zum Maschineningenieur-, Elektroingenieur- oder Bauingenieurstudium war nur eine "artverwandte" Berufsausbildung erforderlich, beispielsweise in der Bauindustrie vom Bautischler bis zum Stukkateur.

Deshalb müssen schon beim Studienzugang differenzierte Wertungen vorgenommen werden. Lag eine enge Kopplung zwischen Berufsausbildung und sich anschließender Studienfachrichtung vor, dann sind inhaltliche Analogien zum Besuch von Fachoberschulen bzw. Berufsfachschulen als Voraussetzung für die Aufnahme eines entsprechenden Fachhochschulstudiums möglich.

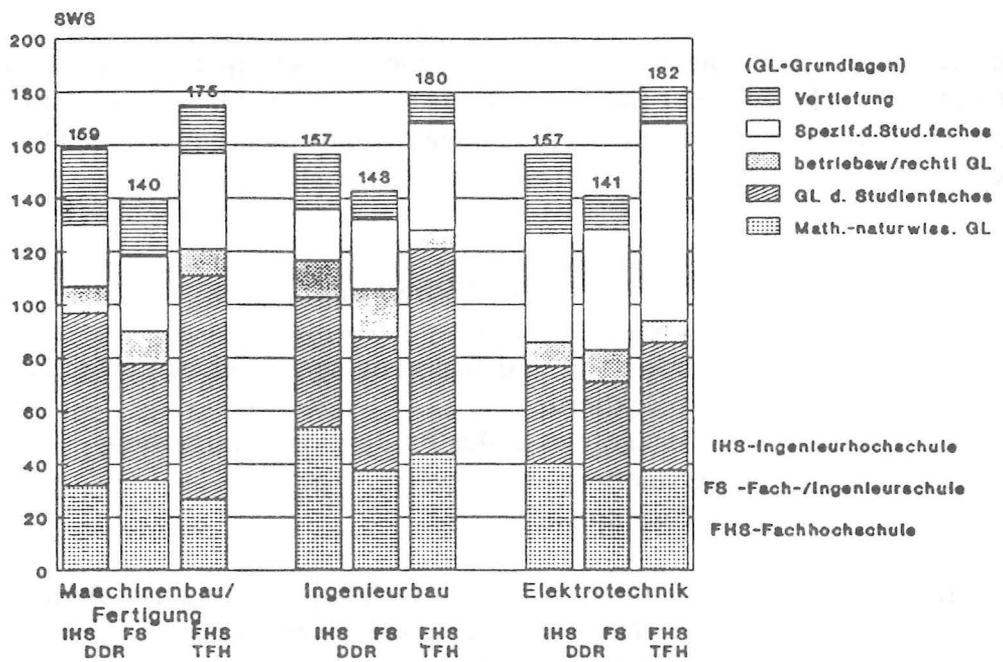
In den Zielformulierungen und in den Angaben zu künftigen Tätigkeitsgebieten treten Unterschiede in der Breite der Berufsbefähigung auf. So wurden mögliche Einsatzfelder für Absolventen des Studienganges Ingenieurbau wie folgt beschrieben:

Typ	Berufliche Einsatzfelder
FS DDR	Projektant und Konstrukteur in der bautechnischen Projektierung Technologe in der Produktionsverarbeitung Bauleiter Kostenplaner
IHS DDR	Planung, Vorbereitung, Projektierung und Ausführung von Neubauten und Rekonstruktionsmaßnahmen Forschung und Entwicklung
TFH Berlin	Planung, Konstruktion und Ausführung von Ingenieurbauwerken

Für den Fachschulingenieur war offensichtlich das berufliche Tätigkeitsfeld relativ eng abgesteckt.

Die kürzere Ausbildungsdauer des Fachschulstudiums (sechs Semester) fällt, wie aus Abbildung 6 zu entnehmen ist, im Vergleich zur Ingenieurhochschulausbildung weniger ins Gewicht als zur Fachhochschulausbildung (hier kann es eine Verminderung bis zu 30 Prozent der Stundenanteile sein).

Abbildung 6
Inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte in
ing.-wissenschaftlichen Studiengängen



Eine Bewertung des quantitativen Defizits sollte wiederum nicht ohne eine Analyse der inhaltlichen Ausbildungsschwerpunkte erfolgen:

- Die Grundlagenausbildung im Fachschulstudium war unmittelbar auf das Berufsprofil zugeschnitten. Dies gilt im Prinzip auch für die Fachausbildung. Sie war Berufsbefähigung für klar vorgezeichnete Berufsfelder.
- Am Beispiel von inhaltlichen Ausbildungsschwerpunkten für den Studiengang Ingenieurbau soll dieser Sachverhalt belegt werden:

Inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte	Studentafeln (in SWS)		
	DDR-Plan FS	DDR-Plan IHS	TFH Berlin
Physik/Bauphysik	10	17	8
Statik/Festigkeitsb.	8	14	20
Baustoffe	10	3	8
Bodenmechanik	4	8	10
Baukonstruktion	22	10	8
Bauformen (Stahl, Holz ...)	14	20	20
Techn. Erschließung	-	4	13
Bautechnologie	14	5	12
Teilsomme (von)	102	91	99
Gesamtsumme	143	157	180

- Durch eine solche Schwerpunktsetzung konnte die Fachschulausbildung in eingegrenzten Profildbereichen Fachhochschulniveau erreichen. Wir zeigen das am Beispiel einer unikaten Studienrichtung der DDR-Fachschulstufe, an der Geodäsie-Ausbildung:

Inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte	Studentafeln (in SWS)	
	DDR-Plan FS	TFH Berlin
Vermessungskunde	35	60
Kartographie	10	6
Liegenschaft/Bodenrecht	- (+30)*	14
Landesvermessung	-	8
Ingenieurvermessung	7 (+30)*	8
Photogrammetrie	7 (+30)*	8
Straßen- und Tiefbau	-	6
insgesamt	59 (+30)*	110 (+ 8)*

* Wahlobligatorische Vertiefung

Das Beispiel der Geodäsie-Ausbildung verdeutlicht, daß im Verlauf des Fachschulstudiums quantitative Defizite zur Fachhochschulausbildung nicht in der Gesamtheit, aber im Umfang der vom Studenten gewählten Vertiefungsrichtung ergänzt werden konnten.

- In die Betrachtung einzubeziehen ist noch der Fakt, daß die am Ende des Fachschulstudiums anzufertigende Abschlußarbeit vor Vertretern der Ingenieurschule und der Praxis verteidigt werden mußte. Hier ergeben sich wiederum Analogien zur Diplomarbeit an Fachhochschulen, in der ebenfalls eine praxisorientierte Thematik zu bearbeiten ist.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Bewertung der Studiengänge von Fachschulingenieuren nur sehr differenziert vorgenommen werden kann. Überall dort, wo

- Berufsausbildung vor dem Studium und Studienrichtung inhaltlich gekoppelt waren,
- während des Studiums berufsfeldbezogene Vertiefung erfolgte,

- die Fachschulingenieure dann auch entsprechend ihrer Vertiefungsrichtung eingesetzt worden sind und nun eine mehrjährige berufliche Tätigkeit absolviert haben,

lassen sich im Prinzip heute keine inhaltlichen Kriterien mehr für eine Nichtgleichwertigkeit ihres gesamten beruflichen Ausbildungsganges gegenüber dem von Fachhochschulingenieuren finden. Das Feld der Kompensationsmöglichkeiten ist groß und sollte für eine sehr differenzierte Bewertung der ehemaligen DDR-Fachschulstufe genutzt werden.

5 DDR-Abschlüsse in Sonderformen des Studiums

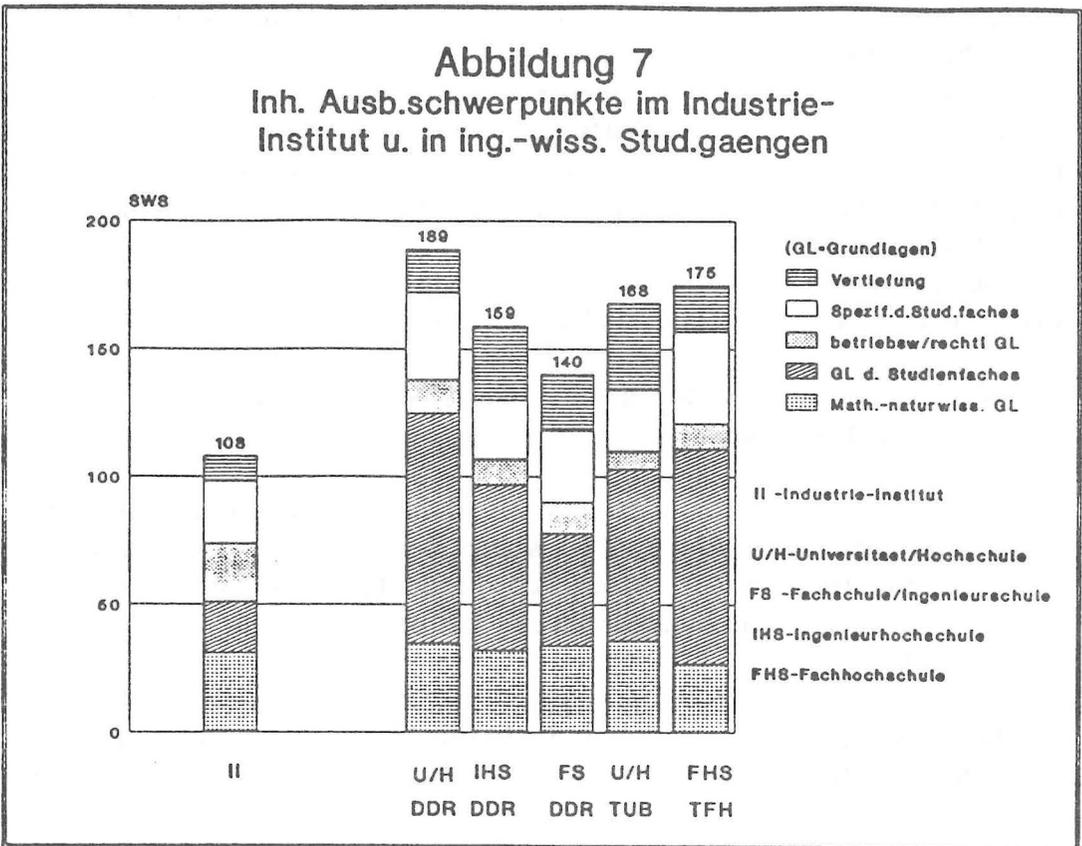
In der DDR konnten Hochschulabschlüsse über verschiedene Sonderformen erreicht werden. Dazu gehörten die Ausbildung an Spezialhochschulen, wie etwa in Bernburg und Meißen, die Ausbildung an Industrieinstituten sowie der Erwerb eines Hochschulabschlusses auf der Basis der Externenordnung. Unsere Analyse von Beispielen zeigt, daß sich die Sonderformen entsprechend ihrer hochschulpolitischen Hauptzielsetzung und deren Realisierung voneinander unterscheiden. So wurden zum einen Sonderformen vor allem deshalb geschaffen, um Leitungskader für die Wirtschaft in kurzer Zeit auszubilden, zum anderen, um Berufstätigen eine schnelle Möglichkeit für wissenschaftliche Qualifizierung zu eröffnen. Die dadurch erworbenen Hochschulabschlüsse sind jeweils unterschiedlich einzuschätzen.

Für die Ausbildung an den Landwirtschaftshochschulen in Bernburg und Meißen und an den Industrieinstituten sind folgende Charakteristika hervorzuheben:

- Das Ziel war die Ausbildung von Kadern für leitende Funktionen auf unterschiedlichen Ebenen.
- Der Zugang zum Studium erfolgte vor allem über Delegation. Studienvoraussetzungen waren Abschluß 10. Klasse, Berufsausbildung und vorhandene Praxiserfahrung in der materiellen Produktion (für Industrieinstitute); hauptsächlich Fachschulabschluß mit Leitungspraxis (für Landwirtschaftshochschulen).
- Die Studiendauer war verkürzt. Sie betrug in der Regel fünf Semester. An den Industrieinstituten war ergänzend ein Vorbereitungslehrgang von 13

Wochen an einer Parteschule oder Schule einer gesellschaftlichen Organisation obligatorisch.

- Das Studium an den Landwirtschaftshochschulen wurde mit dem Abschluß "Diplomagraringenieurökonom" beendet, an den Industrieinstituten wurde der Abschluß "Diplomingenieurökonom des Industrie-Instituts" erteilt.
- Die inhaltlichen Ausbildungsschwerpunkte, wie sie exemplarisch in Abbildung 7 für ein Industrie-Institut im Vergleich zu Ingenieurstudiengängen an unterschiedlichen Hochschultypen sichtbar gemacht werden, zeigen, daß der Anteil an naturwissenschaftlich-technologischer Grundlagenausbildung sehr gering war. Der Anteil für die Spezialisierung im Studienfach war hingegen vergleichsweise relativ hoch. Beides spricht für ein stark spezialisiertes Studium. Der geringe Anteil an SWS zur freien Verfügung des Instituts weist auf ein reglementiertes Studium hin.



Beim Vergleich des Studienganges im Industrie-Institut mit den Studiengängen in den verschiedenen Hochschultypen fällt besonders auf, daß der Anteil an betriebs-, volkswirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen am Industrie-Institut mehr als doppelt so hoch war wie in den anderen Studiengängen. Die Tatsache, daß darüber hinaus die Spezifik des Studienfaches überwiegend aus ökonomischen Anteilen gespeist wurde, kennzeichnet das Studium an Industrie-Instituten im Unterschied zu den Ingenieurstudiengängen eindeutig als ein wirtschaftswissenschaftliches, obwohl mit dem Abschluß "Diplomingenieurökonom" eine eher gleichgewichtige Verbindung von Technik und Wirtschaftswissenschaften assoziiert werden könnte. Außerdem fällt die starke Ideologiebelastung dieser Abschlüsse auf.

Bei entsprechender Praxiserfahrung ihrer Inhaber sollten sie in die Bewertung von wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulabschlüssen der ehemaligen DDR einbezogen werden. Von der Größenordnung her handelt es sich um durchschnittlich jährlich 520 Absolventen dieser Sonderformen, die die durchschnittliche jährliche Absolventenzahl von 2.670 in den Wirtschaftswissenschaften um ca. 20 Prozent erhöhen würden.

Für den Hochschulabschluß nach Externenordnung kommen zwei bereits ange-deutete Charakteristika besonders zum Tragen:

- eine enge Verbindung von Studium und Berufstätigkeit und die Nutzung der Praxis als Kompensationsmöglichkeit für Studienanteile,
- die Öffnung der Hochschule für Berufstätige.

Mit der Externenordnung wurde in der ehemaligen DDR neben den bekannten berufsbegleitenden Studienformen, wie Fern- und Abendstudium, eine kurze, stärker auf den einzelnen bezogene Studienmöglichkeit für Berufstätige geschaffen. Obwohl es in den alten Bundesländern keine vergleichbare Sonderformen gibt, die dem externen Erwerb des Hochschulabschlusses in der ehemaligen DDR entsprechen, gibt es doch Analogien zu solchen Formen, wie Berufsakademien, kooperative Ingenieurausbildung zwischen Fachhochschule und Betrieben, Studium neben dem Beruf als "Berufsintegrierendes Studium". Um eine Antwort auf die Frage geben zu können, wie die Hochschulabschlüsse heute einzuschätzen sind, die über diese Sonderform erworben wurden, erscheinen einige Aussagen zum Vergleich eines externen Abschlusses mit einem im Direktstudium erzielten aufschlußreich:

Der Hauptunterschied zwischen einerseits extern und andererseits durch Direktstudium erworbenem Abschluß bestand darin, daß der Externe

durch Kopplung von unmittelbarer Berufstätigkeit
(nach abgeschlossener Berufsausbildung)
und
autodidaktischem Studium in einer der Berufstätigkeit
entsprechenden Fachrichtung

mehr oder weniger große Anteile des Direktstudiums in dieser Fachrichtung kompensieren konnte.

In den laut Studienplan vorgesehenen Prüfungen und Belegen sowie in der Diplomarbeit - als Voraussetzungen für den Erwerb des Hochschulabschlusses - gab es für Externe im Vergleich zu den Direktstudenten keine Sonderregelungen.

Dem Externen stand für das Erfüllen der Prüfungsanforderungen des Studienplanes ein Zeitraum von 3 Semestern zur Verfügung. Allerdings hatte der Externe den Vorteil, daß die Themenwahl für selbständige wissenschaftliche Arbeiten einen sehr engen Bezug zur ausgeübten Berufstätigkeit haben konnte.

Für die Wertung der in dieser Sonderform erworbenen Abschlüsse kann gelten: Sofern die für den externen Abschluß gewählte Fachrichtung mit dem bereits vorhandenen Berufsabschluß und der Berufstätigkeit übereinstimmten und sofern Externe wie Direktstudenten nach den gleichen Studienplänen ihre Prüfungen ablegten, sollten die Abschlüsse in der Regel gleichgestellt werden.

Anschrift der Verfasserinnen:

Prof. Dr. Getraude Buck-Bechler
Dr. Heidrun Jahn
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst

Ausländer- und Auslandsstudium unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsbeziehungen zu Osteuropa

Aktuelle Probleme und Handlungsbedarf in den neuen Bundesländern

Bärbel Last
Hans-Dieter Schaefer

Im Rahmen des 1991 bearbeiteten Projekts "Auswärtige Wissenschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Osteuropa" wurde als erstes das Ausländer- und Auslandsstudium, ein grundlegender Bereich der internationalen Wissenschaftsbeziehungen, untersucht. Dazu erscheint in Kürze eine Studie der Autoren, die die internationalen Hochschulbeziehungen der DDR als Ausgangspunkt der Problemlage in den neuen Bundesländern darstellt, eingeleitete Veränderungen skizziert sowie abzusehende oder bereits deutlich hervorgetretene Probleme des Anpassungsprozesses signalisiert. Schließlich werden mögliche Schritte zur Lösung der Probleme erörtert. Der vorliegende Artikel faßt wesentliche Ergebnisse der Untersuchung zusammen.

1 Zur Problemlage

In den ostdeutschen Bundesländern erfolgt gegenwärtig eine Neubestimmung der Grundsätze in den auswärtigen Wissenschaftsbeziehungen, die in der Praxis bereits einen Prozeß tiefgreifender Veränderungen eingeleitet hat. Mit diesen Veränderungen wird sowohl den neuen Bedingungen im Innern Rechnung getragen als auch den Wandlungen in Osteuropa, die durch die Beilegung des Ost-West-Konfliktes erstmals eine tatsächlich europäische Perspektive eröffnen. Zweifellos würde es die Profilierung der neuen gesamtdeutschen Hochschullandschaft fördern, wenn die wissenschaftlich tragfähigen Elemente der internationalen Beziehungen der ostdeutschen Universitäten und Hochschulen, darunter vor allem ihre Wissenschaftsbeziehungen zu Hochschuleinrichtungen Osteuropas, für die Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschulen, ihrer Ausbildungsgänge und ihrer Forschungstätigkeit genutzt würden. Das könnte maßgeblich zur Erhöhung ihrer Attraktivität im nationalen wie internationalen Rahmen beitragen und auf lange Sicht als ein Baustein der europäischen Zusammenarbeit dienen.

Auf diesem Hintergrund ist - neben der Berücksichtigung außenpolitischer und sozialer Aspekte - die Maßnahme der Bundesregierung zu sehen, durch BAföG-Gewährung Vertrauensschutz für ausländische Studierende in den neuen Bundesländern sowie für ostdeutsche Auslandsstudenten zu bieten und damit einen unvermittelten Abbruch bestehenden akademischen Austauschs zu verhindern. Landesverwaltungen, Hochschulleitungen, Akademische Auslandsämter und andere Gremien unternehmen zahlreiche Schritte, um Möglichkeiten einer Weiterführung oder Wiederaufnahme derartiger Beziehungen zu sondieren und zweckentsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Dabei liegt es auf der Hand, daß der Prozeß der Umorientierung und Umstrukturierung - die Beseitigung des früheren hochgradigen Zentralismus, das Abgehen von der nahezu vollständigen staatlichen Finanzierung des Ausländer- und Auslandsstudiums und die Begründung neuer Funktionsprinzipien und -mechanismen - beträchtliche, z. T. nicht vorhersehbare Probleme aufwirft. Solche Probleme verlangen nach langfristig tragfähigen Lösungen; bei einigen dieser Fragen besteht unmittelbarer Handlungsbedarf.

2 Wesentliche strukturelle Veränderungen

Gegenwärtig vollzieht sich in den Wissenschaftsbeziehungen der ostdeutschen Hochschuleinrichtungen eine Verschiebung des Schwergewichts von Osteuropa nach Westeuropa. Diese Verschiebung geht nicht nur auf eine "Ostmüdigkeit" der Bevölkerung in den neuen Bundesländern - als Reaktion auf die in der DDR grundsätzlich staatlich verordneten und regulierten Kontakte - und auf das überaus große, jetzt endlich zu befriedigende Interesse an dem wissenschaftlichen Umfeld Westeuropa zurück, sondern zweifellos auch auf die instabile Lage in den meisten osteuropäischen Ländern, von der zwangsläufig negative, hemmende Wirkungen auf die Bildungs- und Wissenschaftsentwicklung in jenen Ländern selbst ausgehen werden. Das in diesem Zusammenhang langfristig zu erwartende Anwachsen des Bildungs- und Wissenschaftsgefälles zwischen den Ländern West- und Osteuropas wird, so muß man annehmen, auch die akademischen Austauschbeziehungen mit den Ländern Osteuropas beeinträchtigen.

Für das Ausländer- und Auslandsstudium der Hochschuleinrichtungen der neuen Bundesländer zeigen sich die Veränderungen in den Schwerpunkten und Strukturen der auswärtigen Wissenschaftsbeziehungen in folgenden, bereits jetzt z. T. deutlich erkennbaren Tendenzen:

- im drastischen Rückgang der Zahl der deutschen Studierenden in Osteuropa, insbesondere in der UdSSR, und einem allmählichen Ansteigen des Studiums in Westeuropa,
- im sinkenden Anteil Studierender aus Osteuropa in den neuen Bundesländern (das betrifft darüber hinaus auch Studierende aus den bisherigen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Schwerpunktländern) und einer neuen Schwerpunktbildung in der regionalen Herkunft der ausländischen Studierenden zugunsten Westeuropas und bestimmter asiatischer Länder,
- im deutlichen Rückgang des auch bisher noch dominierenden "Vollstudiums" (d. h. einer Studiendauer vom Beginn bis zum Erhalt eines akademischen Grades von vier oder mehr Jahren) und in einem deutlichen Anstieg des "Teilstudiums" von durchschnittlich einem oder zwei Semestern beim Ausländer- wie beim Auslandsstudium,
- in einer weiteren Konzentration auf die Sprach- und Kulturwissenschaften im Ausländer- und Auslandsstudium und dem Rückgang des in der Ver-

- in einer regionalen Umstrukturierung in den Vorbereitungskursen aufgrund der Einstufung der Länder Osteuropas in die Bewertungsgruppe 2¹ (bisher wurden diese Kurse von Osteuropäern kaum belegt).

3 Problemfelder

Im folgenden wird auf ausgewählte dringliche Probleme aufmerksam gemacht, die sich bei der Entwicklung des Ausländer- bzw. Auslandsstudiums in den neuen Bundesländern herauskristallisiert haben, und zwar im Zusammenhang mit der

- Entwicklung der Kapazität für das Ausländerstudium,
- Finanzierung und materiellen Sicherstellung von ausländischen Studierenden,
- Vorbereitung auf das Ausländer- bzw. Auslandsstudium,
- Struktur und Gestaltung der Studiengänge des Ausländer- und Auslandsstudiums und
- der sozialen Betreuung und Beratung der ausländischen Studierenden.

Dabei handelt es sich zum einen um Problemfelder, die unmittelbar - d. h. möglichst bis zum Beginn des Wintersemesters 1991/92 - gelöst werden sollten, damit kein Vakuum auf dem Weg von der Auflösung alter zur Installierung neuer Strukturen und Mechanismen entsteht. Zum anderen geht es um Problemfelder, die Ansatzpunkte für eine gezielte Weiterführung und Einordnung von vorhandenen tragfähigen Wissenschaftsbeziehungen zu Osteuropa auf dem Gebiet des Ausländer- und Auslandsstudiums in die sich neu herausbildenden Strukturen bieten. Entsprechende Entwicklungen sind langfristiger Art. Sie sollten jedoch bereits als dringliche Aufgaben bei den gegenwärtigen Schritten und Planungen berücksichtigt werden, da spätere Korrekturen aufwendiger oder überhaupt nur noch schwer möglich wären.

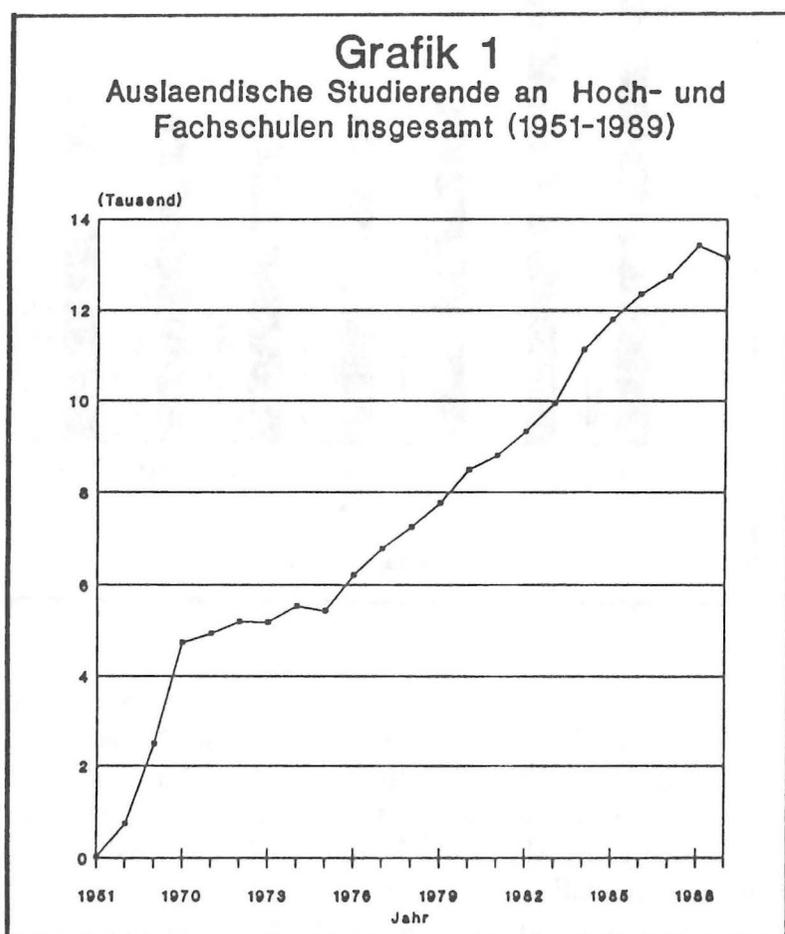
3.1 Ausbildungskapazität für ausländische Studierende

¹ Prüfung zur Feststellung der Eignung für die Aufnahme eines Studiums erforderlich.

berücksichtigt werden, da spätere Korrekturen aufwendiger oder überhaupt nur noch schwer möglich wären.

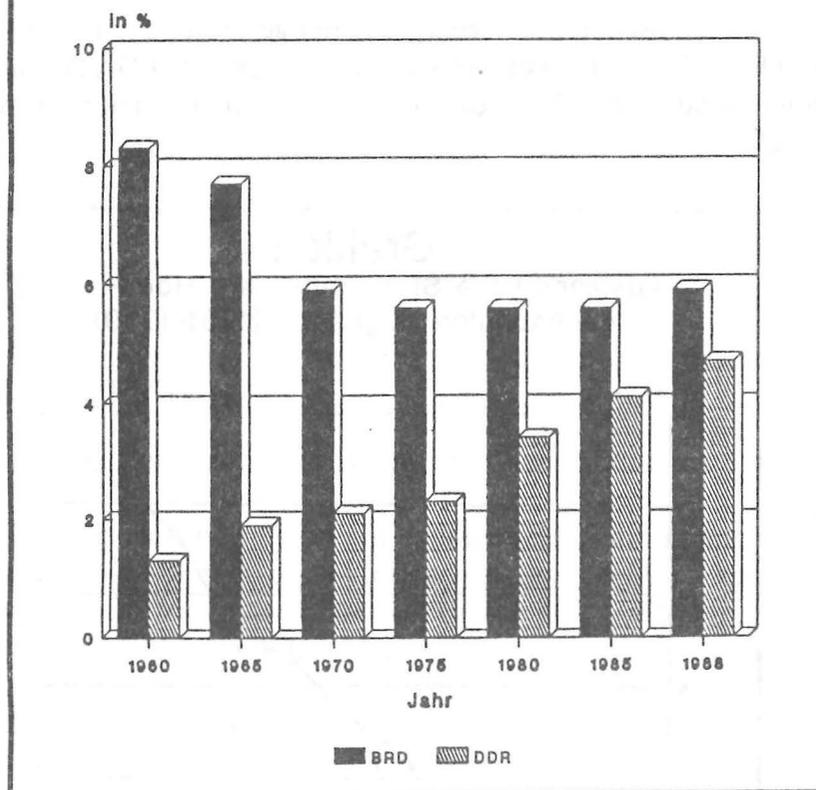
3.1 Ausbildungskapazität für ausländische Studierende

Der Anteil der ausländischen Studierenden an der gesamten Studentenschaft der DDR hatte sich bis Ende der 80er Jahre der entsprechenden Größenordnung in den alten Bundesländern genähert (ca. 5 Prozent Ausländer an den Universitäten und Hochschulen)¹.



¹ Den Grafiken liegen die im Literaturverzeichnis aufgeführten statistischen Materialien zugrunde.

Grafik 2
 Anteil ausl. Studierender an Universi-
 taeten und Hochschulen - BRD/DDR -



Im Ergebnis des zu erwartenden wachsenden Zugangs einheimischer Studierender in den neuen Bundesländern und aufgrund der Abwicklung von Hochschuleinrichtungen mit einem relativ hohen Anteil ausländischer Studierender (das betrifft insbesondere die Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst) erfolgt gegenwärtig ein Abbau der Kapazität für das Ausländerstudium auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Durch die geplante Neugründung von Universitäten (wie besonders im Falle der Europa-Universität Frankfurt/Oder, aber auch anderer Universitäten) und die Gründung von Fachhochschulen unter Einbeziehung vorhandener Kapazitäten (z. B. des Projektes der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) könnte ein Ausgleich geschaffen werden.

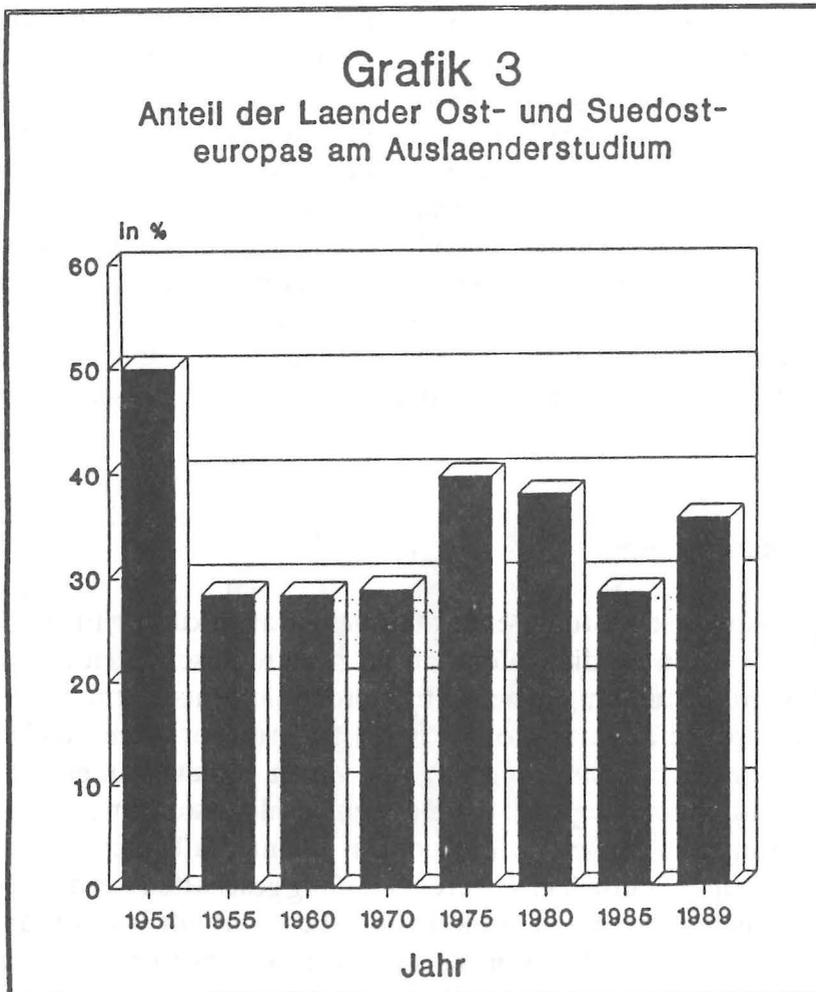
Dabei sollte angestrebt werden, daß die aus der Vergangenheit übernommenen Disproportionen im Ausländeranteil zwischen den einzelnen neuen Bundesländern, die zum Teil bewußt durch die Partei- und Staatsführung der DDR herbeigeführt worden waren, verringert werden.

Mit der Errichtung der Europa-Universität in dem bisher bezüglich des Ausländerstudiums unterentwickeltesten neuen Bundesland Brandenburg könnte ein deutlicher Schritt in diese Richtung gegangen werden.

Beim Aufbau neuer Fachhochschulen sollte von Anfang an die Attraktivität für ausländische Studierende in Rechnung gestellt werden (z. B. durch besondere Stipendienangebote oder auch Betreuungsleistungen), um erklärte Defizite, die in den alten Bundesländern für diese Einrichtungen konstatiert werden, hier nicht zu reproduzieren, sondern einen höheren Anteil ausländischer Studierender zu erreichen.

3.2 Studienfinanzierung

Während es für ostdeutsche Studierende mutmaßlich auch künftig Finanzierungsmöglichkeiten für einen Studienaufenthalt an osteuropäischen Hochschulen - auch für ein Kontaktstudium - geben wird, werden sich entsprechende Möglichkeiten für Studierende aus osteuropäischen Ländern (vor allem auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs) aufgrund der neuen Finanzierungsmodalitäten und in diesem Zusammenhang auch der Devisenlage der osteuropäischen Länder in erheblich geringerem Maße erschließen. Das könnte, falls nicht andere Möglichkeiten in allerdings deutlich geringerem Umfang geschaffen werden, durchaus unerwünschte einschneidende Auswirkungen haben. Das gilt sowohl für Studierende in Richtung auf das Diplom als auch für Angehörige des in unserem Zusammenhang vielleicht noch wichtigeren wissenschaftlichen Nachwuchses. Dabei stellt die hohe Zahl der osteuropäischen Absolventen eines Studiums an DDR-Hochschulen ein beachtliches Potential für wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Ländern dar, ebenso wie die insgesamt rund 5.500 ausländischen Studierenden, deren Studium gegenwärtig durch über 50 Mill. DM aus Bundesmitteln für 1991 gesichert wird. Damit ist eine einmalige, in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit so nicht wieder auftretende Konzentration von Studierenden aus osteuropäischen Ländern an ostdeutschen Hochschulen gegeben, die partiell für die künftige Zusammenarbeit als Potential genutzt werden sollte.



Diese Möglichkeit sollte bei Hochschulpartnerschaften, Absprachen über wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und in Osteuropa berücksichtigt werden, so daß Austauschregelungen zwischen Hochschulen und Fachbereichen die durch den Wegfall zentraler Finanzierung und Regelungen entstandenen Lücken in sorgfältig auszuwählenden Fällen schließen könnten.

Vielfältige, für die ostdeutschen Hochschulen und ihre Partner bisher nicht geläufige Stipendienangebote sollten bekannt gemacht und genutzt werden. Zugleich sollten neue Möglichkeiten geschaffen werden, einschließlich der Stif-

tung von Stipendien als Auszeichnung für hervorragende deutsche Nachwuchswissenschaftler mit Interesse für Osteuropa und ausländische Nachwuchswissenschaftler, wie dies international schon praktiziert wird (Vorschlag aus dem Akademischen Auslandsamt der Technischen Universität Dresden).

Die Lösung dieser Fragen ist auch deshalb besonders dringlich, weil die auf absehbare Zeit äußerst gespannte Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern den ausländischen Studierenden sehr geringe Chancen für eine notwendige Nebenbeschäftigung bietet.

In diesem Zusammenhang machen wir auf ein geradezu brennendes einzelnes Problem aufmerksam, das kurzfristiger Lösung bedarf. In mehreren Fällen (Berlin) steht im Ergebnis der Übernahme der Studentenwohnheime durch das Studentenwerk bezahlbarer Wohnraum für ausländische Studierende nicht mehr im ausreichenden Maße zur Verfügung. Falls bis zum Herbst dieses Jahres diese komplizierte Situation nicht entspannt wird, besteht die Gefahr von Studienabbrüchen oder -unterbrechungen und der Ausreise zahlreicher Studierender aus Osteuropa (und vielleicht noch stärker aus Entwicklungsländern), so daß die Tendenz des Sinkens der Studentenzahlen aus Osteuropa und bestimmten Entwicklungsländern noch verschärft wird.

Wie weitreichend solche zunächst begrenzten Sachverhalte sind, zeigt sich daran, daß durch den Ausfall von Unterbringungsmöglichkeiten für ausländische Studierende zugleich ganze Austauschprogramme - d. h. auch Möglichkeiten des Auslandsstudiums deutscher Studierender - in Frage gestellt sind.

3.3 Studienvorbereitung

Zu den dringendsten Problemen, die bis zum Beginn des Wintersemesters 1991/92 zu lösen sind, gehört die Einrichtung von Studienkollegs für ausländische Studienbewerber, an denen sich diese auf ein Studium an einer Hochschuleinrichtung der neuen Bundesländer vorbereiten können. Wird dem gegenwärtigen Mangel an solchen Einrichtungen nicht sehr schnell abgeholfen, besteht die Gefahr erheblicher Folgeschäden (insbesondere auch für Studierende aus osteuropäischen Ländern, die seit der Vereinigung im Oktober 1990 in der Regel ohne den Besuch eines Studienkollegs nicht zum Studium zugelassen werden). Hier sind vor allem die Länderregierungen in der Verantwortung. Gegenwärtig gibt es erst wenige bindende Festlegungen über die Gründung solcher Einrichtungen, so daß die bis jetzt absehbar zur Verfügung stehenden Kapazitäten nicht

währleistet werden, daß die einzurichtenden Studienkollegs nicht nur solche ausländischen Studienbewerber aufnehmen, die die Absicht haben, im jeweiligen Bundesland zu studieren; bei den ohnehin geringen Kapazitäten könnten hier zusätzliche Disproportionen und Engpässe entstehen.

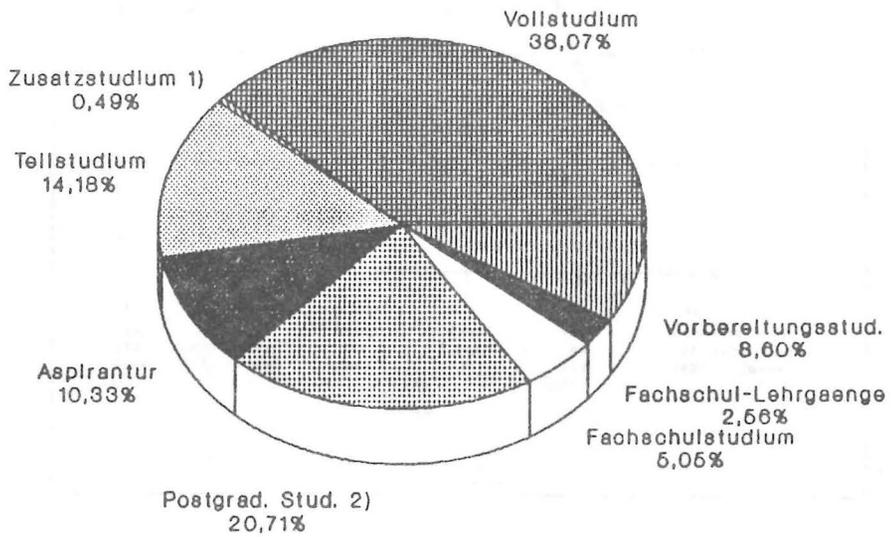
Wie bei der Vorbereitung der ausländischen Studierenden besteht auch hinsichtlich der Schaffung von Voraussetzungen für deutsche Studierende, die ein Studium in einem osteuropäischen Land aufnehmen wollen, unmittelbarer Handlungsbedarf. Man muß davon ausgehen, daß ein Auslandsstudium in osteuropäischen Ländern weitaus größere Probleme, insbesondere der sprachlichen Vorbereitung für den einzelnen Studierenden, aufwirft als ein Studienaufenthalt in einem englisch-, französisch- oder auch spanischsprachigen Land. Die in den neuen Bundesländern vorhandenen Kapazitäten und Erfahrungen zur Vorbereitung auf ein Studium in osteuropäischen Ländern könnten im Rahmen von Neugründungen (z. B. Gymnasien mit fremdsprachlichem Schwerpunkt) bzw. Weiterführung von Russisch-Spezialklassen u. ä. für eine spezielle, insbesondere sprachliche und landeskundliche, Vorbereitung auf ein Auslandsstudium in Osteuropa genutzt und gefördert werden. Solche Einrichtungen könnten langfristig auch für Jugendliche aus den alten Bundesländern attraktiv werden. Darüber hinaus bestehen an den Universitäten der neuen Bundesländer Sprachausbildungskapazitäten, die in Zusammenarbeit mit westdeutschen Universitäten und Hochschulen eine Brückenfunktion ausüben können (und z. T. bereits in dieser Weise wirksam sind).

3.4 Strukturierung der Studiengänge

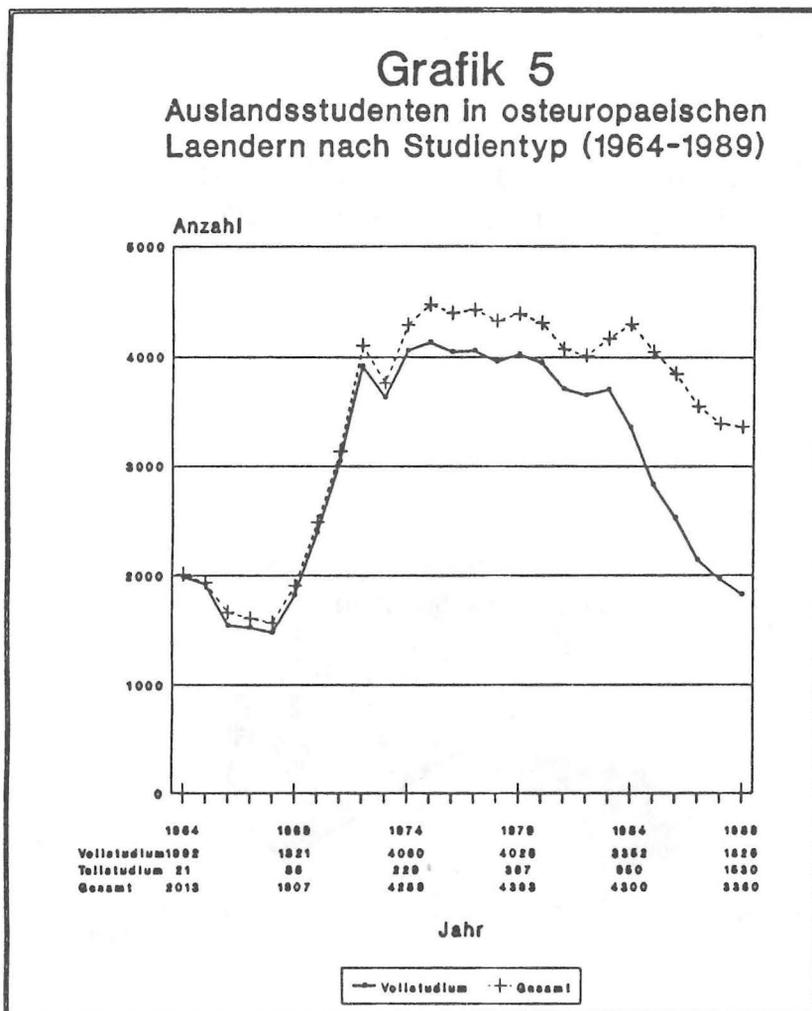
Während das "Vollstudium" als Haupttyp des Ausländer- und Auslandsstudiums unwiderruflich bis zur Mitte der 90er Jahre auslaufen wird, könnten sich die in den letzten Jahren im Austausch mit osteuropäischen Hochschulen verstärkt genutzten "Teilstudien" auf der Basis von Semester- oder Jahresstipendien auch in der Zukunft als tragfähig erweisen. Das gilt sowohl für Teilabschnitte der Studien bis zu einem Diplom als auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Grafik 4

Ausl. Studierende nach Studientyp im Studienjahr 1989/1990



1) mit Hochschulabschluss
2) bzw. Zusatzstudium (ohne
Hochschulabschluss sowie Lehrgaenge)

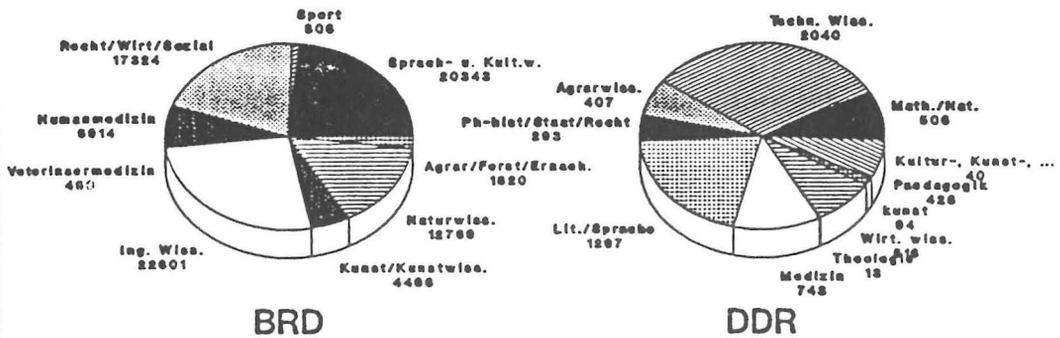


Dabei sollten zwei Aspekte berücksichtigt werden:

- die Gestaltung solcher Studienabschnitte als integrierte Studiengänge, durch die die nach wie vor komplizierten Probleme der Einordnung in und Anerkennung für den Studienablauf im Heimatland gelöst werden können, und
- die Einbettung in internationale Programme (besonders der EG) und in mehrseitige Hochschulpartnerschaften, die westdeutsche, westeuropäische, ostdeutsche und osteuropäische Hochschuleinrichtungen verbinden.

Betrachtet man die Struktur von Ausländer- und Auslandsstudium nach Fächergruppen, so stellt man fest, daß in den letzten Jahren sowohl im Ausländer- als auch im Auslandsstudium (Teilstudium) der DDR eine zunehmende Konzentration auf die Literatur- und Sprachwissenschaften erfolgt ist. An dieser Fächergruppe - im wesentlichen mit den Sprach- und Kulturwissenschaften der alten Bundesländer vergleichbar - wird auch künftig ein stabiles beiderseitiges Interesse zu erwarten sein, an das angeknüpft werden kann.

Grafik 6
Faecherstruktur im Auslaenderstudium
BRD und DDR im Vergleich (WS 1988/89)



3.5 Beratung und Betreuung ausländischer Studierender

Es sollte geprüft werden, in welcher Weise und in welchem Umfang ausländischen Studierenden, vor allem aus osteuropäischen Ländern und Entwicklungsländern, Möglichkeiten sozialer Betreuung, der Beratung und Hilfe bei Problemen des Studiums und der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen angeboten werden können, ohne das bis vor kurzem an DDR-Hochschulen übliche kompakte System der "Betreuung" als Ganzes fortzuführen oder wiederzubeleben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Situation von Studierenden aus Osteuropa (und mehr noch aus der Dritten Welt) an ostdeutschen Hochschulen wesentlich von der englischer oder französischer Studierender an Hochschulen der alten Bundesländer unterscheidet. Akademische Auslandsämter an ostdeutschen Hochschulen arbeiten derzeit auf diesem Gebiet bis an die Grenzen ihrer Kapazität (oder darüber hinaus); hier sind Universitätsverwaltungen, Lehrkräfte und Studenten in hohem Maße gefordert. In diesem Zusammenhang sei auf die studienbegleitende Betreuung und Bildung durch die österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (Wien) und deren Afro-Asiatische Institute verwiesen. Unter Umständen könnten neben vielen anderen Formen solche Aktivitäten, wie z. B. die Gründung einer Deutsch-Ausländischen Gesellschaft an der Universität Leipzig, einem neu entstehenden Problem vorbeugen und zugleich zur Bereicherung des sozialen und kulturellen Lebens der Hochschuleinrichtung beitragen¹.

¹ Die Autoren wurden bei ihren Untersuchungen vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, Arbeitsstelle Berlin-Mitte, unterstützt, indem Einsichtnahme in Materialien gewährt und in Gesprächsrunden die aktuelle Situation und Entwicklungstendenzen dargestellt und erörtert wurden. Dank gebührt der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Berlin, den Akademischen Auslandsämtern der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Leipzig, der Brandenburgischen Landeshochschule, der Technischen Universitäten Dresden und Magdeburg, der Technischen Hochschulen Ilmenau und Zwickau, der Hochschule für Ökonomie Berlin und der Technischen Fachhochschule Berlin-Lichtenberg, die Einsichtnahme in Materialien ermöglichten und durch Diskussion die Arbeit förderten.

Literaturverzeichnis

Ehling, M., Die Entwicklung des Ausländerstudiums im historischen Überblick. In: Pädagogik und Schule, 36(1988)4, S. 174 - 181.

Last, B.; Schaefer, H.-D., Die internationale Dimension der Hochschullandschaft: Ausländer- und Auslandsstudium unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsbeziehungen zu Osteuropa. Ausgangspunkte, Tendenzen und Erfordernisse in den neuen Bundesländern. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin (in Vorbereitung).

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Ergebnisse der Hochschulstatistik, Jg. 1967 - 1975/76, Berlin (unveröffentlicht).

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Ausländische Studierende 1951 - 1980 (unveröffentlicht).

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Ausländische Studierende 1979/80 bis 1989/90 (unveröffentlicht).

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Statistisches Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR, Jg. 1977 - 1989, Berlin (unveröffentlicht).

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Hochschulen und Fachschulen der DDR. Statistischer Überblick, Berlin 1989.

Österreichische Forschungstiftung für Entwicklungshilfe: Dokumentation zum Studientag. Zur Situation der ausländischen Studenten in Österreich: Stipendiaten und Förderungsempfänger aus Entwicklungsländern, ÖFSE, Wien, Sonderheft 1989.

Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen: Ergebnisse der Jahreshauptstatistik. Teil I: Universitäten und Hochschulen, Jg. 1964 - 1966, Berlin (unveröffentlicht).

Statistisches Bundesamt: Bildung im Zahlenspiegel 1990, Stuttgart 1990.

Anschrift der Verfasser:

Dr. Bärbel Last
Prof. Dr. Hans-Dieter Schäfer
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst

Probleme von Absolventen der Wirtschaftswissenschaften 1991 beim Übergang von der Hochschule in den Beruf

Ergebnisse der Grundausswertung einer Orientierungsbefragung

Ruth Heidi Stein

Für Hochschulabsolventen in den neuen Bundesländern ergeben sich durch die Einführung der Marktwirtschaft und den Wegfall der staatlich gelenkten Absolventenvermittlung grundlegend veränderte Bedingungen beim Übergang von der Hochschule in den Beruf.

Im Rahmen einer Problemstudie, in der Prozesse des Übergangs untersucht werden, wurden im Frühjahr 1991 120 Absolventen und Absolventinnen der Wirtschaftswissenschaften von vier Universitäten und Hochschulen der neuen Bundesländer nach ihren Arbeitsmarktchancen, ihren Strategien für den Berufseinstieg, Meinungen und Wünschen gefragt. Der Artikel stellt die Ergebnisse der Grundausswertung dieser Befragung vor.

1 Zielstellung

Im Rahmen einer Problemstudie zu Übergangsprozessen von Hochschulabsolventen in den neuen Bundesländern wurden 120 Absolventen und Absolventinnen der Wirtschaftswissenschaften des Jahrgangs 1991 schriftlich befragt.

Diese Absolventen haben den größeren Teil ihres Studiums in der ehemaligen DDR durchgeführt in der Gewißheit, ihre hier erworbenen Kenntnisse nach Abschluß des Studiums beruflich verwerten zu können an einem Arbeitsplatz, den viele von ihnen schon vor Aufnahme des Studiums kannten. Sie wußten um ihre künftigen Aufgaben und um das soziale Umfeld, das sie hier erwarten würden.

Die totale Veränderung dieser Situation unter den neuen gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Bedingungen wirft unter anderem folgende Fragen auf:

Was ergibt sich für diese Absolventen aus dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft? Entspricht das im Studium erworbene Wissen den Anforderungen eines Arbeitsmarktes, der sich wesentlich von dem unterscheidet, für den es ursprünglich konzipiert war? Welche Chancen haben sie auf diesem Arbeitsmarkt vor allem in der Konkurrenz mit Absolventen vergleichbarer Studienrichtungen aus den alten Bundesländern? Wie verhalten sich die Absolventen unter den veränderten Bedingungen? Welche Strategien entwickeln sie für den Übergang in den Beruf? Wie ausgeprägt sind bei ihnen jene Qualitäten, die auf dem neuen Arbeitsmarkt von ihnen erwartet werden: Leistungs- und Mobilitätsbereitschaft, Kreativität, Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Teamfähigkeit. Wie sehen sie sich in dieser Situation, wie wirkt sie sich auf ihr Selbstwertgefühl aus?

Vor allem aber: Welche Hilfe brauchen sie in einer Zeit, in der die alten Strukturen der Absolventenvermittlung und des Berufseinstiegs zusammengebrochen, neue aber noch nicht ausgebaut sind? Welcher Handlungs- und Entscheidungsbedarf auf der Ebene des BMBW, auf Länder- und Hochschulebene ergibt sich daraus?

Ziel der Befragung war es, auf einige der hier aufgeworfenen Fragen eine Antwort zu finden. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß es sich nicht um eine repräsentative Untersuchung, sondern um eine Fallstudie handelt, um eine Orientierungsbefragung, die, verbunden mit Expertengesprächen und Dokumentenanalysen, gleichzeitig im Sinne einer Vorstudie Pilotfunktion für eine ange-

strebte größere empirische Untersuchung, möglichst als Vergleichsuntersuchung mit Absolventen der alten Bundesländer, haben könnte.

Im Sinne einer Komplementärstudie zu der hier vorgestellten Befragung ist für das zweite Halbjahr 1991 eine Problemanalyse aus der Sicht des Arbeitsmarktes geplant, in der der Frage der Akzeptanz der Absolventen bei ihren künftigen Arbeitgebern nachgegangen wird.

Erst wenn beide Studien vorliegen, läßt sich ein vollständigeres Bild der Situation geben, lassen sich eventuell notwendige Berufsstart- und Orientierungshilfen auf Bundes-, Länder- oder Hochschulebene exakter formulieren.

2 Problem- und Aufgabenstellung

Für die Untersuchung der in der Zielstellung genannten Probleme bieten sich Absolventen der Wirtschaftswissenschaften aus mehreren Gründen an:

- Wirtschaftswissenschaften sind eine Studienrichtung, bei der man im allgemeinen davon ausgeht, daß das im Studium erworbene, für planwirtschaftliche Anwendung bestimmte Wissen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu großen Teilen moralisch entwertet ist. Es handelt sich um eine Studienrichtung, die nicht so stark ideologisch überfrachtet ist wie einige andere Gesellschaftswissenschaften in der ehemaligen DDR, die aber auch nicht in dem Maße ideologieindifferent und systemunabhängig ist wie naturwissenschaftliche und technische Fächer. Welche Unterschiede es in bezug auf die hier relevanten Probleme allerdings zwischen den Absolventen der Wirtschaftswissenschaften und denen anderer Richtungen tatsächlich gibt, kann erst in weiteren Untersuchungen geklärt werden.
- Wirtschaftswissenschaften sind zudem ein Fach, in dem es seit 1969 einen stetig steigenden Frauenanteil gibt, der sich in den letzten 10 Jahren auf einen Stand zwischen 73 Prozent und 82 Prozent eingependelt hat. Da mit dieser Studie auch untersucht werden sollte, ob es für Frauen besondere Übergangsprobleme gibt, bietet sich die Studienrichtung bereits aus quantitativen Gründen für eine vertiefende Untersuchung an. Daß sich für Frauen in den neuen Bundesländern die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt im Ganzen gesehen verschlechtern, wird schon jetzt sehr deutlich.
- Wirtschaftswissenschaften sind aber auch ein Fach, das unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für Männer in den fünf neuen Ländern wieder

interessanter wird. Die Tatsache, daß Wirtschaftswissenschaften in den alten Bundesländern eine Domäne der Männer sind, wird künftig mit hoher Wahrscheinlichkeit eine gewisse Verdrängung von Frauen in den neuen Ländern aus diesem Fach begünstigen. Schon jetzt kommen z. B. 50 Prozent der eingegangenen Bewerbungen für das Wintersemester 1991/92 im Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig von Männern.

Aus diesen Gründen wurden die Wirtschaftswissenschaften als Feld der Analyse gewählt. Dabei sollen zugleich konkurrierende Hypothesen bestätigt oder widerlegt werden, die etwa folgendermaßen zu formulieren sind:

1. die **radikale Hypothese**: Absolventen der Wirtschaftswissenschaften von DDR-Universitäten sind in bezug auf ihre Berufsaussichten unter den marktwirtschaftlichen Bedingungen der alten Bundesländer eine "génération perdu". Es fehlt ihnen an den notwendigen fachlichen Kenntnissen und - aufgrund ihrer DDR-spezifischen Sozialisation - auch an den Persönlichkeitsmerkmalen, die sie für eine Karriere unter so grundlegend veränderten Bedingungen prädestinieren würden. Für Frauen gilt dies in noch stärkerem Maße; sie sind für eine höhere berufliche Laufbahn ohnehin weniger geeignet.
2. die **inhaltliche Hypothese**: Sie bezieht sich auf Lerninhalte und geht davon aus, daß mit der Ausbildung spezielle berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt wurden, die auch unter veränderten Bedingungen in der einen oder anderen Weise genutzt werden können.
3. die **generalisierende Hypothese**: Sie gründet sich darauf, daß ein Hochschulstudium, **unabhängig** von den konkreten Lerninhalten, grundlegende Kompetenzen vermittelt, die für die Ausübung eines akademischen Berufes befähigen: die Art und Weise des Herangehens an Probleme und ihre Bewältigung, logisches Denken, selbständiges wissenschaftliches Arbeiten, Kreativität, soziale Kompetenz, Persönlichkeitseigenschaften.

Zu den Problemen, die in diesem Bericht behandelt werden, gehören erfragte objektive Sachverhalte, aber auch Meinungen und Wertungen der Absolventen, wie sie vor allem in der Beantwortung der offenen Fragen geäußert wurden. Generell war der Fragebogen so angelegt, daß er solchen offenen Meinungsäußerungen verhältnismäßig breiten Raum gab, der allerdings unterschiedlich genutzt wurde.

Auf mehrstufige Antwortskalen wurde verzichtet, obwohl die Ja-Nein-Alternative natürlich nicht ausreicht, um differenziertere Probleme und Zwischentöne auszuloten. Dieser Verzicht auf einen komplizierteren Fragebogen ist u. a. der Tatsache geschuldet, daß die Bereitschaft, sich an solchen und anderen Aktionen, zum Beispiel den ursprünglich geplanten Gruppendiskussionen, zu beteiligen, bei den Studenten wesentlich geringer ist als zu DDR-Zeiten. Die Studenten waren zudem in der Diplomphase und hatten darüber hinaus überdurchschnittlich hohe Lehrbelastungen. Das schränkte den Methodenspielraum zusätzlich ein. Eine akzeptable Beteiligung an den Befragungen wurde nur erreicht, wenn sie innerhalb einer Lehrveranstaltung durchgeführt werden konnten; da das nicht immer möglich war, gab es schmerzliche Ausfälle.

Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß es sich um die **erste Auswertung**, um die Ermittlung der quantitativen Verteilungen handelt; Korrelationsanalysen stehen noch aus.

Eine Reihe der hier behandelten Probleme sind nur vor dem Hintergrund der Kenntnis früherer DDR-Praktiken zu verstehen, z. B. die Probleme Delegation und Vorpraktikum, der Absolventenvermittlungsprozeß und andere. Solche Kenntnisse werden, wo es sich anbietet, als kommentierende Erläuterungen mitgeliefert.

3 Beschreibung des Problemfeldes und der Stichprobe

3.1 Zum Studiengang Wirtschaftswissenschaften in der ehemaligen DDR und im Prozeß der Umgestaltung

In der Studienrichtung Wirtschaftswissenschaften mit 28 Fachrichtungen wurde in der ehemaligen DDR im Direktstudium (Präsenzstudium) an 20 Hochschulen ausgebildet; an 16 von ihnen konnte man auch im Fernstudium studieren, und zwar in 23 Fachrichtungen. Dazu kam noch das Fachschulstudium an 48 Einrichtungen im Direkt-, an 45 im Fern- und an 13 Einrichtungen im Abendstudium.

Im Fachschulstudium bewegten sich die jährlichen Absolventenzahlen seit 1980 um 8.500, davor lagen sie wesentlich höher, seit 1982 weisen sie fallende Tendenz auf.

Schon bald nach der "Wende" wurden an den meisten Hochschulen die Lehrpläne umgestaltet und marktwirtschaftlichen Erfordernissen so gut wie möglich angepaßt, einzelne Fachrichtungen entfielen, gingen in der Fachrichtungsgruppe auf, wurden umbenannt.

Professoren und Dozenten aus den alten Bundesländern wurden konzentriert in die Lehre einbezogen, um bereits dem Absolventenjahrgang 1990 noch marktwirtschaftliche Grundkenntnisse auf den Weg zu geben und damit seine Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. In der Regel wurde eine einsemestrige Studienverlängerung angeboten, die vor allem von jenen genutzt wurde, denen es noch nicht gelungen war, sich anderweitig zu orientieren; ähnliche Regelungen wurden für den Jahrgang 1991 getroffen.

Es gab an fast allen Hochschulen Konzeptionen für neue oder neu zu gestaltende Studiengänge, zumeist eng angelehnt an die jener Hochschulen in den alten Bundesländern, mit denen man die engsten Kontakte hatte.

Der Prozeß der Abwicklung und Neugründung (durch Dekane aus den alten Bundesländern) ist zur Zeit an den meisten Hochschulen in vollem Gange. Die Mehrzahl der Studienordnungen ist noch in Arbeit oder harret der Bestätigung durch die Länderministerien.

3.2 Beschreibung der Stichprobe

Die 120 Absolventen, die in diese Grundausswertung eingehen, haben an vier Universitäten studiert (Tab. 1).

Die Fachbereiche Wirtschaftswissenschaften der Universitäten Berlin, Leipzig und Halle werden zur Zeit abgewickelt und neu gegründet. Die Hochschule für Ökonomie Berlin wird zur Gänze abgewickelt.

Leistungsfähige Bereiche dieser Hochschule sowie der Ingenieur-Hochschulen Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wartenberg gehen in eine neu zu gründende Fachhochschule für Technik und Wirtschaft ein.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe nach Einrichtungen

Einrichtung	Absolventen Anzahl	in %
Humboldt-Universität Berlin	43	36
Universität Leipzig	20	17
Martin-Luther-Universität Halle	40	33
Hochschule für Ökonomie Berlin	15	12
nicht zuzuordnen	2	2
Gesamt	120	100

Der Frauenanteil unter den Befragten entspricht mit 81 Prozent etwa dem der Studienrichtung insgesamt in der ehemaligen DDR.

32 Prozent aller Befragten sind verheiratet, zwei Prozent leben in einer Lebensgemeinschaft, und 46 Prozent gaben an, alleinstehend zu sein. 14 Prozent haben ein Kind, zwei Prozent zwei Kinder. Das ist insgesamt weniger als in den zurückliegenden Jahren in der DDR, für die eher die Familiengründung während des Studiums typisch war.

Die Angaben zur studierten Fachrichtung waren sehr uneinheitlich, was darauf zurückzuführen ist, daß einige die Richtung angaben, für die sie immatrikuliert wurden, andere die inzwischen umgestellten Studiengänge. Dabei ergibt sich dieses Bild:

Tabelle 2: Zusammensetzung der Stichprobe nach Fachrichtungen

Studierte Fachrichtungen	Absolventen in %
Volkswirtschaft	35
Betriebswirtschaft	3
Finanzwirtschaft	32
Arbeitsökonomie	29
Außenwirtschaft	1
Gesamt	100

Leider kann aufgrund des genannten Antwortverhaltens der Absolventen nicht eruiert werden, ob die Vermittlungschancen in den studierten Fachrichtungen unterschiedlich sind. Hierzu müssen die Aussagen der Experten herangezogen werden.

Das Durchschnittsalter der weiblichen Absolventen beträgt 23 Jahre, das der männlichen, bedingt durch den abgeleisteten Wehrdienst, 25 Jahre. Auch hierin unterscheidet sich die Population nicht vom Durchschnitt in der ehemaligen DDR. Insgesamt stellt sich die Alterszusammensetzung folgendermaßen dar:

Tabelle 3: Zusammensetzung der Stichprobe nach Alter

Alter	in %
22 Jahre	9
23 Jahre	65
24 Jahre	14
25 Jahre	4
26 Jahre	3
30 Jahre	3
k.A.	2
	100

4 Ergebnisse der Grundausswertung

4.1 Vorpraktikum, Delegation, Arbeitsvertrag

Für ein Studium der Wirtschaftswissenschaften in der DDR waren seit 1976 neben der Hochschulreife berufliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen erforderlich, die über eine abgeschlossene **Berufsausbildung** oder die Absolvierung eines **Vorpraktikums** erworben werden konnten. Letzteres wurde nach ausgesprochener Zulassung in volkseigenen Kombinat, Betrieben und Ein-

richtungen durchgeführt und dauerte in der Regel ein Jahr. Viele Betriebe ermöglichten den Praktikanten, besonders in den ersten Jahren nach Einführung der Regelung, während dieser Zeit einen Berufsabschluß zu erwerben.

Sehr häufig war mit dem Vorpraktikum eine Delegation zum Studium durch den Betrieb, in dem das Vorpraktikum durchgeführt wurde, verbunden.

Die Delegation zum Direktstudium wurde für einige Fachrichtungen ausdrücklich gefordert, für das Fern- und Abendstudium war sie zwingend vorgeschrieben. In technischen und ökonomischen Fachrichtungen wurde sie sehr häufig praktiziert.

Zur Delegation gehörte in der Regel ein Qualifizierungsvertrag, in dem Rechte und Pflichten des Delegierten und des Betriebes für die Studienzeit einschließlich der in der Studienordnung vorgeschriebenen Praktika festgelegt wurden.

Für viele Betriebe war die Delegation das Mittel, ihren Bedarf an Hochschulabsolventen langfristig planen und decken zu können.

In den letzten Jahren war die Praxis zunehmend so, daß nicht nur Abiturienten mit Berufsausbildung, Vorpraktikanten oder junge Facharbeiter mit Vorkurs delegiert wurden, sondern zunehmend auch Abiturienten der Erweiterten Oberschulen.

Diese Delegierungspraxis führte unter anderem zu einem Sinken der territorialen Mobilität der Studenten - die Neigung, nach abgeschlossenem Studium wieder ins Heimatterritorium zurückzukehren, war bei den Absolventen sehr ausgeprägt -, aber auch dazu, daß für bestimmte Bereiche der Absolventenbedarf nie gedeckt werden konnte.

Die Zusage eines Betriebes an den Absolventen, nach Abschluß des Studiums eine seiner Qualifikation entsprechende Arbeitsstelle, Förderung und Weiterbildung zu erhalten, bedeutete jedoch für ihn eine gesicherte berufliche Zukunft und die Gewißheit, den Vorschlägen der Absolventenvermittlung in Ruhe entgegenzusehen zu können.

Solche bereits getroffenen Zusagen verloren jedoch nach der "Wende" in der DDR schlagartig ihre Verbindlichkeit. Nicht nur sie, sondern die meisten der im Rahmen der Absolventenvermittlung bereits abgeschlossenen Verträge, Vorverträge oder gegebenen Zusagen wurden schon beim Absolventenjahrgang 1990 zurückgezogen, wie Gespräche an den Hochschulen und die Einsicht in die Studiendokumente ergaben, obwohl dieser Jahrgang noch "ordentlich vermittelt"

worden war, d. h. schon im vorausgehenden Herbst kannte jeder Absolvent seinen künftigen Einsatzort und wußte ihn zu diesem Zeitpunkt noch gesichert. Für den Absolventenjahrgang 1991 fand kein Vermittlungsprozeß mehr statt.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen, wie sich der Weg zum Studium und die Situation danach für unsere Population darstellen.

Tabelle 4: Wege zum Erwerb der Hochschulreife

Hochschulreife	in %
Abitur an der Erweiterten Oberschule	79
Berufsausbildung mit Abitur	16
Fachschulabschluß	2
Vorkurs	1
Sonstiges	3
	101

Diese Verteilung entspricht ziemlich genau der, die in früheren Untersuchungen bei den Ökonomie-Absolventen ermittelt wurde.

Absolvierung eines Vorpraktikums

ja	=	65 %
nein	=	22 %
k. A.	=	13 %

Die Frage nach einer Delegation zum Studium bejahten annähernd 50 Prozent der Befragten (n = 58). Von diesen erhielten 74 Prozent ihre Delegation vom Vorpraktikumsbetrieb und 26 Prozent von einem anderen Betrieb.

Auf die Frage, ob es eine feste Zusage bzw. einen Vorvertrag für eine Einstellung nach Abschluß des Studiums gab, antworteten 71 Prozent mit "ja", 38 Prozent der Gesamtpopulation bekamen dabei eine Zusage vom Vorpraktikumsbetrieb, 23 Prozent von einem anderen Betrieb, die anderen äußerten sich hierzu nicht.

Bei der Frage, was aus dieser Zusage/dem Vertrag geworden ist, stellt sich die Verteilung der Antworten folgendermaßen dar:

Tabelle 5: Verteilung der Antworten auf die Frage, was aus den Einstellungszusagen bzw. Verträgen wurde (mehrere Antworten möglich)

Aussagen	
- ich werde in diesem Betrieb arbeiten	6 %
- der Betrieb hat die Zusage zurückgenommen/ den Vertrag gekündigt	39 %
- der Betrieb wurde/wird aufgelöst	21 %
- ich sehe keine Perspektive mehr für mich in diesem Betrieb	19 %
- andere Gründe	18 %

Andere Gründe (offene Frage) waren u. a. der Umzug in einen anderen Ort, ein Fachrichtungswechsel oder die eigene Kündigung des Vertrages. Bei sehr wenigen wurde noch keine endgültige Aussage getroffen.

An dieser Stelle ist der Punkt erreicht, an dem für die Mehrzahl der Absolventen der Berufsstart von einem bis dahin durch die Absolventenvermittlung vorbereiteten, weitgehend problemfreien, sanften Hinübergleiten in eine neue Lebensphase zu einer Hürde wird, auf die sie nicht vorbereitet waren. Es ist ein Kernproblem der Untersuchung, wie sie diesen Bruch bewältigen. Bevor hierzu Aussagen getroffen werden, erscheint es angebracht zu erläutern, was in der ehemaligen DDR **Absolventenvermittlung** bedeutete.

Per definitionem war sie der konkrete Prozeß, in dem bei der gesellschaftlich organisierten Wahl der ersten Arbeitsstelle volkswirtschaftliche Belange und persönliche Interessen der Absolventen vereinbart werden sollten. Gesetzliche Grundlage war die Absolventenordnung von 1971, zu der entsprechende Zusatzbestimmungen und jährliche Orientierungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen erlassen wurden. Sie diente dazu, das Recht jedes Absolventen auf einen seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz durchzusetzen, war gleichzeitig ein Instrument, das jährliche Absolventenaufkommen entsprechend bestimmter volkswirtschaftlicher Prioritäten zu verteilen - was zunehmend weniger gelang - und diente auch den Hochschulen dazu, die Lenkung ihrer Absolventen zu beeinflussen.

Etwa zwei Jahre bevor ein Absolventenjahrgang die Hochschule verließ wurde von zentralen staatlichen Stellen - Staatliche Plankommission und Fachministerien - eine **Absolventenbilanz** erarbeitet, in der die Gesamtzahl der Absolventen und ihre Struktur nach Fachrichtungen enthalten waren. Die unterstellten Wirtschafts- bzw. territorialen Einheiten, d.h. die Kombinate sowie die Bezirks- und Kreisplankommissionen, gliederten sie auf die Ebene der Betriebe und Institutionen, also die künftigen Einsatzorte der Absolventen, auf. Diese erarbeiteten die **Einsatzcharakteristiken** als konkrete Grundlage des Vermittlungsprozesses. Sie enthielten Informationen über Arbeitsaufgaben, Gehalt und soziale Leistungen des Betriebes wie Wohnraum, Kinderbetreuung, Ferienheime und wurden den Hochschulen zu Beginn des vorletzten Studienjahres der Studenten übergeben.

Hochschulkommissionen führten danach die **Einsatzgespräche**, die mit verbindlichen Festlegungen über die Arbeitsaufnahme in einem bestimmten Betrieb beendet wurden, den **Einsatzbeschlüssen**. Diese wiederum stellten die rechtliche Grundlage für die **Arbeitsverträge** dar, die in der Regel bis zum 30. Oktober des

dem Studienabschluß vorausgehenden Jahres bereits abgeschlossen waren. Die Betriebsbindung der Absolventen betrug drei Jahre.

Es muß angemerkt werden, daß die Absolventenvermittlung insbesondere in den letzten Jahren die Interessen und Wünsche der Absolventen in bezug auf bestimmte Stellen und Einsatzorte weitestgehend berücksichtigte. Teilweise unter Umgehung von gesetzlichen Regelungen und staatlichen Auflagen tauschten die Hochschulen untereinander Einsatzcharakteristiken aus, zusätzliche wurden aus Betrieben, die man kannte, beschafft, mehr Absolventen gemeldet als tatsächlich existierten, um mehr Einsatzcharakteristiken zu erhalten und damit die Wahlmöglichkeiten für die Absolventen zu erweitern usw.

Viele Studenten suchten sich ihre Arbeitsstellen auch selbst, obwohl die gesetzlichen Regelungen das nicht vorsahen. Auch diese Tendenz verstärkte sich in den letzten Jahren.

4.2 Berufsaussichten und -vorstellungen, Aktivitäten und Wünsche der Absolventen

Gemessen daran, daß bis zum Jahre 1989 fast alle Studierenden schon etwa ein Jahr vor dem Abschluß ihres Studiums einen Arbeitsvertrag unterschrieben hatten, sind 23 Prozent, die auf die Frage "Haben Sie eine sichere Aussicht auf eine Arbeitsstelle" im April/Mai diesen Jahres mit "ja" geantwortet haben, eine bescheidene Zahl.

Die meisten von ihnen haben sich diese Stelle über persönliche Kontakte oder durch Praktika in Firmen auch der alten Bundesländer selbst gesucht, fünf nannten Kontakte zu Hochschullehrern, nur drei eine Firmenpräsentation, die zu einer Zusage führte. Die letztgenannte Art der Vorstellung zum Zwecke der Werbung von Absolventen praktizierten Firmen der alten Bundesländer in allen untersuchten Hochschulen; es waren vorwiegend Banken und Versicherungen, aber auch größere Industrieunternehmen wie Mercedes Benz oder Schering.

Niemand aus der Gruppe dieser 27 Absolventen erhielt seine Stelle über eine Annonce. Auch dies mag dem Befragungszeitpunkt geschuldet sein; bei den meisten "laufen" die Bewerbungen gerade¹.

In offener Form wurde die Gruppe derjenigen, die bereits Einstellungszusagen haben (n = 27), danach gefragt, welche Gründe den künftigen Arbeitgeber ihres Erachtens bewogen haben, gerade sie für diese Stelle ausgesucht zu haben. An die größere Gruppe mit den noch ungewissen Zukunftsaussichten (n = 93) wurde - ebenfalls in offener Form - die Frage gerichtet, warum Bewerbungen und Firmenangebote **noch nicht** zu einer Einstellungszusage geführt haben². Bei den Antworten wurden naturgemäß zumeist mehrere Gesichtspunkte genannt. Die drei wichtigsten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

¹ Sicherlich ist es nicht unproblematisch, solche Unterlagen noch vor dem Abschluß des Studiums zu stellen; trotzdem wurde der Zeitpunkt bewußt gewählt, um den Prozeßverlauf der Arbeitsplatzsuche unter veränderten Bedingungen auch zeitlich zu erfassen.

² Diese Aussagen werden zu einem späteren Zeitpunkt denen von Arbeitgebern gegenübergestellt.

Tabelle 6: Kriterien der künftigen Arbeitgeber für die Einstellungszusage aus der Sicht der Absolventen (mehrere Antworten möglich)

<p>1. Qualifikation: Hochschulabschluß, Ausbildungsrichtung, spezielle Fertigkeiten</p>	<p>67 %</p>
<p>2. Persönlichkeitseigenschaften und individuelle Qualitäten; genannt wurden Selbstbewußtsein, Eigenständigkeit, Mobilität, Aktivität, Einsatzbereitschaft, Interesse, Einfallsreichtum, Kommunikations- und Organisationsvermögen, Arbeitswilligkeit, Umgang mit Menschen und anderes</p>	<p>62 %</p>
<p>3. Erfahrungen im Betrieb: Praktikum, Ferienarbeit, Delegation u.a.</p>	<p>24 %</p>

Ganz anders sehen jene, deren Bemühungen noch nicht von Erfolg gekrönt waren, die Ursachen hierfür:

Tabelle 7: Gründe (Kriterien), warum Angebote/Bewerbungen noch nicht Erfolg geführt haben aus der Sicht der Absolventen (mehrere Antworten möglich)

1.	fehlende Qualifikation: Studium und Abschluß nicht anerkannt; falsche Uni, falsche Studienrichtung, fehlende spezielle Kenntnisse wie Sprach- und Computerkenntnisse; fehlende Praxis usw.	45 %
2.	Zeitpunkt der Bewerbung zu früh; Bewerbungen laufen; noch nicht genügend Bewerbungen verschickt	36 %
3.	kein Bedarf an Neueinstellungen, Arbeitsmarkt übersättigt, Bewerbung bei Betrieben chancenlos	34 %
4.-6.	männlich bevorzugt, weiblich als Hinderungsgrund; Bevorzugung von Absolventen aus den alten Bundesländern; überqualifiziert für Arbeitsstelle, Angebote auf zu geringem Niveau	je 4 %
7.	Einstellungstest nicht bestanden; nicht der richtige Typ für Stelle	3 %
8.	möchte auswählen, mich für den besten Job entscheiden	1 %

n = 47

Eine schlüssige Interpretation dieser völlig unterschiedlichen Antwortmuster ist ohne eine tiefergehende statistische Auswertung der Befragungsergebnisse gegenwärtig noch nicht möglich.

Grundsätzlich lassen sich mehrere Erklärungen denken:

1. Die Antworten widerspiegeln die tatsächlich von den Absolventen gemachten Erfahrungen bei der Stellensuche.
In diesem Zusammenhang sei an die Eingangshypothesen erinnert, die in ihrer Entgegengesetztheit gängige Arbeitgebermeinungen repräsentieren.
2. Die erfolgreichen Absolventen sind in der Tat die leistungstärkeren und aktiveren, während die anderen die leistungsschwächere und inaktivere Gruppe bilden.
3. Zur Gruppe derer, die zu diesem Zeitpunkt noch ohne sichere Aussicht auf einen Arbeitsplatz waren, gehören vor allem diejenigen, die selbst stärker auswählen und nicht die erste beste Stelle nehmen. Für diese Annahme würde auch die Rangfolge der Entscheidungskriterien für die Stellenwahl sprechen (vgl. Tab. 10).
4. Den Aussagen liegt das bekannte Phänomen zugrunde, daß Ursachen für Erfolge eher innerhalb, für Mißerfolge eher außerhalb der eigenen Person gesucht werden.

Daß es z. Z. zumindest in dieser Fachrichtung noch keine gravierenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Arbeitsmarktchancen gibt, zeigt sich nicht nur an der geringen Zahl derjenigen, die meinen, daß "weiblich als Hinderungsgrund" gesehen werden müsse. Aus dieser Befragung ergibt sich, daß existierende Probleme überwiegend geschlechtsübergreifender Natur sind, d. h. Frauen und Männer gleichermaßen betreffen. So ergaben Gespräche, daß Firmen kaum Unterschiede bei der Absolventenauswahl machen, solange die Kandidaten unabhängig, flexibel und mobilitätsbereit sind.

Anders wird die Situation, wenn Frauen Kinder zu versorgen haben. In dieser Untersuchung haben nur einige diese Tatsache als Motiv für Ortsgebundenheit angegeben. Da aber die Anzahl der Frauen mit Kindern in der Population insgesamt sehr niedrig war, läßt sich der Trend nicht verallgemeinern. Wenn man

die Arbeitslosenstatistiken und die Rekrutierungspraktiken der meisten Firmen bei der Stellenbesetzung als gesellschaftliches Phänomen betrachtet, so springt ins Auge, daß vor allem alleinerziehende Frauen schlechtere Arbeitsmarktchancen haben. Daher sollte das Problem auch in künftigen Absolventenuntersuchungen unbedingt explizit betrachtet werden.

Es muß aber auch angemerkt werden, daß ein relativ hoher Anteil der zweiten Gruppe zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht allzuviel für die Sicherung seiner beruflichen Zukunft unternommen hatte. Wie die folgende Tabelle zeigt, hat sich mehr als die Hälfte von ihnen "erst einmal umgesehen". Selbst wenn man davon ausgeht, daß eine solche Antwort durchaus nicht allein dastehen muß und daß der Befragungszeitpunkt noch mehrere Monate vor dem absehbaren Berufseinstieg lag, zeigt sich in diesem Fakt doch eine gewisse Sorglosigkeit, die möglicherweise auch einem Gefühl der Befreiung nach dem Wegfall des bis dahin zwanghaft vorgeschriebenen Studien- und Berufsverlaufs geschuldet sein könnte; dafür sprechen einige "Randbemerkungen" in den Fragebogen.

Tabelle 8: Rangfolge der Antworten auf die Frage "Was haben Sie für Ihre berufliche Zukunft bereits unternommen?"
(Prozentzahl der Ja-Antworten) (mehrere Antworten möglich)

1.	Ich habe mich erst einmal umgesehen	56 %
2.	Ich habe mich einmal um eine Arbeitsstelle beworben, hatte aber noch keinen Erfolg	39 %
3.	Andere Aktivitäten ^{*)}	23 %
4.	Ich habe mich schon mehrfach erfolglos beworben	20 %
5.	Ich habe mich um eine Zusatz-/Ergänzungsausbildung beworben	16 %
6.	Ich werde die Möglichkeit eines zusätzlichen Semesters an meiner Universität wahrnehmen	7 %
7.	Ich habe mich für eine andere Fachrichtung beworben	2 %

*) offene Frage, Antworten verweisen vorwiegend auf laufende Bewerbungen für Arbeitsstelle, Weiterbildung, Trainees, Umschulung, Praktika

Jene Absolventen, die noch keine sichere Aussicht auf eine Stelle haben, wurden gefragt, was sie gern tun würden. Aus insgesamt zehn Antwortmöglichkeiten auf diese Frage (drei davon mit offenen Ergänzungsmöglichkeiten) ergab sich die nachstehende Rangfolge:

Tabelle 9: Rangfolge der Wünsche der Absolventengruppe, die noch keine feste Aussicht auf eine Stelle hat - Frage: "Was würden Sie gern tun?"
(mehrere Antworten möglich)

1.	Arbeiten und eine firmeninterne Weiterbildung nutzen	93 %
2.	Arbeiten und eine andere Form der Weiterbildung nutzen	24 %
3.	Auslandsaufenthalt über EG-Förderprogramm, DAAD oder ähnliches	20 %
4.	ein Aufbau-, Ergänzungs-, Zusatzstudium an einer anderen Universität	19 %
5.	eine Studienverlängerung an meiner Universität	18 %
6.	ein Aufbau-, Ergänzungs-, Zusatzstudium an meiner Universität	7 %
7.	mich selbständig machen	5 %
8.	ein anderes Fach studieren	2 %
9.	ich möchte erst einmal zu Hause bleiben	2 %
10.	eine Studienverlängerung an einer anderen Universität	1 %

Diese Rangfolge zeigt den hohen Stellenwert, den die Absolventen der Weiterbildung beimessen; er kommt auch in anderen Fragen zum Ausdruck. Die überwältigende Mehrheit will dabei Arbeitstätigkeit und Weiterbildung verbinden, ein Wunsch, dem der Arbeitsmarkt mit den Traineeausbildungen, die für Wirtschaftswissenschaftler fast die Regel sind, weitgehend entgegenkommt.

Die Studienverlängerung an der eigenen Universität ist zumindest für einige auch eine Möglichkeit, etwas mehr Zeit für die Diplomarbeit zu gewinnen, sich noch fehlende Kenntnisse anzueignen und die Jobsuche etwas ruhiger angehen zu können. Daß für insgesamt über 40 Prozent ein Weiterstudieren im eigenen Fach in irgendeiner Form auch denkbar ist, spricht für die Verbundenheit mit dem Fach, natürlich auch für die beruflichen Chancen, die man hier sieht. Nur einer würde noch ein anderes Fach studieren. Das ist angesichts der Tatsache, daß gerade unter Wirtschaftswissenschaftlerinnen viele "Umgelenkte" sind, also solche, die ursprünglich ein anderes Fach studieren wollten, ein so eindeutig nicht erwartetes Ergebnis und als Ausdruck einer gewissen Studiermüdigkeit zu werten, die auch in Gesprächen mit Studenten geäußert wurde. Insgesamt spricht die Anzahl der Mehrfachantworten für die Flexibilität der Befragten.

Sowohl diejenigen, die schon eine sichere Aussicht auf eine Stelle haben, als auch jene, die diese Frage verneinten, wurden nach den Gesichtspunkten gefragt, die sie in bezug auf ihre berufliche Zukunft für entscheidend erachten. Dabei gibt es Unterschiede zwischen der realen, also den bereits getroffenen, und der fiktiven, d.h. der noch zu treffenden Entscheidung, wie die Tab. 10 zeigt.

Tabelle 10: Gesichtspunkte für die Stellenwahl, Rangfolge nach Häufigkeit der Ja-Antworten (mehrere Antworten möglich)

Gesichtspunkte	Rangplätze	
	real	fiktiv
- eine Stelle am Heimatort oder am Heimatort des Partners	1.	5.
- Weiterbildungsmöglichkeiten	2.	1.
- ein fachgerechter Einsatz	3.	3.
- überhaupt eine Arbeit haben	4.	8.
- ein qualifikationsgerechter Einsatz	5.	2.
- Karrieremöglichkeiten	5.	6.
- eine Stelle in den neuen Bundesländern	5.	7.
- das Gehalt	6.	4.
- am Studienort bleiben	7.	11.
- eine Stelle in den alten Bundesländern	7.	10.
- die Arbeit in einem "Westunternehmen"	9.	9.

Hier wird noch einmal das Streben nach Weiterbildung sehr deutlich, das sowohl in der realen als auch in der fiktiven Entscheidung ganz vorn liegt, ebenso wie der fachgerechte Einsatz, während der qualifikationsgerechte Einsatz für jene, die sich bereits für eine Stelle entschieden haben, vielleicht nicht ganz so vordergründig wichtig war. Überhaupt eine Arbeit zu haben, ist für diese Gruppe von größerer Bedeutung als für die noch Ungebundenen.

Interessant ist auch der Unterschied im Stellenwert "Heimatort oder Heimatort des Partners". In fast allen früheren Absolventenuntersuchungen spielte das "Remigrationsmotiv" - familiäre, verbunden mit territorialen Bindungen - eine sehr große Rolle. Partner- und Territorialmotiv standen immer an der Spitze der handlungsregulierenden Motive. Ob sich hier eine "Trendwende" andeutet, wie es in dieser unterschiedlichen Rangfolge den Anschein hat, bedarf weiterer Untersuchungen mit einer repräsentativen Absolventenauswahl, die auch andere Fachrichtungen berücksichtigt. Solche Untersuchungen wären zur Gewinnung von Informationen über den tatsächlichen Grad der Mobilitätsbereitschaft und damit der Erhöhung von Arbeitsmarktchancen sehr wichtig.

Die Einigkeit beider Gruppen in bezug auf die Gesichtspunkte auf den letzten Rangplätzen war, gemessen auch an der verhältnismäßig großen Zahl junger Menschen, die noch immer in die alten Bundesländer wechselt, so eindeutig nicht zu erwarten.

Die Frage nach den Gesichtspunkten für die Stellenwahl wird ergänzt durch die Rangfolge der Wünsche für den künftigen Einsatzort, die bestimmte Tendenzen verstärkt. Sie wurde an alle gerichtet.

Tabelle 11: Wünsche, die sich mit dem künftigen Einsatzort verbinden
 (Rangfolge der Häufigkeit der Ja-Antworten)
 (mehrere Antworten möglich)

1.	Ich möchte mich am Aufbau in den neuen Bundesländern beteiligen	48 %
2.	Ich möchte nicht zu weit von zu Hause weg sein	46 %
3.	Der Einsatzort spielt für mich keine Rolle, ich würde dorthin gehen, wo ich eine gute Stelle finde	35 %
4.	Ich bin an einen bestimmten Ort gebunden, weil (bitte Gründe nennen)	34 %
5.	Ich will am Studienort bleiben	10 %
6.	Ich möchte sehr gern ins Ausland gehen	6 %
7.	Ich möchte unbedingt eine Stelle in den alten Bundesländern haben	5 %

Als Gründe für die Ortsbindung werden Wohnung, Haus, Kind, Partner und Familie genannt. Rang- und Reihenfolge müssen noch ausgewertet werden. Bemerkenswert in bezug auf Mobilitätsbereitschaft sind die 35 Prozent, für die der Einsatzort keine Rolle spielt.

4.3 Bewertung des Studienabschlusses und des Studierertrags durch die Absolventen; Beratungs- und Informationsbedarf

Bei einigen der bisher erörterten Fragen wird bereits deutlich, daß eine große Zahl der Befragten den Studienabschluß und den Studierertrag als nicht ausreichend für die Anforderungen des Berufes erachtet. Erinnert sei an fehlende Qualifikation, die als Hauptgrund für den bisher ausgebliebenen Erfolg bei der Arbeitsplatzsuche gesehen wurde, oder an den vehement geäußerten Wunsch nach Weiterbildung, der als Ausdruck des Bewußtseins von Wissensdefiziten gewertet werden muß.

Zwei Fragen gingen diesem Sachverhalt explizit nach.

Die erste lautete:

"Fühlen Sie sich mit Ihrem Studienabschluß für Ihre zukünftige Tätigkeit ausreichend gerüstet?"

Sie wurde von 85 Prozent verneint und nur von 12 Prozent bejaht. Es muß noch untersucht werden, wer sich hinter den Ja-Stimmen verbirgt; möglicherweise sind es jene, die auch einen nicht qualifikationsgerechten Einsatz in Kauf nehmen würden.

Das hohe Nein-Ergebnis ist auch nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, daß diese Studenten vorwiegend sozialistische Planwirtschaft studiert haben und sich nun der Anforderung gegenübersehen, im Beruf Marktwirtschaft praktizieren zu müssen.

Als zweite Frage wurde dann die folgende gestellt:

"Was glauben Sie, wieviel Prozent Ihres im Studium erworbenen Wissens Sie in der Marktwirtschaft nutzen können (in Zehnerschritten 10, 20, 30 ... 100 Prozent)?"

Hier sieht die Antwortverteilung folgendermaßen aus:

Tabelle 12: Verwertbare Wissensanteile nach Meinung der Absolventen

Wissensanteile	Antworthäufigkeiten
10 %	8 %
20 %	21 %
30 %	18 %
40 %	13 %
50 %	18 %
60 %	7 %
70 %	3 %
80 %	3 %
k.A.	10 %
	101 % (durch Rundung)

Anmerkung: Dort, wo z. B. 20 bis 30 Prozent genannt wurden, wurde die Antwort dem oberen Wert zugeordnet.

Für fast die Hälfte der Befragten liegt der verwertbare Wissensanteil bis zu 30 Prozent und nur für 13 Prozent bei über 50 Prozent. Hinzu kommt, daß die Antworten z. T. mit Zusatzbemerkungen versehen wurden, die den angegebenen Prozentsatz vorwiegend auf den Studieninhalt des letzten Jahres zurückgeführt wissen wollten (z. B.: "30 Prozent, aber nur weil ich im letzten Jahr mehr gelernt habe als in all den Jahren zuvor. Traurig, aber wahr.").

Natürlich muß dieses Ergebnis mit Vorsicht betrachtet werden, schon allein deshalb, weil die Studenten die konkreten Berufsanforderungen noch nicht genauer kennen, obwohl - auch das war Ergebnis dieser Befragung - 49 Prozent schon an einem Praktikum, ein Teil sogar an mehreren Praktika in Firmen der alten Bundesländer teilgenommen haben.

Die Frage des Anteils beruflich verwertbaren Wissens als Ertrag eines Hochschulstudiums wurde sowohl als **praktisches**, vorwiegend volkswirtschaftlich relevantes Problem in Untersuchungen zum beruflichen Einsatz von Hochschulabsolventen als auch als **generelles** Problem, bezogen auf Art und Anteile unmittelbar berufsrelevanter Kenntnisse und fächerübergreifender Qualifikation, die ein Hochschulstudium vermitteln soll, auch in der DDR schon seit den 70er Jahren diskutiert.

Ohne Zweifel haben die Absolventen, die an DDR-Universitäten ein Fach studiert haben, dessen Studieninhalte unter veränderten gesellschaftlichen, insbesondere wirtschaftlichen Bedingungen moralisch zu unterschiedlichen Teilen entwertet sind, doch eine ganze Menge von dem mitbekommen, was einen Hochschulabsolventen generell auszeichnen und für die Ausübung eines akademischen Berufes befähigen sollte: die Art und Weise des Herangehens an Probleme und ihre Bewältigung, logisches Denken, selbständiges wissenschaftliches Arbeiten, soziale Kompetenz, Persönlichkeitseigenschaften.

Es besteht hier die einmalige Gelegenheit, durch die Untersuchung der **Berufsbewährung** dieser Absolventen, der Art und Weise ihrer Integration in den Arbeitsmarkt, ihrer Anerkennung durch Arbeitgeber solchen seit Jahren kontrovers diskutierten, nicht nur theoretisch interessanten, sondern praktisch sehr relevanten Problemen etwas näherzukommen.

In Gesprächen an Hochschulen war zu erfahren, daß diese Absolventen in der Wirtschaft durchaus gefragt sind und in Einstellungstests häufig nicht schlechter, manchmal sogar besser abschneiden als ihre Kollegen aus den alten Bundesländern mit einem vergleichbaren Abschluß. Ob solche Einzelaussagen einen Trend widerspiegeln, wird die geplante Arbeitgeberbefragung zeigen.

Gezielt erfragt wurden der **Beratungs- und Informationsbedarf der Absolventen**, die Institutionen, von denen Hilfe erwartet wird, und die Art und Weise, wie diese beschaffen sein sollte.

Etwa die Hälfte der Befragten **erwartet**, auch nach dem Wegfall der Absolventenvermittlung, in irgendeiner Form Hilfe und Unterstützung bei der Stellensuche. Dabei steht an **erster Stelle die Information** zu unterschiedlichen Problemen, u. a. über

- freie Stellen
- Einsatzmöglichkeiten entsprechend der Qualifikation, Gültigkeit des Abschlusses
- gesetzliche Grundlagen und Regelungen
- bestehende staatliche Hilfsprogramme
- Möglichkeiten für Weiterbildung und Zusatzqualifikationen, Spezialisierungsmöglichkeiten, Praktika
- Einsatzmöglichkeiten und Anforderungen in verschiedenen Bereichen, Informationen über unterschiedliche Unternehmen
- die Art und Weise, wie man sich mit Aussicht auf Erfolg bewirbt.

Gewünscht werden aber auch über die bloße Information hinausgehende Beratungen, Orientierungshilfen, Tips und Ratschläge bis hin zur Vermittlung offener Stellen.

Erkundungen in den Fachbereichen ergaben, daß die Absolventen in bezug auf die Befriedigung von Beratungs- und Informationsbedürfnissen durchaus nicht "im Regen stehen". Neben den schon genannten Firmenpräsentationen gehen auch sehr viele Angebote von Banken, Versicherungen und Firmen in schriftlicher Form ein, in denen Absolventen ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert werden. Diese Angebote werden in der Regel, für alle zugänglich, ausgehängt, aber ganz offensichtlich wiederum nur selektiv wahrgenommen in der Flut unterschiedlichster Informationen, die seit der "Wende" an den Tafeln hängen, die früher nur für wenige amtliche Mitteilungen bestimmt waren.

Aber auch angebotene Spezialvorlesungen und -seminare zu Bewerbungstraining und Berufschancen wurden kaum besucht. Sicher muß man die besonderen Belastungen des letzten Studienjahres in Rechnung stellen. Sie erklären aber nicht allein den zumindest bei einigen bestehenden Mangel an Engagement und Eigenständigkeit auf dem Weg in die berufliche Zukunft. Manchen scheinen, wenn auch uneingestandenermaßen, die geduldigen "Entwicklungshelfer" zu fehlen, als die sich viele Absolventenvermittler früherer Jahre betätigt haben. Möglicherweise haben sich einige auch eine "Suchphase" eingeräumt, wie sie in den alten Bundesländern üblich ist. Das geht aber aus dieser Befragung nicht eindeutig hervor.

Trotzdem scheint es notwendig, in einer Zeit, in der die Arbeitsämter ihren Aufgaben in bezug auf die Absolventen noch nicht nachzukommen in der Lage sind und die alte Absolventenvermittlung nicht mehr existiert, **Übergangslösungen** auf Hochschulebene in den neuen Bundesländern zu schaffen, und zwar in Form spezieller Beratungs- und Informationsangebote auf der Ebene der Fach-

bereiche, die auch auf die Herausbildung neuer Einstellungen und Verhaltensweisen zur freien Berufswahl und zu den gänzlich anderen Mechanismen des Berufseinstiegs gerichtet sein sollten.

In den Studienberatungen ist offensichtlich das Interesse für die Gruppe der Absolventen nicht besonders groß. Hier scheint, aus verständlichen Gründen, die **Studieneingangsberatung** die wesentlich größere Rolle zu spielen, von deren Funktionieren ja die künftigen Studentenzahlen der Hochschulen abhängen.

4.4 Schlußfolgerungen

Die Ergebnisse der Grundausswertung dieser Befragung lassen - auch wenn sie nicht repräsentativ und zudem noch nicht vollständig ausgewertet sind - einige Schlußfolgerungen zu, die für die Formulierung von Aufgaben für weitere Untersuchungen und die Richtung politischen Handlungsbedarfs aufschlußreich sind:

1. Der Übergang von der Hochschule in den Beruf vollzieht sich für die Mehrzahl der befragten Absolventen nicht mehr so weitgehend problemfrei wie unter den Bedingungen des **gelenkten** Berufsübergangs in der ehemaligen DDR.

Probleme resultieren vor allem

- aus den Besonderheiten des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern: Bewerbungen in der Industrie sind fast aussichtslos, und in den Verwaltungen werden erfahrene Mitarbeiter und nicht Absolventen gesucht, so daß sich vorwiegend der private Dienstleistungsbereich anbietet, insbesondere Banken und Versicherungen, aber auch Unternehmen der freien Wirtschaft in den alten Bundesländern;
- aus den Besonderheiten des Studiengangs, vor allem daraus, daß Teile des im Studium erworbenen beruflichen Wissens unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr zu verwenden sind und die Mehrzahl der Absolventen sich den auf sie zukommenden beruflichen Anforderungen nicht gewachsen glaubt;
- aus der Tatsache, daß es in den neuen Bundesländern noch kein funktionierendes Beratungssystem durch die Arbeitsämter gibt, daß aber auch die Kontakte der Hochschullehrer zur Wirtschaft, die für Studierende der Wirtschaftswissenschaften in den alten Bundesländern eine gewisse Bedeutung haben, unter den Bedingungen der Abwicklung

- natürlich nicht funktionieren, abgesehen davon, daß auch vorher kaum Gelegenheit bestand, sie zu knüpfen;
- aus der Tatsache, daß Beziehungen zu potentiellen Arbeitgebern über Praktika bisher nur von einem Teil der Absolventen angebahnt werden konnten, da die alten Praktikumsbetriebe, die oft auch die delegierenden Einrichtungen waren, nicht mehr existieren oder aufgrund existenzieller Probleme kein Interesse mehr an Praktikanten haben, Praktika in potenten Unternehmen aus den alten Bundesländern aber für viele Studenten nicht erreichbar waren;
 - aus den individuell offensichtlich sehr unterschiedlich entwickelten Fähigkeiten der Absolventen, sich auf die total veränderten Bedingungen in der Gesellschaft, in der sie nun leben, einzustellen und geeignete Strategien für die Gestaltung der eigenen beruflichen Zukunft zu entwickeln. Die Herausbildung neuer Wertorientierungen, Einstellungen, Motive und Verhaltensweisen deutet sich an, ist aber anscheinend ein sich über einen längeren Zeitraum vollziehender Prozeß.
2. Trotz all dieser Probleme beim Übergang vom Studium in den Beruf lassen die bisherigen Untersuchungen keine Hinweise darauf erkennen, daß es sich bei diesen Absolventen um die "verlorene" Generation handelt, wie es in der "radikalen" Eingangsphase formuliert wurde.

Es wird aber schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Untersuchung und aus dem sehr begrenzten Ausschnitt der Gesamtproblematik, der hier etwas näher betrachtet werden konnte, deutlich, daß die Absolventenforschung sich den besonderen Problemen, die sich im Prozeß der Anpassung ergeben, verstärkt widmen sollte. Ein wichtiges Feld sind die Wertorientierungen, Einstellungen usw. So ist zum Beispiel die "Bodenständigkeit" der Absolventen in den neuen Bundesländern anhand der bisher vorliegenden Daten gar nicht zu interpretieren. Sie zeigt sich aber zum Beispiel auch bei den Studienanfängern, die in viel geringerem Maße als erwartet von der Möglichkeit Gebrauch machen, an Hochschulen der alten Bundesländer zu studieren.

Unbedingt weiter zu untersuchen sind auch die **besonderen Probleme von Frauen** beim Übergang von der Hochschule in den Beruf, die in dieser Untersuchung noch weitgehend von den relativ geschlechtsunabhängigen Problemen überlagert werden, sich aber im Laufe der weiteren Entwicklung deutlicher herauskristallisieren dürften.

3. Übergangslösungen insbesondere für die Information und Beratung von Absolventen sollten auf der Ebene des Bildungssystems, d. h. auf Hochschulebene geschaffen werden, um das Defizit zwischen nicht mehr und noch nicht existierenden Strukturen zu überbrücken.

Denkbar erscheint es, im Umfeld der Hochschullehrer Kontakt- und Informationsmöglichkeiten für die Absolventen einzurichten, zum einen, weil sie wahrscheinlich die kompetentesten Partner und zudem in der Lage sind, Kontakte zur Industrie herzustellen, zum anderen, weil hier Informationen und Angebote in den Fachbereichen konzentriert werden könnten, die derzeit noch mehr oder weniger zufällig an die einzelnen Absolventen herankommen.

Wenn sich die neuen Fachbereiche konsolidiert haben, sollte darüber hinaus über ein verstärktes Angebot universitärer Weiterbildung in Form von Zusatz- und Ergänzungsstudien nachgedacht werden, das auch jenen Absolventen eine Aktualisierung ihres Fachwissens ermöglicht, die nicht erst in den letzten beiden Jahren die Hochschulen verlassen haben.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Ruth Heidi Stein
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst